

Die Bundesregierung hat sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus der DDR ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Politik. Die Bundesregierung hat sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus der DDR ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Politik. Die Bundesregierung hat sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus der DDR ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Politik.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Mubaraks Mission: Der Frieden zwischen Arabern und Juden

Frieden zwischen Arabern und Juden zu vermitteln, hält der ägyptische Staatspräsident Mubarak für das Hauptziel seiner Außenpolitik. Ohne die Palästinenser und ohne die Anerkennung des Existenzrechts Israels wird eine Lösung nicht zu finden sein, erklärte er gegenüber der WELT. Quadratur des Kreises? Seit fünf Jahren regiert der Nachfolger Sadats in Kairo. Wie hat sich die Wirtschaft entwickelt? Bedroht der islamische Fundamentalismus die gemäßigten Kräfte? Das Gespräch mit Präsident Mubarak führte Herbert Kremp. Seite 8

Geißler: Bei Rau sind weder Programm noch Ziele klar

CDU-Parteitag beschließt Zukunftsmanifest / Absage an Große Koalition

gba/D. G. Mainz
Zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes der CDU hat der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl allen Mutmaßungen über eine Große Koalition mit den Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl im Januar eine Absage erteilt. Die CDU wolle ihre Politik in einer Koalition mit den Freien Demokraten und der bayerischen Schwesterpartei CSU in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen, sagte Kohl zum Abschluss des 34. Bundesparteitages der CDU in Mainz.
Zwar müssten alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig bleiben: Voraussetzung für ein Regierungsbündnis sei allerdings die Möglichkeit, zu einem gemeinsamen Programm zu gelangen, das eine solche Koalition auch regierungsfähig mache. Mit einer SPD, die in den entscheidenden Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik zum „Wanderer zwischen zwei Welten“ geworden sei, lasse sich das nicht verwirklichen.
Zuvor hatte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Strategie seiner Partei für den Bundestagswahlkampf vorgestellt. Mit dem Bundeskanzler an der Spitze werde es darum gehen, die überzeugende Arbeit und die offensichtlichen Erfolge der vergangenen vier Jahren offensiv zu vertreten und den politischen Gegner gleichzeitig zu eindeutigen Aussagen in den Grundfragen der Politik zu zwingen.
Geißler warf der SPD vor, sich mit ihren wichtigen Positionen am tagespolitischen Opportunismus zu orientieren. Er nannte als Beispiel die Haltung der Sozialdemokraten zur Kernenergie. Hier hätten sie innerhalb weniger Monate eine Kursänderung um 180 Grad vollzogen.
Heftig attackierte der CDU-Generalsekretär den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Er warf dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen vor, jede klare Aussage bewusst zu vermeiden. Weder sein Programm, noch seine Koalitionspartner, noch seine Ziele seien klar. „Dem Durcheinander im Kopf des Kandidaten entspricht das Chaos in der Politik der SPD“, rief Geißler unter großem Beifall der fast 800 Parteitagsgäste aus. Geschichte verquickte der Generalsekretär die Einschätzungen von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß und sprach von einer „schicksalhaften Richtungswahl“ im Januar.
Mit dem gestern beschlossenen Zukunftsmanifest der CDU, das die politischen Ziele bis in die 90er Jahre absteckt, will die Union nach den Worten Geißlers die Chancen des technischen Fortschritts nutzen und die Risiken begrenzen.
Auf Intervention des Generalsekretärs hatte der CDU-Parteitag die Diskussion und Beschließung eines Antrags des CDU-Kreisverbandes Gütersloh, die Neufassung des Paragraphen 218 aus dem Jahre 1976 rückgängig zu machen, auf einen der nächsten Parteitage verschoben. Die Antragsteller wollten mit ihrer Initiative erreichen, dass die soziale Indikation als Voraussetzung für einen erlaubten Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafbuch wieder gestrichen wird.

DER KOMMENTAR

Erster Kontakt

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Ob die Mieter der Neuen Heimat nun tatsächlich aufatmen können, wie es der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck bereits verkündete, nachdem er den Kaufvertrag des Brotfabrikanten Horst Schiesser einsehen konnte, bleibt noch offen. Bundesbauminister Oscar Schneider war jedenfalls nicht so leichtfertig, das Dokument von Schiesser in die Hand zu nehmen. Ohne eingehende Prüfung durch Experten wollte der Minister den Vertrag nicht haben. Und dazu ist Schiesser erst nach seinen Gesprächen mit den Banken bereit, die auf den 17. Oktober terminiert sind. Dann erst will er auch über sein Sanierungskonzept Auskunft geben.
Das Thema bleibt also auf der Tagesordnung. Geändert hat sich bisher allenfalls das Klima zwischen dem zuständigen Minister und dem Eigentümer der Neuen Heimat. Schneider versprach zwar kein Geld, was auch nicht zu erwarten war, aber eben doch Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten. Die Pleite des Konzerns ist jedenfalls nicht das Ziel. Ob dies auf die Banken Eindruck macht, ob Schiesser damit ein Stück weiter gekommen ist, all das muß sich erst noch zeigen.
Feststeht, daß selbst dann, wenn Schiesser Erfolg haben sollte, die alten Eigentümer der Neuen Heimat, letztlich also die Gewerkschaften, nicht aus der Schußlinie heraus sind. Ihre „Wahlprüfsteine“, die sie jetzt präsentieren, verlieren angesichts dessen, was mit ihrem Unternehmen passiert ist, noch mehr an Bedeutung. Wer sich so wie die Gewerkschaften verhält, wer so seine Sorgfaltspflicht verletzt hat, der benötigt schon einige Zeit, um seine Reputation zurückzugewinnen. Ein Skandal bleibt ein Skandal, auch wenn jetzt daran gearbeitet wird, die Folgen zu mildern.

Bonn will Konkurs der NH verhindern

Schneider: Aber keine Sonderkonditionen für Schiesser / Entgegenkommen bei Bürgschaften?

ARNULF GOSCH, Bonn
Die Bundesregierung will weder Sonderkonditionen noch zusätzliche Mittel für die Neue Heimat bereitstellen. Das machte Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) gestern in einem mehr als zweiwöchigen Gespräch mit dem neuen Inhaber des Wohnungsunternehmens, Horst Schiesser, deutlich.
Die Bonner Position habe sich nicht geändert, erklärte Schneider vor der Presse in Bonn. Allerdings stelle er die Bereitschaft der Bundesregierung in Aussicht, die Aufrechterhaltung ihrer Rückbürgschaften in Höhe von 600 Millionen Mark zu überprüfen. Das setze allerdings voraus, daß ihr ausreichend Gelegenheit zur Prüfung und Bewertung des Kaufvertrages gegeben werde und daß Schiesser der Bundesregierung auch ein mit den Gläubigerbanken abgestimmtes Sanierungskonzept vorlege.
Wie Schneider weiter mitteilte, erwarte der neue NH-Eigentümer von Bund, Ländern und Gemeinden „flankierende Hilfsmaßnahmen im Rahmen der bestehenden Bürgschaften und in der Auslegung und Anwendung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes“. Schneider sagte, er könne sich vorstellen, daß die jeweiligen Landesbehörden eine Ausnahme genehmigung vom Baugebot für die unbebauten Liegenschaften erteilen, so daß diese auch nichtgemeinnützigen Zwecken zugeführt werden könnten.
Eine solche Regelung wäre aber keineswegs eine „Lex Schiesser“, sondern ebenso auf jeden anderen Fall anwendbar. Überhaupt könne Schiesser erwarten, „daß er behandelt wird wie jeder andere auch, nicht besser, aber auch nicht schlechter“.
Nachdem sich Schiesser gestern erneut gewehrt hatte, seinen mit der BGAG abgeschlossenen Kaufvertrag zu verwerfen, ein 20 Seiten starkes Dokument bedürfe, wie Schneider meinte, der sorgfältigen Prüfung. Der Minister erwartet daher, daß Schiesser ihm nach einem auf den 17. Oktober anberaumten Gespräch mit einem Teil der Gläubigerbanken den Kaufvertrag in geeigneter Form zugänglich macht. Schiesser selbst sieht darin eine freiwillige und vertrauliche Information der Bundesregierung.
Der Berliner Unternehmer hielt sich vor der Bonner Presse weitgehend bedeckt. Er sei zufrieden, daß das Gespräch mit Schneider zustande gekommen sei. So hätten die gegenseitigen Standpunkte geklärt werden können. Er hoffe, daß sich dieser Meinungsaustausch auch positiv auf die Verhandlungen mit den Bundesländern und den Gläubigerbanken auswirken werde. Eine Sanierung der Neuen Heimat über einen Vergleich schließt Schiesser aus.
Schneider bekräftigte abschließend, daß die Bundesregierung alles tun werde, um einen Konkurs zu verhindern. Es gebe nicht den geringsten Anlaß, die Mieter unsicher zu machen.

Kernkraftgegner sprechen von „neuer Phase“ des Kampfes

Ausschreitungen wegen Brokdorf / Union für Gesetzesänderung

geo/DW, Kiel/Bonn
Die Union fühlt sich nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Hamburg in ihrer Ansicht bestätigt, daß die bisherigen Änderungen im Demonstrationsstrafrecht nicht ausreichen. Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann, erklärte mit Blick auf die Gewalttakte am Rande einer Demonstration gegen das in Betrieb genommene Kernkraftwerk Brokdorf, „der mit der FDP geschlossene halbherzige Kompromiß“ reiche zur „wirksamen Bekämpfung dieser besonderen Art schwerer Kriminalität“ nicht aus.
Die Union wiederhole ihre Forderung nach einer drastischen Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts. Vor allem sollen Personen bestraft werden können, die sich nach Ausbruch von Gewalttätigkeiten nicht von einer Demonstration entfernen und dadurch den Gewalttätigen „Deckung und psychischen Rückhalt“ gäben. Die Ausschreitungen bewiesen, so Wittmann, daß „gerade dieser Personenkreis die Eskalation der Gewalt erst ermöglicht“.
Während mehr als 10 000 Menschen weitgehend friedlich gegen die Atomenergie protestierten, schlugen sogenannte Autonome in mehreren Banken und Geschäften die Scheiben ein.
Auf der Protestkundgebung, zu der Bürgerinitiativen und die Grün-Alternative Liste (GAL) aufgerufen hatten, sprachen verschiedene Redner von einer „neuen Phase“ im Kampf gegen die Atomindustrie. Sie riefen zu aktivem Widerstand auf. Die Sicherheitsbehörden in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein rechnen mit weiteren Aktionen.
Die SPD in Schleswig-Holstein bemüht sich offenbar um eine breite Protestfront gegen Brokdorf. In einem Schreiben an die Initiatoren einer Demonstration in Kiel heißt es, Inhaber und Redner der Veranstaltung müßten den vielfältigen Positionen in der Antikernkraft-Bewegung Rechnung tragen. Die Veranstalter hätten eine Beteiligung der SPD mit dem Hinweis auf wahltaktische Motive abgelehnt.

POLITIK

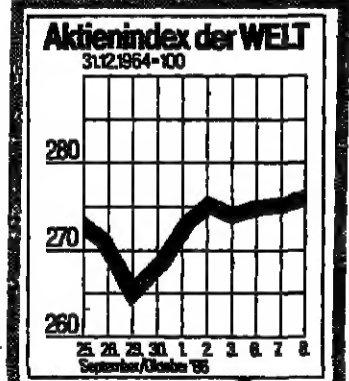
Namibia: Die Rassentrennung in den Schulen soll von Januar 1987 an aufgehoben werden. Die Entscheidung der Behörden war schon am 16. September gefallen. Nach den Worten des schwarzen Erziehungsministers Matjila müssen „die Weißen keine Invasion schwarzer Schüler befürchten“.
Mahnung: Zum Abschluß seines Frankreich-Besuchs hat der Papst alle Staaten und Organisationen zur Achtung des Terrorismus aufgefordert. Zugleich mahnte er, dem Beispiel des Arbeiterpriesters Chevrier zu folgen und der Gefahr einer neuen Armut entgegenzuwirken. (S. 2)

Abgelehnt: Der Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag, Willi Hoss, darf auf dem Gewerkschaftskongress der IG Metall in Hamburg kein Grußwort sprechen. Die Gewerkschaft lehnte den von den Grünen benannten Hoss ab; er war 1972 aus der IG Metall ausgeschlossen worden.

WIRTSCHAFT

Ausgleich: Das Bundeskabinett verabschiedet am nächsten Mittwoch ein Gesetz über die Neuregelung der Bundesergänzungs-Zuweisungen an die finanzschwachen Länder. Bremen soll 100 Mio., Nordrhein-Westfalen vorab 75 Mio. Mark als vorläufigen Ausgleich erhalten. Finanzminister Stoltenberg trägt dem Karlsruher Urteil Rechnung. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. Das Kursniveau an den Rentenmärkten schwächte sich weiter ab. WELT-Aktienindex 276,83 (276,06). BHF-Rentenindex 106,826 (106,941). BHF-Performance-Index 107,147 (107,233). Dollar.



KULTUR

„Briefe eines Toten“: Der Beifall für den sowjetischen Atomkriegsfilm „Wettbewerbsbeitrag bei der 35. Mannheimer Internationalen Filmwoche, klang seitens zögerlich. - Atomarer Holocaust; die Szene ist irgendwo. (S. 24)

„Komarek“: Horst Wolf Müllers zweites Theaterstück in Karlsruhe: Die handwerklich saubere, psychologisch erfahrene Regie von Hagen Müller-Stahl machte aus dem Stück einen herzlich applaudierten Theaterabend. (S. 25)

SPORT

Werder: Der Psychologe Fritz Stemme schreibt in der WELT über die Ursachen des Niedergangs von Werder Bremen. Der deutsche Vizemeister schied in der ersten Runde des Europapokals und jetzt auch in der nationalen Pokalrunde aus. (S. 22)

Rücktritt: Karl-Heinz Thienel, Vizepräsident und Schatzmeister des Fußball-Bundesligisten 1. FC Köln, ist überraschend von seinem Posten zurückgetreten. Der Diplomkaufmann und frühere Fußballspieler gehört dem Verein seit 1982 an. (S. 23)

AUS ALLER WELT

Millowitsch: Sein Theater ist eine der beliebtesten und ältesten privaten Volksbühnen in der Bundesrepublik. 50 Jahre in Köln - eigentlich paßt ihm heute das Feiern nicht, aber der 76jährige Willy Millowitsch (Foto) kommt nicht darum herum. (S. 26)

Verlässlich: Freudenstadt ließ sich nicht humpen: „Kost und Wohnung frei“ für einen Kapuziner aus Brasilien. Er erinnerte an ein im 30jährigen Krieg gegebenes Versprechen der Stadt für durchreisende Kapuziner. (S. 26)

Leserbriefe und Personalien Seite 22
Umwelt - Forschung - Technik Seite 23
Fernsehen Seite 24
Wetter: Sonnig und warm Seite 26

Reagan läßt sich nicht die Hände binden

Grabenkrieg vor dem Treffen in Reykjavik / Demokratische Partei in einem Dilemma

FRITZ WIRTH, Washington
Unmittelbar vor seinem Aufbruch zum Gipfeltreffen in Island ist Präsident Reagan noch einmal in einen heftigen Grabenkrieg mit den maßgeblichen Sprechern der Demokratischen Partei im Repräsentantenhaus verwickelt worden. Thema der Auseinandersetzungen sind die vor zwei Monaten verabschiedeten Rüstungskontrollauflagen, die, wie Reagan betonte, ihm in seinen Gesprächen mit Gorbatschow die Hände binden würden. Im Hintergrund dieser Auseinandersetzung stehen wichtige wahlaktische Erwägungen im Hinblick auf die Kongresswahlen in knapp vier Wochen.
Das Repräsentantenhaus steht in fünf wichtigen Rüstungskontrollfragen in Konfrontation mit der Administration: Es fordert ein einjähriges Verbot von Nukleartests und ein Verbot von Tests von Anti-Satelliten-Waffen, eine einjährige Verzögerung der Produktion von chemischen Waffen und eine scharfe Reduzierung des SDI-Budgets. Außerdem fordert es kalte Füße bekommen. Sie fürchten, daß ihre Rüstungskontrollauflagen ihnen in den letzten Wochen vor den Wahlen wieder den alten Vorwurf eintragen könnten, die Sicherheit der Nation zu gefährden.
Sie versuchten deshalb, mit der Administration einen Kompromiß zu erzielen, und boten an, die von ihnen geforderten Maßnahmen bis zum nächsten Frühjahr zu verschieben. Ronald Reagan jedoch möchte, daß sie für das gesamte Haushaltsjahr, also bis zum nächsten Oktober, fallengelassen werden.
Die demokratische Führung befindet sich in einem Dilemma. Sie ist offenbar nach Nachegeben entschlossen, muß jedoch eine Rebellion ihrer Hinterbänkler befürchten, die besonders auf die weitere Respektierung des SALT-2-Vertrages drängen.
Zwei Tage vor seinem Abflug nach Reykjavik empfing Präsident Reagan in einer Begegnung voller Emotionen den sowjetischen Bürgerrechtler Juri Orlow, der am Sonntag im Austausch gegen den sowjetischen Spion Sacharow von den Sowjets freigelassen worden war. Reagan betonte in einer Rede in Anwesenheit Orlows, daß substantielle Fortschritte in Menschenrechtsfragen ein wichtiges Kriterium beim Island-Gipfel sein würden.
Reagan ist in Reykjavik vor allem entschlossen, das Thema der Emigration von Juden, die in den vergangenen Jahren von den Sowjets drastisch reduziert wurde, zur Sprache zu bringen.

Sturmversuch auf Botschaft in Iran

Co. Bonn
Iranische Demonstranten haben gestern versucht, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran zu stürmen. Offensichtlich handelte es sich um einen Vergeltungsakt für das Eingreifen der Polizei in Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden iranischen Gruppen auf der Frankfurter Buchmesse. Das Teheraner Außenministerium hat sich für die Vorfälle entschuldigt.
Unter Rufen wie „Rache für Frankfurt“ und „Nieder mit der deutschen faschistischen Polizei“ waren einige hundert Iraner in den Botschaftsgarten eingedrungen. Sie versuchten, das Tor zum Botschaftsgebäude mit Drahtzangen und Sägen aufzubrechen, wurden jedoch von Sicherheitskräften der Botschaft mit Tränengas zurückgedrängt. Der deutsche Botschafter protestierte unverzüglich bei der iranischen Regierung; in Bonn wurde der iranische Botschafter ins Auswärtige Amt zitiert.

Toter bei Explosion in Kraftwerk

DW, Ibbenbüren
Ein 23jähriger Facharbeiter aus Duisburg ist gestern ums Leben gekommen, als sich bei Arbeiten an der Kesselanlage des Steinkohlekraftwerks Ibbenbüren eine Explosion ereignete. Acht Personen wurden bei dem Unfall verletzt. Das Kraftwerk war am Samstag abgeschaltet worden, um die zweite Rauchgasentschwefelungsstufe einbauen und Nachbesserungsarbeiten im Kessel vornehmen zu können.
Nach Meinung von Experten hatte sich vermutlich trotz systematischer Abkühlmaßnahmen übers Wochenende in dem Kessel noch ein Glühnest in einem Kohlerest befunden, an dem sich offenbar Gas entzündete. Ein Sprecher der Preussag, die das Werk zusammen mit dem RWE seit Sommer 1985 versuchsweise betreibt, erklärte, allein die Gummersbacher Kesselbaufirma sei für das Unglück verantwortlich.

DGB beschließt „Wahlprüfsteine“

DW, Bonn
Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), das höchste Beschlußgremium der Organisation zwischen den DGB-Bundeskongressen, hat gestern in Bonn einstimmig die seit dem Wochenende bekannten „Wahlprüfsteine“ beschlossen. Der DGB-Vorsitzende Breit erklärte, die Prüfsteine sollten Eckpunkte einer Politik für Arbeitnehmer festlegen, die auf mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit zielen und ökologisch rückwärts, demokratischer und menschlicher sein sollen als alles, was den Arbeitnehmern in den 80er Jahren bisher beschert worden sei. Der DGB forderte die Arbeitnehmer auf, ihre Entscheidung bei der Bundestagswahl am 23. Januar davon abhängig zu machen, ob eine Partei den sechs Wahlprüfsteinen gerecht geworden sei und erwarten lasse, ihnen auch in Zukunft zu entsprechen. Seite 12: Ohne Kernenergie

Weinberger: Tricks mit Afghanistan

DW, Peking
US-Verteidigungsminister Weinberger, der sich zu einem Besuch in Peking aufhält, hat der Sowjetunion vorgeworfen, in Afghanistan mit „Tricks“ zu operieren. Weinberger sagte, die Sowjetunion führe neue Truppen nach Afghanistan, um so ihr Versprechen einhalten zu können, andere Verbände aus dem Land abzuziehen. Parteichef Gorbatschow hatte am 28. Juli bekanntgegeben, er habe den Abzug von sechs Regimentern aus Afghanistan angeordnet.
Seite 10: Moskau spricht von Abzug

Moskau lobt Politik der „DDR“

DW, Berlin
Moskau hat die „DDR“ in einem Brief zum 37. Jahrestag ihrer Gründung für ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gelobt: „Große Bedeutung haben die unermüdeten Anstrengungen des sozialistischen Staates zur vollen Normalisierung der Beziehungen zur BRD auf der Grundlage der Gleichheit, der Achtung der Souveränität, der Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten, der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts.“

Washington droht Chile mit Verweigerung von Krediten

Mehrheit der Junta befürwortet Gespräche mit der Opposition
DW, Washington
Die Vereinigten Staaten haben ihre Zustimmung zu Weltbank-Krediten für die Regierung in Santiago von einer Besserung der Menschenrechtssituation in Chile abhängig gemacht. Der stellvertretende Außenminister für Interamerikanische Fragen, Elliott Abrams, erklärte in einem Fernsehinterview über Satellit mit Journalisten in Brasilien, Ecuador, El Salvador, Mexiko und Venezuela, Washington wolle im November für einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar stimmen; dies sei jedoch nach amerikanischem Gesetz nicht möglich, wenn die Menschenrechtssituation in Chile „sehr schlecht ist oder sich verschlechtert“.
Der chilenische Regierungssprecher, Minister Javier Cuadra, hatte zuvor erklärt, Kreditsanktionen könnten zu einer Verzögerung des Übergangs zur Demokratie führen.
Abrams meinte dazu, daß Santiago noch fünf Wochen habe, um die politische Situation und die Menschenrechtssituation zu verbessern. Es gebe keine „Entschuldigung für eine Diktatur in Chile“. Die „störrische Haltung“ der chilenischen Regierung sei nicht der einzige Faktor, der eine Besserung der Lage erschwere. Er beschuldigte die UdSSR und Kuba, unlängst Waffen und Munition nach Chile geschickt zu haben. Solche Waffenlieferungen sowie Terrorakte chilenischer Kommunisten begünstigten keineswegs die Demokratisierung dieses Landes, betonte Abrams.
Als drittes Mitglied der vierköpfigen Militärgesellschaft in Chile hat sich der Luftwaffenchef, General Fernando Matthei, für Gespräche mit den Oppositionsparteien ausgesprochen. Vor der Presse in Santiago sagte er, bei solchen Gesprächen sollte auch über eine mögliche Änderung der Verfassung gesprochen werden. Einziges Vorbedingung dafür sei, daß die Kommunisten von den Gesprächen ausgeschlossen blieben. Vor Matthei hatten sich bereits die Chefs der Marine und der Polizei, Admiral Jose Toribio Merino und General Rodolfo Stange, für Gespräche mit der Opposition ausgesprochen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zukunft gegen Angst

Von Diethart Goos

Der erste Tag des CDU-Wahlparteitags stand ganz im Zeichen Kohls und des Vorsitzenden der bayerischen Schwesterpartei. Der zweite Tag wurde vom Generalsekretär geprägt. Die Arbeitsteilung war die übliche und quer durch die Parteien bewährte: der Kandidat fürs Staatsmännische, der Generalsekretär fürs Deutliche.

Also fiel es Geißler zu, den Kanzlerkandidaten der Gegenseite zu würdigen, den der Bundeskanzler am Tage zuvor sozusagen nicht zur Kenntnis genommen hatte. Die Untersuchung fiel so unerbittlich aus, wie die Delegierten es sich nur wünschen konnten; die Handflächen glühten demgemäß: „Kanzlerkandidat oder Knuffeltier der Nation?“ – „Dieser Mann als Kanzler, dann kann man auch gleich Ernst Breit zum Wohnungsbauminister machen“ – dergleichen wird auf den örtlichen Versammlungen daheim mit Behagen zitiert. Aber natürlich wollen Delegierte mehr hören; sie wollen eine Botschaft der Hoffnung. Genau die legte Geißler in geschickter Weise vor, indem er ein „Manifest“ präsentierte, das unter dem Motto „Mut zur Zukunft“ stand.

Wo Angst, Pessimismus und Untergangsstimmung aus der roten Ecke herüberwehen, lautet die Aussage der Union: Das Leben geht weiter, es lohnt sich, den eigenen Part darin zu planen. Die Stimmung wurde richtig erfaßt mit dem Ausdruck „Richtungswahl“; dies Stichwort hat nicht nur die Wende bei der Niedersachsenwahl gebracht, sondern es charakterisiert erst recht die Situation des 25. Januar 1987. Bei dieser Entscheidung geht es um Zukunftsoffenheit oder Zukunftsblockade, um Fortschritt oder Rückschritt, um vorwärts oder rückwärts, sagte Geißler, und dieser Vorhalt ist berechtigt angesichts einer Gegenseite, die den Ausstieg und den Verzicht predigt. Damit wird dem Bürger die Alternative klar gemacht.

Schon die Wahl 1983 war eine Richtungswahl im engeren Sinne: Sicherheitspolitik gegen Illusionspolitik. Diesmal geht es um mehr, mehr auch als den etwas apologetisch beschriebenen „Weg der Mitte“. Es geht um die Weggabelung schlechthin: Voraus ins einundzwanzigste Jahrhundert oder zurück ins neunzehnte.

Pawelczyk stellt sich bloß

Von Uwe Bahnen

In Hamburg werden vier Wochen vor der Bürgerschaftswahl des 9. November die Erfordernisse der inneren Sicherheit den Wahlakt der regierenden SPD untergeordnet. Und der für die Sicherheit zuständige Innensenator Alfons Pawelczyk läßt sich deswegen von den Grün/Alternativen vorführen.

Das ist das politische Fazit der schweren Ausschreitungen im Hamburger Stadtteil Altona, die am Dienstagabend im Verlauf einer von der GAL initiierten Demonstration gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf zu Verwüstungen und Plünderungen unter den Augen der am Eingreifen gehinderten Polizei führten. Nachzuvollziehen ist das alles nur, wenn man sich vor Augen hält, wie gefährlich das politische Terrain für die SPD vor der Wahl geworden ist. Es droht nicht nur der Verlust der absoluten Mehrheit, sondern darüber hinaus eine handfeste Wahlniederlage durch Negativfaktoren wie etwa den Neue-Heimat-Skandal.

In dieser Situation setzt die Führungsmannschaft darauf, die von der Kieler Landesregierung erteilte endgültige Betriebsgenehmigung für Brokdorf werde es erlauben, das Wahlkampfthema Kernenergie hochzuziehen und am 9. November vom Wählerpotential der Kernkraftgegner zu profitieren.

Da paßt natürlich ein entschlossenes Einschreiten der Polizei gegen Chaoten und andere militante Demonstranten, die friedlichen Protest gegen die Kernenergie unverzüglich für ihre Zwecke zu instrumentalisieren verstehen, schlecht ins Bild. In Altona führte das dazu, daß Polizeibeamte sich unter dem Steinhagel und Gebrüll von Gewalttätern zurückziehen mußten, weil die Einsatzplanung offenbar völlig verfehlt war.

Innensenator Alfons Pawelczyk wußte vorher, daß Gewalt drohte. Er duldete im Interesse der Wahlchancen seiner Partei (so wie die Spitzengenosse es einschätzen), daß die Steine flogen. Pawelczyk selbst war es, der am 10. September in der Bürgerschaft feststellte: „Wo die GAL in der Stadt auftritt, ist auch schnell Gewalt, und wo Gewalt ist, ist auch schnell die GAL“. Als Garant der inneren Sicherheit kann dieser Innensenator nach den Vorfällen vom Dienstagabend nicht mehr mit derselben Überzeugungskraft auftreten wie vorher.

Aufregung im Kreml

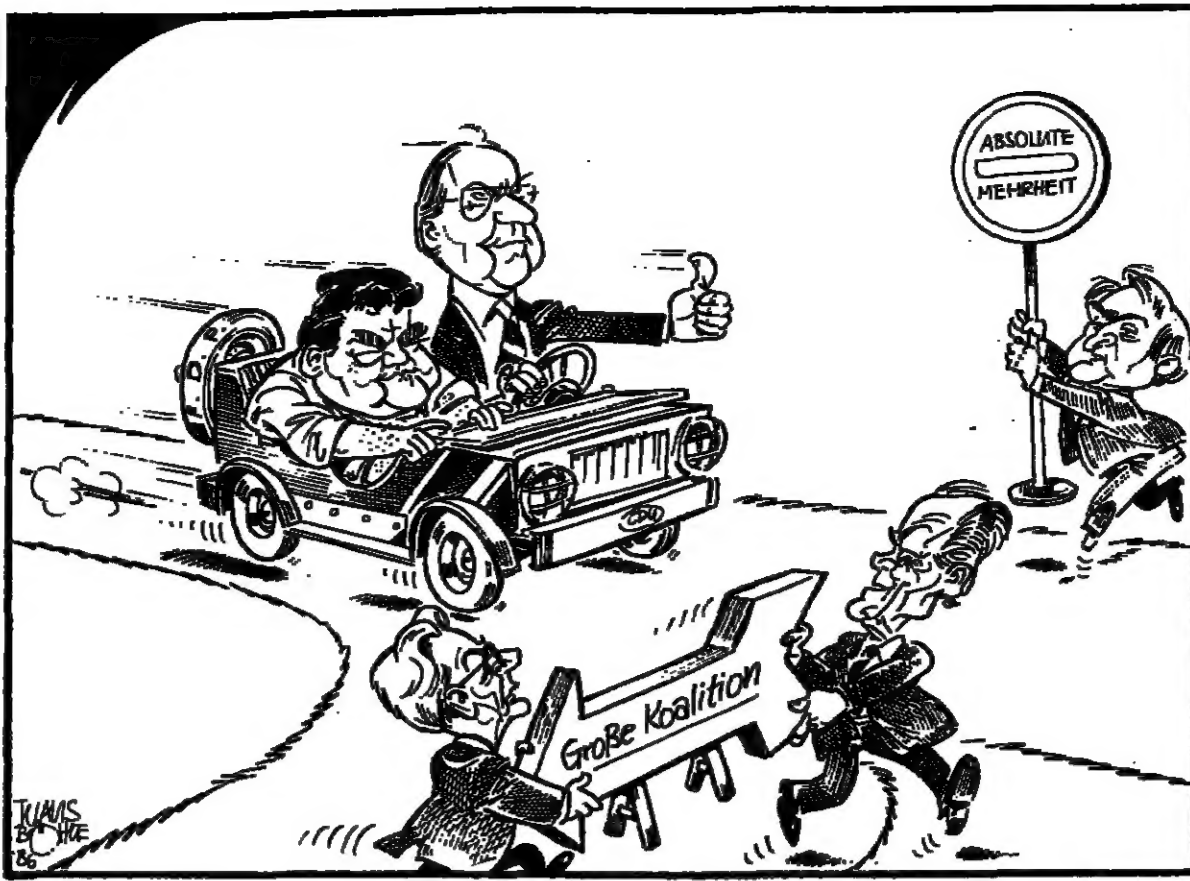
Von Carl Gustaf Ströhm

Mit einer für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlichen Eile hat das offizielle Moskau auf Berichte der WELT reagiert, wonach es zwischen Gorbatschow und den sowjetischen Militärs einen schweren Konflikt in der Frage des einseitigen Atomtest-Moratoriums gebe. Die „Deutsche Welle“ hatte in ihrem russischen Programm diese Berichte zitiert. Der sowjetische Sender „Radio Frieden und Fortschritt“ sprach von „Erdrückungen“ über eine Generalsopposition in der sowjetischen Armee. Der Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes, Borowik, verkündete im sowjetischen Fernsehen, entgegen westlichen Behauptungen seien sich in der UdSSR die Partei, die Armee und das KGB immer einig.

Der in Bonn aus seiner Zeit als Sowjetbotschafter noch gut bekannte Valentin Falin, zur Zeit Chefredakteur jener Nachrichtenagentur „Nowosti“, welche die Kritik des sowjetischen Generalsabcheffs Achromjew an Gorbatschow unter die Leute gebracht hat, sprach von „Gemeinheiten“ der westlichen Medien. Falin stellte die Frage, ob etwa die Tätigkeit der „Deutschen Welle“, welche die Nachricht über politisch-militärische Machtkämpfe im Kreml nach Rußland transportiert hatte, überhaupt mit der Helsinki-Schlussakte vereinbar sei. Er äußerte sogar die Vermutung, die westlichen Sender und Medien handelten in einem geheimnisvollen „militärischen Auftrag“, wenn sie solche Nachrichten ausstreuten.

Die Reaktion Falins ist nicht nur deshalb interessant, weil sie zeigt, wie weit die Sowjetunion von der durch Gorbatschow proklamierten „Glasnost“ – also Öffentlichkeit – noch entfernt ist. Man fragt sich auch, ob seine zornige Reaktion nicht einer Bestätigung dessen gleichkommt, was er scheinbar dementieren will. Indem die Sowjets so wütend auf westliche Meldungen über Machtkämpfe und militärische Opposition reagieren, bringen sie auch die naiven Gemüter zu der Überzeugung, es müsse doch etwas an diesen Meldungen dran sein.

Valentin Falin ist ein Breschnew-Mann. Seine Karriere erlitt nach dessen Tod einen Knick. Vielleicht hat er Gründe, durch laute Dementis für leise Verbreitung einer Geschichte zu sorgen, die für den heutigen Machthaber peinlich ist.



Kultur des Appeasement

Von Herbert Kremp

Der amerikanische Präsident wird es in Reykjavik nicht schwer haben, neben der Rüstungsbegrenzung auch das Thema der Regional-Konflikte zur Sprache zu bringen. Sie sind gefährlicher als die Drohpotential der Atomwaffen, denn sie bedeuten Krieg, der geführt werden kann und geführt wird. Mit Aufwand und Geste wird Gorbatschow seinen Willen bekunden, sich in Afghanistan zu erleichtern und an einer internationalen Konferenz zur Beilegung der arabisch-israelischen Differenzen im Nahen Osten teilzunehmen. Den Krieg zwischen Iran und Irak werden beide Herren, die dort ihre Waffen erproben lassen, bedauern. Aus Indochina wird sich Gorbatschow nicht zurückziehen, obwohl ihm der chinesische Führer Deng Xiaoping für diesen Fall das reizvolle Angebot unterbreitet hat (in einem auch in China verbreiteten Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS vom 2. September), in ein russisch-chinesisches Gipfeltreffen einzuwilligen.

Diese wenigen Fakten zeigen uns, daß es in Reykjavik nicht um „Erbsenzählen“ geht. Mit Gorbatschow ist Bewegung in die gesamte Weltpolitik gekommen, wobei niemand weiß, wie weit der Herr im Kreml gehen kann, denn er herrscht dort nicht allein. Nach Tschernobyl und der Explosion des sowjetischen U-Boots im Atlantik sind Zweifel aufgetaucht, ob die Sowjetunion mit den modernen prometheischen Materien sachgerecht umzugehen weiß. Die Explosion der Challenger-Raumfähre, die von neutralistischen Zivilisationspessimisten gern als Beweis angeführt wird, daß alles Menschwerk fehlerhaft und zum Scheitern verurteilt sei, beruhte auf einem Fehler aus Nachlässigkeit, nicht auf fehlender Kompetenz.

Genau diese Frage taucht aber bei der militärischen und zivilen Technologie der Russen auf. Sie beruht hauptsächlich auf Nachahmungen, die nach Art des Systems, infolge harter Parteibefehle in kürzester Zeit zum technischen Resultat führen müssen. Die sowjetische Flotte wie die sowjetischen Kernkraftwerke sind Schnellprodukte der Breschnew-Zeit, der weltpolitischen Phase Sowjetrußlands. Auf den zeitraubenden Faktor der Qualität konnte man keine Rücksicht nehmen.

Leute, die von Technologie und vom östlichen Herrschaftssystem etwas verstehen, bezweifeln aus diesem Grunde auch die Qualität der sowjetischen Waffenproduktion. Sie ist wahrscheinlich das Beste, was das sonst zurückgebliebene Land hervorbringt, hat aber gleichzeitig eine gewisse Attrappen-Funktion. Den Wettlauf in der Hochtechnologie, den Ronald Reagan mit seinem SDI-Projekt begonnen hat, kann Moskau nicht gewinnen. Dies erklärt Gorbatschows Verhandlungsbereitschaft – was auch immer sie inhaltlich bedeuten mag – besser als alle kriegs-astrologischen Deutungen.

Der Mann will von den Kosten runter, er will nach Breschnews Investitionsboom in tote Waffen endlich den „Sozialismus im eigenen Lande“ produzieren, er ist mithin für Rüstungsbegrenzungen, soweit diese seine militärische Überlegenheit nicht tangieren. Diese Überlegenheit ist womöglich keine Realität, sondern westlicher Bewußtseinsinhalt, aber das genügt ja. Wenn es zum Beispiel zur Begrenzung der Mittelstrecken-Potentiale auf je einhundert Sprengköpfe kommt, verfügen die Sowjets fürs Weitere immer noch über 700 gegen Europa, speziell gegen die Bundesrepublik gerichtete Kurzstrecken-Systeme. Die auslagende Drohkulisse bleibt Gorbatschow damit erhalten.

Das sagt nichts gegen den Gipfel (höchstens gegen die Verhandlungsstrategie des Westens), wohl aber etwas gegen die mancherorts schon wieder sehr hochgespannten



Aggressiver, bündnisfeindlicher Pazifismus: Kincock (Mitte) FOTO: DPA

Erwartungen. Sie konzentrieren sich auf die rein technische Abrüstung und lassen die Ursachen der Rüstungen überhaupt, den politischen Grundkonflikt, außer acht. Es ist ein tief im westlichen Denken verwurzelter Irrtum, daß Abrüstung etwas mit Frieden zu tun haben könnte. Der Friede ist eine Frage des Systems. In der sowjetischen Ideologie (Gorbatschow wurde in ihr erzogen und hält sich als anständiger Mensch an sie) hat Friede eine Funktion, gewinnt aber erst im Ziel der Weltherrschaft, als pax sovietica, die alte und gute Bedeutung des Begriffs zurück.

Auch wer die Logik nicht so weit treibt, muß die Maxime der politischen Philosophen von SPD und Labour, die einseitige westliche Abrüstung befördere den Frieden, weil die strategische Situation ja ohnehin „insgesamt stabil“ sei, als groben Unfug betrachten. Hier wird eine Rechnung ohne den sowjetischen Wirt aufgemacht. Die Sowjets ahnen, wie gesagt, vieles nach, aber bestimmt nicht das hehre Beispiel der Selbstentwaffnung. Die Amerikaner haben auf die sicherheitspolitischen Beschlüsse der SPD, die das pazifistische Grundmuster ausmalen (Rau nimmt einiges zurück) nicht reagiert, wohl aber auf den aggressiven, bündnisfeindlichen Pazifismus des britischen Labour-Führers Kincock. Die Abrüstung, zur politischen Ideologie erhoben, ist ein gefährlicher Sonderweg. Den gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten beeindruckt er nicht, könnte aber seinen vielleicht weniger satteften Nachfolger veranlassen, die europäische Option zu überdenken.

Man sollte nicht vergessen, daß die regierenden Republikaner bis 1947 Isolationisten waren und die Demokraten heute vom Bazillus der „culture of appeasement“ befallen sind, wie der Herausgeber der konservativen Zeitschrift „National Interest“, Norman Podhoretz, sagte. In einer Zeit, in der man überall hinschleichen und hinterphonieren kann, ohne sich vom Sessel zu erheben, ist die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa vielleicht politisch wichtig, strategisch jedoch nicht. Wenn die Amerikaner hier nicht mehr durch den Frieden gleichgewichtiger Rüstung geschützt sind, entfällt der Grund zum Aufenthalt. Johannes Rau persönlich scheint zu wissen, was das bedeutet.

Bekehrt – heilt – rettet: Eine unbequeme Botschaft

Der Papst redet der erstgeborenen Tochter der Kirche ins Gewissen / Von Peter Ruge

Vier Tage Papst haben uns zehn Millionen Franc gekostet“, sagte der Erzbischof von Lyon, Kardinal Decourtray. „Das Geld wurde durch Spenden aus den Diözesen aufgebracht. Aber eine solche Reise ist doch gar nicht mit Geld zu bezahlen: Der Papst kam, um uns im Glauben zu stärken.“

Welchen Glauben des französischen Klerus? Den der Oppositionellen, den der Schweigenden, oder den der Separatisten von Schläge des Monsignore Lefebvre? Johannes Paul II. hinterläßt mehr Fragen als Gewißheit. Die Seligsprechung des Arbeiterpriesters Antoine Chevrier könnte von den „Fortschrittlichen“ als Bestätigung ihres Weges ausgelegt werden. Die Pilgerzug zum Curé von Ars, zum Heiligen Jean-Marie Vianney, diesem einfachen Landpfarrer und Seelenheiler, zeigt ein ursprüngliches Verständnis des Priestertums. Die Mahnung des Oberhirten, Pfarrer seien „keine Funktionäre“, dürften Lefebvres „Bruderschaft der Pius X.-Jünger“ mit ihrer Los-von-Rom-Bewegung wie eine Ver-

heißung erscheinen. Ein Allerweltpapst also?

Zur Diagnose der Situation innerhalb der französischen Kirche verheßen zwei Papstbesuche. 1980, bei seinem ersten Besuch in Paris, fragte er: „Frankreich, älteste Tochter der Kirche, bist du heute noch deinem Taufgelübde treu?“ Jetzt, sechs Jahre später bei seinem dritten Besuch, sagt der Papst: „Die allgemeinen Ansichten, der Lebensstil und manchmal sogar einige Gesetze, die sich gegen Menschenrechte und Gott richten, verneinen den christlichen Glauben im Leben des einzelnen, der Familie, der Gesellschaft.“ Und dann setzt Johannes Paul II. hinzu: „Christen von Lyon und Frankreich, was habt ihr mit dem Erbe Eurer Märtyrer gemacht?“

Gott geriet in Frankreich schon einmal in Vergessenheit. Das war bei der Revolution 1789, als die „Vernunft“ zur Quasi-Gottheit erhoben wurde. Manche Priester beteiligten sich an der Verkündung des neuen Lebensgefühls. Der Sturz des Priestertums ging also

einher mit der Anpassung an die sogenannten Realitäten. Auch nachdem von 1815 an der Curé von Ars Tausende von Gläubigen wieder zu sich sammelte, blieb der Katholizismus in Frankreich im Spannungsfeld von Ideologien und Ich-Bezogenheit.

Wie wäre sonst die Idee zu erklären, nach dem Kriege Arbeiterpriester in die Fabriken zu schicken? Das war doch die Kampfansage der Kirche an den Marxismus. Man wollte soziales Engagement beweisen, doch das Experiment scheiterte: Die Arbeiter lehnten die „Gewerkschaft der Soutanen“ ab. Was war 1980, als diese Kirche den Sozialismus offen predigte, aus der Erkenntnis heraus, daß ihr jahrhundertaltes Weltbild von arm und reich Risse bekam, revisionsbedürftig erschien? Die kirchliche Almosenbitte, ihr Reichen gebt den Armen um Gottes Lohn, schien keinen Sinn mehr zu machen in einer Welt, die andere Umverteilungstheorien betrieb.

Der Einschnitt für diesen französischen Klerus liegt allerdings

IM GESPRÄCH Saul Ubaldini

Alfonsins Gegenspieler

Von Werner Thomas

Er kommt grundsätzlich zu spät. Manchmal läßt er seine Gesprächspartner stundenlang warten. Aber als er Ende September zur Eröffnung der Tagung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) im San-Martin-Theater von Buenos Aires eine halbe Stunde nach dem Präsidenten erschien, wurde von einer politischen Verspätung gesprochen. Saul Ubaldini wollte Raul Alfonsin brüskieren.

Die beiden Männer sind Rivalen. Ubaldini will verhindern, daß der charismatische und clevere Staatschef die Gewerkschaften an die Wand drückt. Am heutigen Donnerstag veranstaltet Lateinamerikas mächtigster Arbeitnehmerführer einen weiteren Generalstreik, den siebten in der neuen demokratischen Ära.

Saul Ubaldini (49) entstammt, anders als der Anwalt Alfonsin, der in gutbürgerlichen Verhältnissen aufwuchs, einer Familie der unteren Schicht. Die Mutter war Schneiderin, der Vater Kellner. Ubaldini lernte den Bierbrauerberuf und interessierte sich lange nicht für die Politik. Am liebsten trägt er offene Hemden oder – in kälteren Jahreszeiten – Pullover und Lederjacks.

Eine kumpelhafte Art, Redner talent, geschicktes Taktieren und Glück führten ihn an die Spitze der peronistischen Gewerkschafts-Dachorganisation „Allgemeiner Arbeiterverband“ (CGT). Er besaß keine einflußreiche Hausmacht, die Bierbrauer-Gewerkschaft zählt nur 1500 Mitglieder. Anfangs schien es, als diene Ubaldini lediglich als Marionette des Metallarbeiterbosses Lorenzo Miguel. Inzwischen gilt der CGT-Generalsekretär als sein eigener Herr.

Ubaldinis Entscheidung, den größten Gewerkschaftsbund Lateinamerikas (dreieinhalb Millionen Mitglieder) auf Konfrontation zur Regierung zu steuern, geht auf Druck aus den eigenen Reihen zurück. Hier herrscht die Ansicht, Alfonsins Stabilisierungsprogramm, der „Plan Austral“,



Bewundert Evita, haßt die Marktwirtschaft: Ubaldini FOTO: AP

werde auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Ubaldini klagt besonders den Wirtschaftsminister Jean Sourrouille an, den Vater des Austral-Plans. Er ist fest entschlossen, die marktwirtschaftliche Politik zu torpedieren. Alfonsin will ebenso fest entschlossen daran festhalten.

Niemand weiß, wohin der Machtkampf führt. Ubaldini legte sich mit einem der populärsten Präsidenten der jüngeren Geschichte Argentiniens an. Er riskiert viel. Dennoch denkt er nicht daran, in absehbarer Zukunft sein Büro im vierten Stock der CGT-Zentrale zu räumen (wo Bilder an die legendäre Evita Perón erinnern), um eine ruhigere politische Karriere zu beginnen. Er könnte Senator werden, wenn er wollte.

Der zweimal verheiratete dreifache Familienvater trotz der Herausforderungen – und den Gefahren. Die argentinische Gewerkschaftswelt blieb bis heute ein Terrain, wo Handfeuerwaffen eine Rolle spielen. Ein ehemaliger CGT-Generalsekretär, José Rucci, starb unter den Kugeln eines Attentäters. Saul Ubaldini schläft fast jede Nacht in einem anderen Bett. Aus Sicherheitsgründen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DONAU KURIER

Die Ingeborg-Zeitung bemerkt am Rande WAA-Vorwürfe:

Wer soll es dem SPD-Wirtschaftsexperten Wolfgang Roth eigentlich ernsthaft abnehmen, daß die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und der Schnelle Bruttoreaktor in Kalmar nur gebaut werden, um der Bundesrepublik das Plutonium für den Bau eigener Atombomben zu verschaffen? Was sich der SPD-Politiker da zusammenkombiniert und konstruiert und als „Dokumentation“ aufgemacht auf den Markt wirft, ist selbst für den Wahlkämpfer unter Niveau.

Andiner Volkszeitung

Sie schreibt zum Wechsel in Lersch:

Peres regierte erfolgreich. Er schaffte zunächst einmal die wunderliche Sanierung der total zerrütteten israelischen Staatsfinanzen, die sich bei seinem Regierungsantritt in einer galoppierenden Inflation von 450 Prozent ausdrückten. Jetzt liegt diese bei 19 Prozent... Verbessert wurden auch die Kontakte mit Ägypten, das Verhältnis zu den Palästinensern auf der Westbank und zu Jordanien, nicht zuletzt auch zu Polen und der UdSSR.

die tageszeitung

Zur Neuorientierung der Bundesrepublik schreibt die ebenfalls alternative Zeitung:

Diese Metropolen-Partei verkriecht sich immer mehr in ihrem eigenen Milieu. Sie ist ausgerechnet die provinziellste Partei in der grünen Szene, ein Fall für Szene-Ethnologen...

Le Monde

Sie geht auf den Rücktritt M'Bow ein:

Sogar die Sowjetunion hat sich nach und nach distanziert; sie tat dies diskret, aus Rücksicht auf den internationalen Würdenträger, der am Ende Gefallen an der Rolle eines Kapitäns fand, der um jeden Preis mit seinem Schiff untergehen will... Die Unterstützung, die M'Bow noch kürzlich von zahlreichen Hauptstädten der Dritten Welt, vor allem afrikanischen und arabischen, bekam, konnte das langsame, häufig betrübliche Desinteresse so vieler anderer Staaten nicht ausgleichen.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung wägt die Rolle der D-Mark:

Es reicht heute nicht mehr aus, festzustellen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik die der anderen Länder des Gemeinsamen Marktes übertrifft und ein durch das fünf Jahre lange sozialistische Experiment geschwächtes Frankreich weit hinter sich läßt. Außerhalb der Grenzen der EG muß man hinzufügen, daß die Mark, die sich in kurzer Zeit zur „Supermark“ entwickelte, von nun an eine Rolle in der Welt spielt. Zu ihr fließt das freie Kapital auf der Erde, und viele verlassen die Dollar-Zone.

erklärt die Austritte, die in Frankreich in den letzten Jahren ein beängstigendes Maß angenommen haben: Der Lyoner Kardinal Decourtray sagt: „Jedes zweite Pfarrhaus steht leer“. Laien nehmen immer mehr den Gottesdienst in ihre Hand, auch den Religionsunterricht. Doch worauf sollen sie sich stützen? In der V. Republik gab es seit zwanzig Jahren ein gültiges Katechismus.

Und die soziale Zukunft des Priester-Berufes ist nicht gesichert. Die Kirche bekommt in Frankreich keine Kirchensteuer, sie lebt nur von der Kollekte. Muß sie sich darum der Tagesmode anbequemen? Oder darf sie sich dennoch oder deshalb auf den Ewigen und seine Botschaft verlassen?

Der Papst hat beim Abschied in Lyon drei Worte an seine Priester hinterlassen: „Bekehrt – heilt – rettet“. Das ist ein einfaches Hirtenwort, aber es könnte, wenn es den Glauben wiedererwecken hilft, Berge versetzen in der katholischen Kirche Frankreichs, der geliebten, erstgeborenen Tochter.

Donnerstag, 9. Oktober 1986 - Nr. 235

Für die Union kommt es wieder auf den Kanzler an

Der Mainzer CDU-Parteitag zum Auftakt des Bundestags-Wahlkampfes war ganz auf Helmut Kohl zugeschnitten. Es kommt wieder auf den Kanzler an. Helmut Kohl, das ist für die Partei der Mann mit den politischen Visionen. Heiner Geißler, das ist der Mann für den tagespolitischen Kampf. Er hatte gestern seinen großen Tag.

Von GÜNTHER BADING und DIETHART GOOS

Helmut, das ist dein Beifall! CDU-Generalsekretär Heiner Geißler lenkte den Applaus der knapp 800 Delegierten des Bundestagsparteitages in der Mainzer Rheingoldhalle auf den Parteivorsitzenden. Die Deutschen sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige Führung haben, hatte Geißler zuvor in den Saal gerufen. Die Szene während der Grundsatzzrede des Generalsekretärs hatte Symbolcharakter. Der Parteikongress zum Auftakt des Wahlkampfes der CDU war ganz auf einen Mann zugeschnitten: Helmut Kohl.

Diese Regie machte sich auch der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß zu eigen. Ohne Wenn und Aber hatte er dem CDU-Parteitag am Mittwoch klargemacht, daß beide Unionsparteien das gleiche Ziel verfolgen: mit Helmut Kohl die Bundestagswahl am 25. Januar 1987 zu gewinnen und dann die bewährte Koalition mit den Freien Demokraten fortzusetzen. In Bayern wählt mancher die CSU, weil es die CDU gibt. Und in Baden-Württemberg wählt mancher die CDU, weil es in Bayern die CSU gibt, sagte Strauß vor begeisterten Zuhörern.

Der Parteitag machte eine Arbeitsteilung deutlich, die sich auch im Bundestagswahlkampf fortsetzen soll. Da ist der Kanzler in seiner Rolle als Staatslenker, der die Visionen seiner Partei bis weit über die nächste Legislaturperiode hinaus formuliert. Und da ist auf der anderen Seite die Arbeit zu einer Attacke aus aktuellem Anlaß bereitete Truppe von Generalsekretär Geißler. In seiner Grundsatzzrede gab Kohl seinen Parteifreunden diesen visionären Ausblick, die nie vergessen, daß die Masse der Bürger verständliche Bilder braucht, nannte Kohl als Beispiel für sein Vorhaben den Ausbau des "Hauses Bundesrepublik Deutschland".

"Als Konrad Adenauer den Wahlkampf 1953 eröffnete - auch damals ging es um die Durchsetzung einer wegweisenden Politik - beschrieb er den Rohbau, den wir ausgeführt haben, die Außenmauern, die wir gebaut haben, das Dach, das wir darüber gesetzt haben, damit das deutsche Volk wieder eine Behausung hatte. Auf dieser Grundlage konnte er damals den inneren Ausbau in Aussicht stellen. Wer denkt bei diesen Worten nicht an die Lage, in der wir uns heute befinden? Wieder ist es die Union, die ein Werk des Aufbaus und der Gestaltung zu leisten hat."

Mit seinem Acht-Punkte-Programm konkreter Vorhaben, die schon in der nächsten Legislaturperiode angepackt werden sollen, mach-

te Helmut Kohl allerdings bei allem Ausblick auf die "gute Zukunft", die er den Deutschen verspricht, deutlich, daß er sich von seiner Richtlinienkompetenz nichts wegnehmen lassen will. Zur Überraschung mancher gilt das auch für die Außenpolitik, der er in seiner Rede einen breiten Raum einräumte.

Vergessen ist die Zeit nach dem Machtwechsel in Bonn, als selbst Parteifreunde Führungsschwäche beim neuen Kanzler auszumachen glaubten, als das schlimme Wort vom "Kanzler-Malus" zu kursieren begann. Vergessen sind auch die Wahlschlägen bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, als die CDU bittere Niederlagen einstecken mußte. Die Stimmung auf dem Mainzer Parteitag erinnerte sogar ein wenig an sozialdemokratische Kongresse, als es noch ein hochgestimmtes "Wir-Gefühl" zwischen den Genossen und ihrem Bundeskanzler Helmut Schmidt gab. Die CDU identifiziert sich heute gern mit ihrem ersten Mann. Helmut Kohl wiederum gibt dies eine Sicherheit, die sich 110 Tage vor der Bundestagswahl in Siegesversicht umsetzt.

Von Kohl Nichtachtung, von Geißler Angriffe

Während der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler seinen Herausforderer mit Nichtachtung straffte, schoß sich Generalsekretär Heiner Geißler um so heftiger auf Johannes Rau ein. Er sprach ihm jegliche Fähigkeit ab, das höchste politische Amt in der Bundesrepublik ausfüllen zu können. Als er gar süffisant Rau mit der Neuen Heimat in Verbindung brachte und ihm empfahl, sollte er Bundeskanzler werden, könne er ja DGB-Chef Ernst Breit gleich zum Wohnungsbauminister machen, jubelten die Delegierten minutenlang.

Einmal in Fahrt, war Geißler nicht mehr zu bremsen. Der SPD attestierte er eine "erotische Lust am Untergang". Da war vom Salto mortale der SPD und ihres Kanzlerkandidaten in Sachen Kernenergie die Rede. Da sprach Geißler, adressiert an führende Sozialdemokraten, von Untergrundstrategen, Stimmungsanführern und öko-romantischen Bilderstürmern. Der "General" präsentierte den Delegierten auch seine, auf die SPD gemünzte, Version des Loreley-Liedes: "Ich weiß nicht, was soll es bedeuten... Ich glaube, die Wellen verschlingen am Ende Schiffer und Kahn, und das hat mit seinem Singen der Erhard Eppler getan."

Auch Johannes Raus Harmoniebedürfnis befühlte Heiner Geißler zu rhetorischen Kabinettstückchen: "Ich habe nichts gegen Harmonie. Doch wer Kanzler werden will, muß dem Volk sagen, was er will und was er nicht will, und er muß auch in der Lage sein, sich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen, zu sagen, was ihn unterscheidet, was er für falsch und für richtig hält. Was ist Rau nun: Herausforderer oder Schmusedecke, Kanzlerkandidat oder Knaufflüter der Nation?" Geißler ersparte sich die Antwort, orkanartig Beifall bewies, daß die Delegierten die Botschaft verstanden hatten.



Der Kanzler und sein „General“: Heiner Geißler, Helmut Kohl

FOTO: DPA

Neben Kohl und Geißler setzten andere Spitzenpolitiker die Akzente in der Diskussion. Das wurde vor allem in den Aussprachen am Mittwoch deutlich, als sich der Parteitag aufgliederte in drei Arbeitsforen zu den Themen „Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts“, „Neue Chancen in der Arbeit“ und „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“. Alles, was in der CDU einen werbewirksamen Namen hat, kam hier als Moderator, Berichterstatter oder Diskussionsredner zum Wort. Die erste Garnitur der Mannschaft um Helmut Kohl trat nach den Forumdiskussionen als Berichterstatter vor das Parteitagssplenum. Finanzminister Stoltenberg, Arbeitsminister Blum und Frauenministerin Rita Süssmuth. Gerhard Stoltenberg beschränkte sich nicht auf die Funktion eines Referenten. Als Garant für die erfolgreiche Stabilitätspolitik der letzten vier Jahre mit weltweiter Anerkennung setzte er durchaus eigene Akzente. Steht Gerhard Stoltenberg für das Wohlbefinden des Parteivolkes mit Blick auf die wirtschaftspolitische Bilanz der Regierung Helmut Kohl, so steht Norbert Blum für die kämpferische Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Auch für ihn galt der Satz des rheinland-pfälzischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Vogel, den dieser eigentlich an die Adresse Heiner Geißlers gerichtet hatte: „Weiter so, Deutschland, weiter so, Heiner Geißler. Unser Dank gilt deiner Arbeit in den letzten Jahren, für deinen unermüdlichen Einsatz und auch dafür, daß du oft den Kopf hingehalten hast, wenn die Partei stand und kämpfte.“

Auch Walter Wallmann gehört im Grunde in die erste Reihe der Mannschaft Helmut Kohls. Auf dem Parteitag allerdings übte er wohl mit Einverständnis der Regisseure des Kongresses, auffallende Zurückhaltung. Zwei Gründe mag es dafür geben - Helmut Kohl erwartet sicher noch

viel von Walter Wallmann: da wäre es unklug, ihn, kaum im Ministeramt, zu früh zu verschleißen. Vielleicht aber will man auch vermeiden, die „politische Allzweckwaffe“ Wallmann schon jetzt einzig und allein mit dem Arbeitsbereich Umweltschutz zu identifizieren. Bei der Regierungsbildung 1982 war er auch für andere „klassische“ Ressorts im Kabinett Kohl im Gespräch. Allerdings ist diese Taktik sicherlich kein Zurückweichen gewesen vor den plötzlichen Gebietsansprüchen der Freidemokraten im ökologischen Terrain. Auf dem Parteitag wurde über den von FDP-Generalsekretär Haussmann geäußerten Anspruch auf das Umweltministerium nur gewitzelt: Tausche Außen- gegen Umweltminister.“

Ein Frauen-Parteitag wurde Mainz nicht

Den Delegierten wurde zwar eine Broschüre über die Verwirklichung der Essener Parteitagebeschlüsse zur Gleichstellung von Mann und Frau vorgelegt. Ein Frauenparteitag wurde der Mainzer Kongress allerdings nicht. Daran änderte auch der Auftritt von Rita Süssmuth nichts, die über das Forum „Soziale Sicherheit“ berichtete. Der Unmut der Parteifrauen hatte sich schon vor Beginn der Mainzer Konferenz in der Bundesvorstandssitzung niederschlagen. Die CDU-Frauenvereinigung hatte ursprünglich eine Quotenregelung gewollt: 50 Prozent aller Mandatsträger der CDU sollten Frauen sein. Der Kompromiß, dem die Vorsitzende der Frauenvereinigung, Ministerin Süssmuth, nach ärgerlicher Intervention des Parteivorsitzenden zustimmte, gibt den CDU-Frauen eine für alle Aktivisten erträgliche Perspektive: In den neunziger Jahren soll der Anteil der weiblichen Mandatsträger dem Prozentsatz der weiblichen CDU-Mitglieder entsprechen.

Als Brokdorf „kritisch“ wurde, brodelte es in Hamburg

Brokdorf, das ist seit über zehn Jahren ein Reizwort für Kernkraftgegner und ein Schauplatz gewalttätiger Demonstrationen. Auch in der Nacht, als der Reaktor zum ersten Mal „kritisch“ wurde, schlugen die Chaoten zu: diesmal in Hamburg.

Von UWE BAHNSEN und DIETER SALZMANN

Wir müssen also noch deutlicher als bisher machen“, so verkündeten die sozialdemokratischen Rathausregenten in Hamburg im Brustton der Überzeugung, „daß der Dialog – und nicht die Konfrontation – das Merkmal Hamburger Politik ist. Und zwar gerade gegenüber unseren härtesten Kritikern“. Auch befanden die Genossen um Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: „Die Organisation einer angemeldeten Demonstration ist rechtzeitig mit den Organisatoren abzusprechen. Mögliche Störfaktoren sind offen anzusprechen...“ Das war am 30. Juni dieses Jahres – nachzulesen in einem Senatsbeschluss, in dem es um den „Hamburger Kessel“ vom 8. Juni auf dem Heiligengeistfeld ging.

Ein gutes Vierteljahr danach, am vorgestrigen Dienstag, hatte die Landesregierung und insbesondere der Innensenator, Bürgermeister Alfons Pawelczyk, die Gelegenheit zur Beseitigung dieser Grundsätze. Es ging um eine Demonstration anlässlich des „Tages X“, an dem im Kernkraftwerk Brokdorf zum ersten Mal eine gesteuerte Kernreaktion in Gang gesetzt wurde, d. h. der Reaktor „kritisch“ wurde. Angemeldet hatte diesen Aufzug für den Dienstagabend der Fraktionsgeschäftsführer der GAL in der Hamburger Bürgerschaft, Herbert Schalthoff. Als Veranstalter war der Innenbehörde der Hansestadt ein „Anti-AKW-Plenum Hamburg“ genannt worden, und als Demonstrationstermin war wiederum der besagte GAL-Fraktionsgeschäftsführer aufgetreten.

Um nun den „Dialog und nicht die Konfrontation“ zu suchen, hatte der Staatsrat der Innenbehörde, Werner Hartmann, am Dienstag nachmittag den GAL-Anmelder Schalthoff zu sich gebeten und bei diesem Gespräch die Zusage erhalten, alles werde ohne Krawalle abgehen. Angesagt war eine friedliche Demonstration von Kernkraftgegnern, die um 19 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Heiligengeistfeld beginnen und zum Spritzenplatz in Ottensen führen sollte. Dort war für 21.30 Uhr eine Abschlusssitzung vorgesehen. Die Innenbehörde hatte diesen Verlauf „bestätigt“, und zwar mit den üblichen Auflagen wie zum Beispiel dem Einsatz von Ordnern.

Geworden ist daraus ein mehrstündiger Vandalismus, in dessen Verlauf vermummte Chaoten die Geschäftsräume von Geldinstituten und eines Warenhauses verwüsteten, sich dann marodierend durch die Straßen zogen. Die Polizei, die am 8. Juni durch die Einkesselung von Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld eine Senatskrise ausgelöst hatte, hielt sich diesmal an die entgegengesetzte – und offenkundig politisch erwünschte – Taktik. Im Ergebnis hatte die Gewalt freie Bahn.

„Dohnanyi, Kohl und Stoltenberg – sperrt sie ins Atomkraftwerk“, skandierten die Demonstranten, während sie durch die Straßen Altonas, einer Hochburg der militanten Kernkraftgegner in der Hansestadt, zum Spritzenplatz zogen. Etwa eine halbe Stunde waren die etwa 10 000 Teilnehmer unterwegs, als vermummte Chaoten, von den Sicherheitskräften als sogenannte „Autonome“ eingestuft, reihenweise Steine in die Schaufenster der Banken entlang der Weststrecke warfen und eine Verkehrsüberwachungskamera demolierten.

Anders als bei früheren Demonstrationen, deren Teilnehmer Ausschreitungen immer wieder lautstark mißbilligt hatten, wurden die Attacken auf die Geldinstitute diesmal von der Menge mit Beifall bedacht – ein Indiz für jene gesteigerte Aggressivität, die den Sicherheitsexperten seit einigen Monaten zunehmend Sorge bereitet.

Mehr als 1800 Beamte hatte Innensenator Pawelczyk aufgerufen, um den Zug nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Das Ergebnis freilich war, daß die mit Helm und Schutzschild ausgerüsteten Ordnungshüter sich darauf beschränkten, den Demonstranten den Weg freizuhalten und den Verkehr zu regeln. Im übrigen aber hielten sich die Beamten in den Seitenstraßen auf. Abwesend war die Polizei auch, als eine Gruppe von etwa 100 Chaoten am Ort der Schlußkundgebung Hand an die Filiale 42 der Hamburger Sparkasse am Spritzenplatz legte.

Zunächst flogen die obligaten Pfastersteine in die Scheiben, die samt und sonders zu Bruch gingen. Dann flogen Tische, Stühle, Stahlschränke aus der Filiale auf die Straße, und die Bankunterlagen – Akten, Karteien und Kontoauszüge – dienten als Brennmaterial für ein Feuer mitten auf der Fahrbahn.

Während die Polizei unverändert in Wartestellung blieb, kletterte eine junge Frau mit feuerrot gefärbten Haaren, eine brennende Fackel in der Hand, in die verwüsteten Sparkassenträume, um in dem Gebäude einen Brand zu legen. Das war den Demonstranten zuzuliebe: sie hielten ihr vor, gegen die Bewohner des Hauses habe man doch nichts.

In 50 Meter Entfernung hatten sich unterdessen die Demonstranten zur Schlußkundgebung auf dem Spritzenplatz versammelt. Jetzt erschien auch eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei auf der Bildfläche. Sie blieb freilich zunächst in hundert Meter Entfernung stehen. Eine detaillierte Instruktion der Beamten über ihren Einsatz, vom Senat nach dem „Hamburger Kessel“ als ein grundlegender Erfordernis zur Vermeidung ähnlicher Vorgänge erkannt, hatte nicht stattgefunden.

Die Bereitschaftspolizisten machten sich ihren eigenen Vers daraus: Möglicherweise, so meinte einer der Beamten, sei die Zerstörung der Sparkassenfiliale „so eine Art Bauernopfer“, um gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei zu vermeiden.

Schließlich zogen die Ordnungshüter dann doch vor der Filiale 42 am Spritzenplatz auf – eine Dreiviertelstunde nach Beginn der Ausschreitungen. Nun waren es die Chaoten, die in die Seitenstraßen zurückwichen und dabei die Schaufenster des Kaufhauses Hertle plünderten: Plattenspieler, Lautsprecherboxen, Cassettenrekorder.

Auf dem Weg nach Hause zogen zwei Teilnehmerinnen, ihre Katzenmasken als Mützen zusammengeworfen, eine Bilanz des Abends: „Hat alles unheimlich viel Spaß gemacht.“



Die Hamburger Sparkasse ist verwüstet, die Polizei geht in Deckung.

FOTO: AP

„Der Studienplatz von Robert ist finanziell gut gepolstert. Meine Bank und ich haben dafür gesorgt. Beste Spar- und Finanzierungstips für die Ausbildung kann sie geben, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Auch ich habe einiges gelernt bei der Wahl meiner Bank.“



Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Der Verbund:
Volksbanken, Raiffeisenbanken
mit mehr als 18.000 Bankstellen
DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
7 regionale Zentralbanken
Bausparkassen
Schwäbisch Hall
DG HYP
Deutsche Genossenschaftsbank
Hypo-Altenbank
DIFA
Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekendarlehen eG
R+V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft

Kirchentag in Ost-Berlin ist gefährdet

D.D. Berlin

Die Evangelische Kirche in Ost-Berlin sorgt sich um ihren für 1987 geplanten Kirchentag. Der Ostberliner SED-Magistrat hat bisher keine Bereitschaft erkennen lassen, der Kirche Hallen oder öffentliche Plätze zur Verfügung zu stellen. Nicht gerade hilfreich bei den Bemühungen um die Austragungsstätten ist eine Formulierung des Westberliner Senats in einer Vorlage zur 750-Jahrfeier. Darin heißt es: „Für die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg, die in zwei Regionen geteilt ist, liegt der Schwerpunkt in einem Kirchentag in

Anzeige

3. forum DV PERSONAL PRAXIS

„Personalwirtschaft“ und neue Techniken“ am 29./30. 10. Köln

- parallel zur 10. DAFTA
- PC-Softwaretools
- PC-Datenbanken
- DV-gestützte Personalplanung
- Arbeitszeitflexibilisierung

Teilnahmegebühr DM 790,-

Aachener Str. 1052
5000 Köln 40
Tel. 0221/46 92 98

Ost-Berlin. Er wird vielfältigen Besuch auch aus dem Westteil der Stadt erfahren.“

Gegen diesen Passus wehrt sich die SED-Führung. Zwar hat der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker am 28. September erklärt, daß „die ständigen Einwohnern von Berlin (West)“ von den östlichen Feiern zum Stadtjubiläum nicht ausgeschlossen werden. Gemeinsame Feierlichkeiten soll es aber nicht geben.

„Ich bedauere den Passus in der Senatsvorlage“, sagte Martin Kruse, der EKD-Ratsvorsitzende und Bischof von Berlin. Der Kirchentag liege allein in der Verantwortung der Ost-Region. „Wir sollten Zurückhaltung üben, was nicht ausschließt, daß auch Gläubige aus West-Berlin an den Veranstaltungen im Ostteil teilnehmen“, betonte der Bischof. Er hoffe, daß noch ein Kompromiß gefunden werde und der Kirchentag stattfinden. Um der Kirchenleitung in Ost-Berlin keine Schwierigkeiten zu bereiten, hat die EKD ihren zunächst für 1987 geplanten Kirchentag auf 1989 verlegt.

DIE WELT (USPS 605-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 500 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 500 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bundesparteitag der CDU in Mainz / Geißlers „Zukunftsmanifest“ verabschiedet / Fusion in NRW gebilligt

„Menschenrechte sind für uns unantastbar“

DIETHART GOOS, Mainz

In der außenpolitischen Strategie ihres auf dem Mainzer Bundesparteitag verabschiedeten Zukunftsmanifests weist die CDU den Menschenrechten eine herausragende Bedeutung zu. Das unterstrich gestern CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bei seiner immer wieder von Ovationen unterbrochenen Erläuterung des politischen Grundsatzprogramms für das Ende dieses Jahrzehnts bis in die neunziger Jahre. Geißler machte sich für die CDU die Auffassung des Polen Wladyslaw Bartoszewski, diesjähriger Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, zu eigen, wonach es keinen Frieden ohne die Verwirklichung von Freiheit und Menschenrechten geben kann. Unter großem Beifall unterstrich Geißler: „Dies ist auch unsere Überzeugung.“

Er erinnerte daran, daß mehr als 3,1 Milliarden Menschen, zwei Drittel der Weltbevölkerung, in politischen Systemen leben müßten, die ihnen Menschenrechte, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit vorenthalten würden. Zahllose Menschen werden in über 100 Staaten der Welt – die UNO zählt 150 Mitgliedsländer – in Militärdiktaturen, in autoritären Systemen, in islamischen Feudalstaaten, in kommunistischen Diktaturen durch staatliche Gewalt wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung, wegen ihrer Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Zugehörigkeit verfolgt.

ihrer Freiheit beraubt, mißhandelt und getötet.“ Dies sei eine nicht geringere Herausforderung an die Menschheit als die atomare Rüstung. „Wir Christliche Demokraten stehen an der Seite dieser verfolgten Menschen“, rief Geißler aus.

Entschieden wandte sich der CDU-Generalsekretär dagegen, zum Thema Menschenwürde und Menschenrechte faule Kompromisse einzugehen. „Ich nenne ein aktuelles Beispiel: Ob schwarz oder weiß, die Wahrung der Menschenrechte ist für uns unantastbar auch in der praktischen Politik.“ Seinen Parteifreunden gab der CDU-Generalsekretär für den beginnenden Bundestagswahlkampf diese Marschrichtung mit auf den Weg: „Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im freiesten und friedlichsten Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Gerade dies verpflichtet uns, für die Menschenrechte weltweit einzutreten.“

Zuvor hatte der Bundesparteitag bereits einen Antrag der Jungen Union verabschiedet, der sich in scharfer Form gegen die chilenische Militärdiktatur wendet. Gefordert wird die sofortige Aufhebung des Aufnahmestandes sowie die vollständige Wiederherstellung aller bürgerlichen Freiheiten und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Außerdem verlangt die CDU von dem Pinochet-Regime freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor 1989.

Nur ein Herr Kohl war gegen die Fusion

HELMUT BREUER, Mainz

„Und so bitte ich im Namen von rund 260 000 CDU-Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen.“ Es war 18.41 Uhr, als der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf mit diesem Satz den CDU-Bundesparteitag um jene Satzungsänderung bat, die den bereits im März in Düsseldorf politisch vollzogenen Zusammenschluß der beiden größten CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zu Jahresbeginn 1987 auch juristisch wirksam macht. Sekunden später war die Fusion gebilligt.

Gegenstimmen? Zur allgemeinen Überraschung schneit eine Hand hoch, bekundete ein 58-jähriger Versicherungsvertreter aus Eschweiler seinen Widerstand „bis zur letzten Patrone“ gegen die Auflösung der 40 Jahre alten Traditionsverbände. Daß der Mann ausgerechnet Kohl, Jakob Kohl, heißt, wurde vor allem von den Delegierten schmunzelnd kommentiert, für die das Verhältnis des Bundesvorsitzenden zu seinem einstigen Generalsekretär Biedenkopf immer wieder Diskussionsstoff bietet. Vor allem Biedenkopf vertritt die These, daß die CDU nun wieder Chancen habe, in NRW mehrheitsfähig zu werden. Der Düsseldorfer CDU-Fraktionsvorsitzende Worms fehlte bei der „historischen“ Abstimmung. Worms war zu einer Krisensitzung nach Köln geeilt, weil auch der 1. FC große Probleme hat.“

Auf den Foren stießen die Experten meist nur offene Türen auf

RALPH LORENZ, Mainz

„Ich laufe kaum Gefahr, den Saal leerzureden – da ist ja ohnehin niemand mehr da.“ Die bereite Klage von einem der nach Mainz gekarteten Experten für die Zukunftsforen machte den auffallenden Kontrast zwischen Parteitag-Anspruch und Parteitätlichkeit deutlich: Die Themen, mit denen draußen im Wahlkampf der Nerv des Wahlbürgers getroffen werden soll, rüttelten nicht einmal die Delegierten auf.

Dabei lohnt sich in der Tat das genaue Hinhören: Vor allem bei Forschungs-Bundesminister Heinz Riesenhuber, der die „Überwindung des Scheingegensatzes zwischen Kultur und Technik“ ausrief. Er plädiert für „neue Formen der Ästhetik in der Umweltgestaltung und Alltagskultur“. Die Wahrnehmung ethischer Verantwortung dürfe nicht mit Blockade der Wissenschaft oder ihrer Bevormundung verwechselt werden. Riesenhuber: „Wir fühlen uns dem Strukturwandel nicht ausgeliefert, sondern wir sehen ihn als Gestaltungsaufgabe.“

Rückendeckung im Kampf gegen modernen Kulturpessimismus und Technologiefeindlichkeit bekam Riesenhuber im „Forum 1“ (Thema: „Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts“) vom Siemens-Betriebsratsvorsitzenden Wilhelm Schelsky: „Es gibt bei allem Forschungsaufwand für alternative Energien für die nächste Dekade keine adäquate Alternative.“ Er stehe

hier ganz auf der Seite der vielen Betriebsratskollegen, die dieses in den vergangenen Monaten öffentlich kundgetan hätten, schob Schelsky unter Beifall und in der Gewissheit nach, vor diesem Forum ohnehin offene Türen einzutreten.

Für den Verwaltungswissenschaftler Professor Helmut Klages (Speyer) besteht kein Zweifel, daß „die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in den zurückliegenden Jahren durch eine Krise der Technik-Akzeptanz hindurchgegangen ist“. Technologien seien vertrauensabhängig. Das gelte vor allem für die Großtechnologien. Es sei ein irrationales Phänomen, daß meist nur individuell handhabbare Techniken gut wegkommen.

Gerhard Stoltenberg warnte andererseits vor der Gefahr, unter dem Deckmantel der Wissenschaft „ideologische Heilslehren“ zu verbreiten und meinte, wissenschaftliche Meinungsvielfalt könne auch kein Freibrief für Amateure und Dilettanten sein. Nein, in den Geruch der Wissenschaftsläugung will die Union nicht geraten, und geradezu apodiktisch ließ sich Stoltenberg vernehmen: „Nicht jede politische Einzelentscheidung ist wissenschaftlich begründbar.“

Norbert Blüm, der aus dem Arbeitskreis 2 („Neue Chancen in der Arbeit“) referierte, postulierte: „Fortschritt ist möglich.“ Technischen Fortschritt sieht er nicht unweigerlich gegen den Menschen gerichtet.

„Ist die Kohlefräse nicht besser als die alte Spitzhacke? – Die bekommt keine Staublunge.“ – Die bekommt keine Staublunge, läßt sich der Arbeitsminister, der sich auch bei zwei Millionen Arbeitslosen seinen Humor nicht nehmen läßt, pointiert vernehmen. Gerade Arbeitsplätze könnten nur auf „neuen Wegen“ der Technik geschaffen werden – die von der SPD beschrifteten alten Pläne hätten ja schließlich erst in die Massenarbeitslosigkeit geführt.

Die Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sieht Blüm im Dienstleistungsbereich. Denn „der Mensch wird entgegen anderslautenden Meldungen in der Welt von morgen nicht verschwinden“. Dazu sei aber ein neues Image für das Dienen erforderlich. „Lieber Maschinen beherrschen und Menschen bedienen als umgekehrt“, lautete hierzu die Blümsche Kurzformel.

Im Forum 3 „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“ wiederholte Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht seine schon 1984 geäußerten Zweifel an der Möglichkeit, die Finanzierung der sozialen Sicherheit wie bisher ausschließlich dem Produktionsfaktor Arbeit aufzubürden. Als ersten Schritt für eine Umfinanzierung empfahl er, wenigstens die versicherungsfremden Leistungen, die bisher von der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden müssen, nach und nach durch staatliche Zuschüsse abzudecken.

Transitregelung greift. Rückgang der Asylantenzahl überrascht Senat

Berichte über starke Kontrollen auf dem Flughafen Schönefeld / Notunterkünfte aufgelöst

DIETER DOSE, Berlin

Ost-Berlin wendet offenbar die neue Transitregelung konsequent an. Diese Einschätzung vertritt der Berliner Senat. Von 461 Asylbewerbern, die sich seit dem 1. Oktober meldeten, sind nur 31 nach diesem Stichtag eingereist. Alle anderen trafen vorher ein. Im September waren rund 6300 Asylanten nach Berlin gekommen.

Die Behörden sind über diesen schlagartigen Rückgang überrascht, weil es Informationen gab, daß vor allem in der Türkei bis zum 30.9. von den „DDR“-Dienststellen noch zahlreiche Transitvisa ausgestellt worden seien und lange Schlangen vor den Konsulaten gestanden hätten. Aber seit dem 1.10. hat sich nicht ein Iraner mehr gemeldet! Sie machten in den letzten Monaten etwa 50 Prozent der Asylbewerber aus und benutzten fast ausnahmslos den Weg über die Türkei.

Via Karachi und Moskau

Der größte Teil der 31 nach dem 1.10. gekommenen Antragsteller sind Tamilen. Auf abenteuerlichen Wegen gelangten sie nach Berlin. Schlepper brachten sie nach Neu-Delhi und besorgten ihnen indische Pässe. Mit diesen Pässen erhielten sie – vor dem 1. Oktober – Transitvisa der „DDR“.

Über Karachi und Moskau flogen sie dann nach Schönefeld. Die Pässe warfen sie auf Anweisung der Schlepper nach der Ankunft in West-Berlin weg. Die Ausländerbehörde hat den Verdacht, daß viele der in diesem Jahr gekommenen „Inden“ tatsächlich Tamilen sind. Das Bundesamt in Zimndorf und die Behörden der anderen Bundesländer wurden über diese Erkenntnisse informiert.

Informationen, daß die „DDR“ in den letzten Tagen mehrfach über andere Ostblockländer nach Schönefeld gekommenen Asylanten ohne Anschlußvisa ins nächste Flugzeug gesetzt und in die Herkunftsländer zurückgeschickt hat, kann der Sprecher der Berliner Innenverwaltung, Hans F. Birkenbeul, nicht bestätigen. „Wir haben solche Gerüchte allerdings auch gehört“, sagt er. Über gründliche Kontrollen und teilweise stundenlange Wartezeiten nach der Ankunft auf dem Ostberliner Flughafen berichteten die Tamilen. Sie seien unmittelbar nach der Landung von den anderen Passagieren abgesondert worden.

„Wir hatten mit einem allmählichen, aber nicht einem rapiden Rückgang gerechnet“, betont Birkenbeul. Offensichtlich hat sich die „DDR“-Transitregelung, die in dieser Form schon seit Anfang des Jahres

für Schweden und Dänemark gilt, in den betreffenden Ländern sehr schnell herumgesprochen, daß die „DDR“ den Weg über Schönefeld verbaut hat. Da die bis zum 30. September ausgestellten Transitvisa der „DDR“ drei Monate gültig sind, werden bis Mitte November noch einige Notunterkünfte in Berlin in Betrieb bleiben. Polizeikasernen und ein Jugendheim konnten aber bereits geräumt werden.

Spürbare Entlastung

Eine spürbare Entlastung ist auch durch die Verteilung von rund 1800 Asylanten innerhalb einer Woche auf die anderen Bundesländer eingetreten.

Vom Berliner Senat sollen in Kürze die Verfahren zur Abschiebung von rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern, vor allem aus dem Libanon, eingeleitet werden. Es handelt sich um rund 1700 Personen. Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) hatte die Abschiebung bereits im September nach Rückkehr von einer Libanon-Reise angekündigt. Nach seiner Auffassung besteht bei ihnen bei einer Rückkehr keine „Gefahr für Leib und Leben“. Man rechnet auch damit, daß ein Teil freiwillig in ihre Heimat zurückkehrt.

Koschnick: Mehr Unterstützung für Soldaten

idea, Bonn

Eine stärkere moralische Unterstützung für Soldaten der Bundeswehr durch die Kirchen hat der frühere Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) verlangt. In einem Beitrag für den Informationsdienst des Evangelischen Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ schrieb der Politiker, man dürfe die Soldaten, von denen man im Ernstfall verlange, ihr Leben für die Gesellschaft einzusetzen, mit dieser Verantwortung nicht alleine lassen.

In diesem Zusammenhang warnte Koschnick die Kirchen davor, sich auf eine Entweder-Oder-Argumentation zu versteifen. „Dadurch würden Soldaten zwangsläufig ausgegrenzt.“ Ziel der theologischen Betreuung müsse es vielmehr sein, auf der Basis des Auftrages, militärischer Erpressung zu widerstehen, Kriegsverhütung zu betreiben und somit einen dauerhaften Frieden zu sichern, zur Schärfung des Gewissens beizutragen, um so eine Hilfestellung für wertbezogenes Handeln zu leisten.

Im selben Informationsdienst sprach sich der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maizière, für einen Wehrdienst des guten Gewissens aus, denn für Christen sei die Selbstbehauptung eines Volkes gegen Aggressionen ethisch gerechtfertigt.

Schröder signalisiert den Grünen sein Interesse

Der SPD-Politiker setzt auf ihre „kalkulierbare Politik“

MICHAEL JACH, Hannover

In der Bilanz der Kommunalwahl vom Sonntag entdeckt der niedersächsische SPD-Opportunistenführer Gerhard Schröder eine reizvolle Perspektive: Da seine Parteigenossen vielerorts rein rechnerisch die Auswahl haben zwischen FDP oder Grünen als Bündnispartnern, erlaube die Antwort auf die Partnerfrage weit über den jeweils lokalen Rahmen hinaus „wichtige strategische Folgerungen“.

Den breiten Spielraum seiner Aussage interpretiert Schröder im Hinblick auf Grüne und FDP verschiedene. Die Grünen hätten jetzt in zahlreichen Städten und Kreistagen in stabilen rot-grünen Bündnissen „die Gelegenheit nachzuweisen, daß sie kalkulierbare Politik machen können“. Für den SPD-Politiker sei dies landespolitisch ein „mittelfristig interessanter Aspekt“. Schröder sprach freilich nicht von Problemlösen für Hannovers Landtag nach 1990, sondern verhielt sich einem „Erfahrungshintergrund“.

Im Hinblick auf die FDP wiederholte der SPD-Landtagschef seine besorgte Wahlbewertung. Die Verluste der FDP seien der Preis für ihre „kritiklose Anpassung“ an den Koalitionspartner CDU. Daß die FDP-Landespartei nun die „Offenheit“ der freidemokratischen Bündnisent-

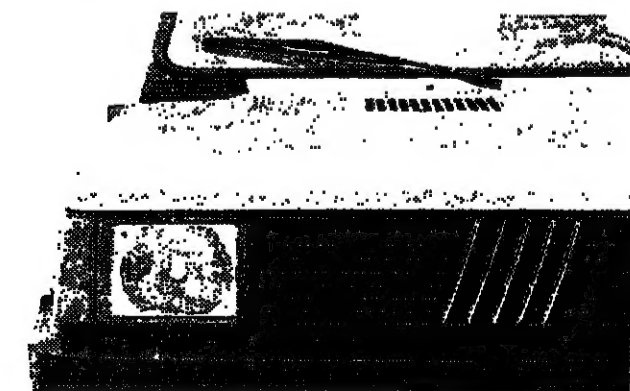
scheidung in den Kommunalparlamenten betont, sei eine bemerkenswerte andere Politik als vor der Landtagswahl. Sie müsse sich allerdings erst noch „als glaubwürdig erweisen“. Schröder ließ in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt, daß mancher SPD-Politiker im Land sich im Grunde mit den Grünen selbst verlegen müßte.

Derweil wird in der Landeshauptstadt aufmerksam jede Regung von FDP-Kreisen registriert, die Schröders „Glaubwürdigkeits“-Spekulation entsprechen könnte. So werden die Nachbarkreistage Oldenburg und Ammerland (Westerstede) als „Tip“ gehandelt, wo ein Bündnis mit der SPD denkbar sei. Vor der Landtagswahl war aus dem Oldenburger FDP-Bereich deutliche Reserve gegen die frühzeitige Festlegung auf eine Koalition mit der CDU zu verzeichnen.

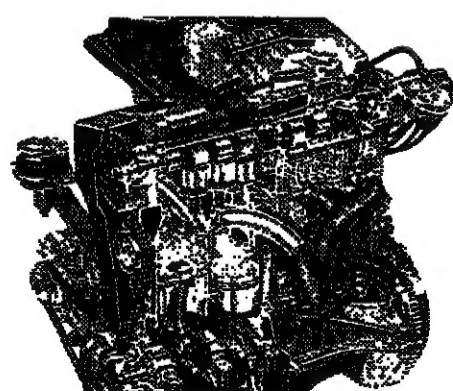
Im neuen Rat der Landeshauptstadt scheint man in der dreiköpfigen FDP-Fraktion nicht abgeneigt, SPD-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg die Hand zum Mehrheitsbündnis zu reichen. Immerhin könnte dabei ein Stellvertreterposten heraus-springen. Hannovers FDP-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Detlef Kleinert, einer der Architekten der Albrecht-Koalition, läßt allerdings wissen: „Dann gibt's Ärger.“

Die tolle Kiste ist noch toller geworden.

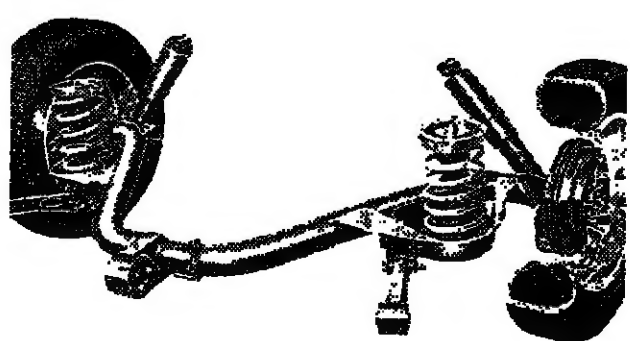
Neu: FIRE-Motor, bedingt schadstoffarm, 3 1/2 Jahre steuerfrei, ohne Kat., ohne Aufpreis. Neu: Hinterachse. Neu: Die Inneneinrichtung.



„Mini-Limousine, die es motorisch... mit größten Autos durchaus aufnehmen kann.“ (FR 01.02.86)



„...mit dem derzeit in der Summe aller Eigenschaften weltbesten kleinen Vierzylinder-Triebwerk...“ (mot 4/86)



„...neue Dimension an Fahrkultur.“ (FR 01.02.86)



„...Innenraumgestaltung auf der Höhe der Zeit.“ (mot 4/86)



Dem wäre noch folgendes hinzuzufügen: Panda 750 L, das Einstiegsmodell. 34 PS (25 kW) stark, echte 125 km/h schnell und echte 5,0/6,2 l sparsam (bleifreies Normal, nach DIN 70030-1, bei 90 km/h/Stadtverkehr). Panda 1000 CL, das Komfortmodell, FIRE-Motor 44 PS (32 kW), komfortable Beschleunigung (16 Sek. auf 100), Komfortsitze, Komforteinrichtung. Beiden gemeinsam ist die neue omega-förmige Hinterachse und der stufenlos von 272 bis 1038 Liter veränderbare Gepäckraum. Issjattoll.

Der neue Panda. Die noch tollere Kiste.

FIAT

Khadhafi: Libyen soll zu einer „Festung“ werden

dpa, Tripolis

Revolutionsführer Muammar el Khadhafi hat seine Landsleute dazu aufgerufen, Libyen in eine „Festung“ zu verwandeln und es den Amerikanern so unmöglich zu machen, ihre schmutzigen Füße auf diesen reinen Boden zu setzen. In einer von der britischen Rundfunkgesellschaft BBC aufgezeichneten Sendung des libyschen Fernsehens meinte Khadhafi, sein Land sei mit einer „neuen Aggression“ und „neuen kolonialistischen Ambitionen“ konfrontiert.

Das libysche Volk rief Khadhafi auf, die Küstenstreifen zu verminnen, Verteidigungsanlagen zu errichten und die Verteidigung der Küsten zu üben.

Falls die USA Zuflucht zum „langen Knüttel der Feiglinge“ nähmen, habe Libyen das Recht, Terrorismus anzuwenden. „Wenn Amerika mit diesem langen Knüttel zuschlägt, werden wir unsere besonderen Maßnahmen ergreifen, die nicht Flugzeugträger und Interkontinentalraketen sind“, sagte Khadhafi.

Anzeige

Interessante berufliche Positionen bietet Ihnen die BERUFS-WELT!

Wichtig ist, daß Sie über alle Berufs-Chancen für qualifizierte Bewerber rechtzeitig informiert sind. Nutzen Sie deshalb regelmäßig die BERUFS-WELT, den großen Stellenführer für Fach- und Führungskräfte mit wichtigen Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Jeden Samstag in der WELT.

Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 0130-60 60 (zum Ortsanruf). Oder Postkarte an

DIE WELT
VERLAGS- UND DRUCK-ANSTALT
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Plötzliche Aktualität für Gipfelthema Nicaragua

Flugzeug-Abschluß bringt Washington in Verlegenheit

WERNER THOMAS, Miami
Wenige Tage vor dem amerikanischen-sowjetischen Gipfel-Treffen in Reykjavik ist eines der Themen dieser Begegnung in den Blickpunkt gerückt: Nicaragua. Der Abschluß einer Transportmaschine im Südosten des mittelamerikanischen Staates mit drei Amerikanern an Bord hat die Reagan-Administration allerdings in eine unangenehme Situation gebracht und den sandinistischen Kommandanten und ihren Moskauer Verbündeten Propagandamunition geliefert. Der einzige Überlebende, Eugene Hasenfus (45), wurde in Managua der Presse präsentiert.

Es war der sowjetische Außenminister Schewardnadse, der letzte Woche in Mexiko-Stadt bestätigte, daß die Mittelamerika-Krise in Reykjavik zur Sprache kommen werde. Seine Regierung befürchte eine Eskalation des Konfliktes. Er betonte, daß die Sowjetunion keine Absicht habe, Truppenkontingente nach Nicaragua zu entsenden.

Der Reagan-Regierung geht dagegen das bisherige militärische Engagement der Sowjets und der Kubaner schon zu weit. Die Sandinisten unterhalten die stärksten Streitkräfte Mittelamerikas, etwa 120 000 Soldaten und Reservisten, die mit zum Teil modernen sowjetischen Waffen ausgerüstet sind. Die sandinistische Volksarmee setzt in ihren Kämpfen gegen die Contra-Rebellen den schnellsten Kampfhubschrauber der Welt ein, den MI-24.

Revolutionäre Unruhe

Nach Schätzungen Washingtons befinden sich 3000 kubanische Militärbater im Land. Präsident Reagan beschuldigt die Sandinisten, mit ihrem militärischen Potential die Nachbarländer (insbesondere Costa Rica) einzuschüchtern und revolutionäre Unruhe in der Region zu schüren, vor allem in El Salvador.

Mit diesen Vorwürfen verteidigt die Reagan-Regierung ihre Unterstüt-

zung für die anti-sandinistischen Contras, etwa 15 000 Mann, die besonders in den nördlichen Gebieten Nicaraguas operieren. Der amerikanische Kongreß hat vor der Sommerpause eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Militärhilfe für die Contras gebilligt. Es handelt sich um 70 Millionen Dollar. Da der demokratische „Speaker“ des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, die Gesetzgebung schleichend behandelt, konnten die Rebellen bisher noch nicht die erste Tranche dieser Hilfe erhalten.

Logistische Probleme

Bisher war unbekannt, daß amerikanische Staatsbürger an den Versorgungsflügen für die Contras von dem salvadorianischen Militärflughafen Elapango beteiligt sind. Vermutlich handelt es sich bei den drei Amerikanern der abgeschossenen Transportmaschine C-47 um Angehörige des Geheimdienstes CIA oder um Personen, die für diese gefährliche Tätigkeit angeheuert wurden. Die Informationen sind widersprüchlich.

Mit der Wiederaufnahme der Militärhilfe wollte die Reagan-Regierung ein umfangreiches Ausbildungsprogramm für die Rebellenarmee verbinden. Auch Piloten sollen ausgebildet werden. Die Versorgung ihrer Kampfer ist das schwierigste logistische Problem der Rebellenorganisation. Fast alle Partisanenverbände müssen durch die Luft versorgt werden. Der Guerilla-Führer Adolfo Calero erklärte kürzlich, daß nicht nur Piloten, sondern auch Flugzeuge fehlen. Deshalb könnten immer nur ein paar tausend Mann operieren.

Der Abschluß der Transportmaschine hat auch die Duarte-Regierung in El Salvador in Verlegenheit gebracht. Bisher kursierten lediglich Gerüchte, daß die Versorgungsflüge vom Elapango-Flughafen aus starten. Die Regierung wollte sich jedoch nicht zu diesem Thema äußern. Jetzt erfolgte die Bestätigung.



Fürsorglich rückt US-Präsident Reagan dem sowjetischen Bürgerrechtler Orlow den Stuhl zurecht

„Westen schuldet Orlow viel“

AFP, Washington
US-Präsident Ronald Reagan hat am Dienstag den sowjetischen Dissidenten Jurij Orlow empfangen. Reagan sagte bei der Begegnung, der Westen schulde Orlow viel. Mit der Rückzahlung dieser Schuld könne dadurch begonnen werden, daß bei dem bevorstehenden Treffen mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow die Menschenrechtsfrage zu einem zentralen Bestandteil der Unterredung gemacht werde.

„Ich werde Gorbatschow klarmachen, daß wir nicht das notwendige politische Klima für dauerhafte Fortschritte auf anderen Gebieten haben werden, wenn es keine wirklichen sowjetischen Schritte bezüglich der Menschenrechte gibt“, versicherte

Reagan bei dem Empfang für Orlow, der von Vertretern einer Menschenrechtsgruppe begleitet wurde. Wirklicher Friede erfordere den Respekt der Menschenrechte und der Freiheit ebenso wie Rüstungskontrolle, fügte der Präsident hinzu.

Orlow hatte zuvor auf einer Pressekonferenz gesagt, Sicherheitsprobleme könnten nur gelöst werden, wenn auch Menschenrechtsfragen geklärt seien. Er bedankte sich telefonisch beim früheren US-Präsidenten Jimmy Carter für dessen Eintreten für die Menschenrechte. Carter hatte angekündigt, daß Orlow den Menschenrechtspreis „Carter-Medaille“, der mit 100 000 Dollar dotiert ist, erhalten werde.

Ein „Prawda“-Lob auch für Amerikas Realismus

Gipfel in Reykjavik als politischer Reifetest eingestuft

R-MBORNÄSSER, Moskau
Der bevorstehende Gipfel in Reykjavik ist für Viktor Afanasjew, Chefredakteur der Parteizeitung „Prawda“, eine Probe der politischen Reife. In einem Leitartikel stellt er Überlegungen über die Möglichkeiten der Begegnung an. Seit Tagen schon wird vor und hinter den Kreml-Kulissen ein propagandistischer und diplomatischer Kampf zu diesem Thema geliefert.

Moskau hat klar zu erkennen gegeben, daß die Abrüstungsgespräche während des Treffens zwischen KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan im Vordergrund stehen. Andere Themen sind nicht erwünscht.

Die Nachrichtenagentur Tass unterstellte Reagan, er wolle über „abgestandene antisowjetische Themen“ sprechen. Die Regierungszeitung „Iswestija“ verurteilte scharf die „ultra-rechten Kreise“ in Washington, die mit „ihrem Geschrei über die Menschenrechte“ die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom Problem der Abrüstung ablenken wollten.

Versöhnlicher unterstrich Afanasjew in der „Prawda“, daß die Über-

einkunft über das Treffen in Reykjavik „das Resultat eines realistischen und konstruktiven Herangehens nicht nur durch die sowjetische Seite, sondern auch durch die amerikanische Seite ist.“

Positive Tendenzen

Gelobt werden in diesem Artikel die Außenminister, die 25 Stunden lang um dieses Treffen gerungen hätten, gelobt wird natürlich auch Generalsekretär Gorbatschow. Denn seine Initiative sei „politisch tapfer und weitsichtig“, versuche er doch, mit dieser Maßnahme die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern.

Auch für Afanasjew, den gut informierten, ist dieses Treffen wie er einräumt, eine „angenehme“ Überraschung. Mit kurzem Seitenhieb auf

die jüngsten Vorkommnisse schrieb er, der „Fall Daniloff“ sollte den Gipfel verhindern. Aber die positiven Tendenzen in der Welt hätten sich durchgesetzt.

Afanasjew unterstrich die Moskauer Version, daß der „Reykjaviker Gipfel nicht den Gipfel in den USA ersetzt.“ – Dies sei nur ein Arbeitstreffen mit der Absicht, die gegenwärtige Situation richtig einzuschätzen, um konkrete Direktiven in beiderseitiger Übereinkunft zu erzielen, die auch den Fortschritt in einigen Bereichen der Nuklearrüstung gewährleisten sollen.

Wirtschaftliche Aspekte

„Das Treffen in Reykjavik ist Wirklichkeit geworden, weil das sowjetische und amerikanische Volk nach Frieden streben.“ Als positiv führte Afanasjew an, daß die Militärausgaben in den USA gekürzt wurden, auch für SDI. Das aber bedeute, daß die Friedensbewegung in den USA, aber auch in Europa an Stärke gewinne. „Wir erhoffen viel von diesem Treffen in Reykjavik – aber wir haben auch große Sorgen“, bekannte der „Prawda“-Chefredakteur.

Afanasjew leugnet nicht, daß der wirtschaftliche Aspekt des Treffens außerordentlich wichtig sei. „Denn für die Verwirklichung unseres sozialwirtschaftlichen Programmes brauchen wir beträchtliche Mittel, um ein militärisch-strategisches Gleichgewicht zu erhalten.“ Das verringert unsere Möglichkeiten beim friedlichen Aufbau.

„Was bringt Reagan eigentlich mit nach Reykjavik?“ fragt Afanasjew, um dann versöhnlich zu konstatieren, „das Treffen kann und soll positive Resultate vor allem in der Begrenzung der Kernrüstung anstreben.“ Womit Moskau wiederum unmißverständlich klarmacht, daß es als Ergebnis vorab Impulse für die Verhandlungen über eine Rüstungskontrolle erwartet.

Am Drogenproblem schieden sich in Straßburg die Geister

FRANZ KADELL, Straßburg

Die Debatte im Europäischen Parlament über EG-Richtlinien zur Bekämpfung des Drogenproblems hat zweierlei deutlich gemacht: Erstens, daß Europa einer dramatischen Verschlimmerung der Drogensituation entgegenseht, und zweitens, daß in der Frage der Bekämpfung zwischen den politischen Lagern – übrigens im Gegensatz zu Amerika – eine tiefe Kluft besteht.

Weltweit gibt es nach Angaben des EYP-Obmanns im Drogenausschuss Elmar Brok mehr als 48 Millionen Drogenabhängige zwischen 17 und 24 Jahren. Die steigenden Mengen sichergestellter Suchtstoffe lassen den Schluß zu, daß der Höhepunkt der Drogenwelle noch längst nicht erreicht ist. Vor allem seit die Amerikaner die Herausforderung durch das internationale Drogengeschäft als Überlebensproblem ihrer Gesellschaft begreifen und ihr entschlossen entgegengetreten, befürchten Kerner der Szene, daß die Drogenmafia sich in Europa Ausgleichsmärkte sucht.

Gegenwärtig werden weltweit, so Brok, Drogen im Verkaufswert von schätzungsweise 600 Milliarden Mark umgesetzt. In Europa wurden 1985 133,4 Tonnen Cannabis, 0,9 Tonnen Kokain und 1,8 Tonnen Heroin sichergestellt.

Auf der Suche nach der Lösung des Problems finden sich die EG-Politiker in zwei Lagern wieder. Das gesamte Spektrum von der Erneuerung- und Sammlungsbewegung „Europäischer Demokraten“, „Europäischer Volkspartei“, „Europäische Demokraten“ und „Liberalen und Demokratische Fraktion“ einigte sich auf einen gemeinsamen Antrag. Mit ihm stimmte die „Fraktion der Europäischen Rechten“, die sich zuvor am Muster des amerikanischen „Kreuzzugs“ orientiert hatte: Todesstrafe für Drogenhändler; Zwangseinlieferung von Süchtigen zu Entziehungskuren; Einführung eines Drogennachweistests am Arbeitsplatz.

Im Mehrheitsantrag werden folgende Empfehlungen ausgesprochen: Strengere Kontrollen bei Ein- und

Ausfuhr von Chemikalien, die zur Drogenherstellung benötigt werden; Schaffung einheitlicher Leitlinien für die Verurteilung und Auslieferung von Händlern; Änderung der Zollbestimmungen über die Beschlagnahme von Waren und die Möglichkeit, die Zustellung von Sendungen zu überwachen; Koordinierung der Arbeit der Zollstellen sowie Schaffung drogenzuständiger nachrichtendienstlicher Zentralstellen.

Erste Schritte zur Vereinheitlichung des Betäubungsmittelrechts und des Strafrechts könnten auf der Ministerkonferenz der Justizminister am 19. Oktober eingeleitet werden. Der EVP-Politiker Elmar Brok (CDU) zitierte dazu einen drastischen Fall: Ein seit zwei Jahren in Holland wohnender deutscher Haschisch-Händler (die nachgewiesene verkaufte Menge beträgt mehr als 1,2 Tonnen) konnte nicht ausgeliefert werden. Seine Verhaftung war lediglich dem Umstand zu verdanken, daß er unvorsichtigerweise ins Bundesgebiet einreiste.

Den Konservativen und Liberalen stand eine Allianz aus Grünen, Kommunisten und sozialistischen Abgeordneten gegenüber. Während französische, spanische und italienische Sozialisten rechtliche Verschärfungen beifürworteten, stehen einige Labour-Abgeordnete und auch die Vertreterin der Sozialistischen Fraktion im Drogen-Untersuchungsausschuß, die SPD-Politikerin Heineke Salisch, an der Seite der Grünen mit der Forderung nach „Entkriminalisierung“. Im gemeinsamen unterzeichneten Minderheitenvotum heißt es, daß die EG-Richtlinien „nicht hinter das zurückfallen“ dürften, „was in einzelnen Mitgliedstaaten bereits an Liberalisierung erkämpft worden ist“. Und weiter: „Anstelle Drogen schlechthin zu bekämpfen, sollte die Priorität darin bestehen, eine Normalisierung im gesellschaftlichen Umgang mit Drogen, Drogengebrauch und – leider auch – Drogenabhängigkeit anzustreben.“ Drogen hätten eine „Jahrtausende alte Geschichte in der menschlichen Kultur und dies wird auch in Zukunft so sein.“

In Peking neue Gesprächsrunde

AFP, Peking

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan sowie die Präsenz vietnamesischer Truppen in Kambodscha werden im Mittelpunkt der neuen Runde chinesisch-sowjetischer Normalisierungsgespräche in Peking stehen. Außerdem soll die Konzentration von Truppen der Roten Armee an der Grenze Chinas zur Sprache kommen.

Das erste Treffen hat ein Sprecher der sowjetischen Botschaft als „sehr freundschaftlich“ bezeichnet. Die Gespräche, die noch bis zum Ende dieser Woche dauern, stehen unter guten Vorzeichen, nachdem sich die UdSSR zuvor bereit erklärt hatte, über alle Fragen zu sprechen.

Südafrika: Boesak gibt sein Amt auf

AFP, Pretoria

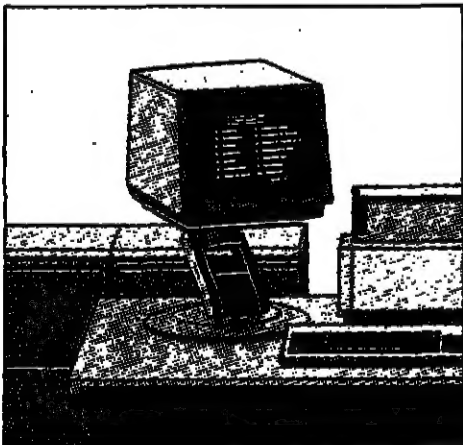
Nach einem Streit innerhalb der Kirchensynode um die Unterstützung von Schulboykotts und bewaffnetem Kampf gegen die Apartheid ist der südafrikanische Pastor Allan Boesak als Präsident der gemischtrassischen Niederländisch-Reformierten Missions-Kirche in Südafrika zurückgetreten. Boesak hatte das Amt erst am 24. September übernommen. Mit seinem Rücktritt kommt die Spannung innerhalb der in eine weiße, eine schwarze und eine gemischtrassische Sektion gespaltenen Kirche zum Ausdruck. Die Mitglieder sind über eine Unterstützung der radikalen schwarzen Opposition gegen die Apartheid zerstritten.

Neu von der blend-a-med Forschung:

1977

Die Idee wächst

Das Konzept eines einfach zu bedienenden, ausbaufähigen Systems vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen zeigt erste Erfolge. Bereits ein Jahr nach der Einführung des ersten dialogorientierten Magnetplatten-systems Nixdorf 8870 sind über 1.000 Systeme installiert.



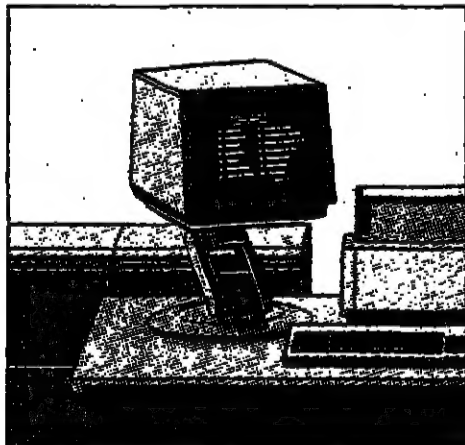
1978

Der Erfolg wächst

Die Nixdorf 8870 bietet vier Arbeitsplätze und eine Speicherkapazität von 20 Millionen Zeichen.

Der Aufbau von COMET® beginnt, der einmaligen Software-Bank, aus der sich jeder Anwender seine individuelle Software-Lösung selbst zusammenstellen kann.

3.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 6.500 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.

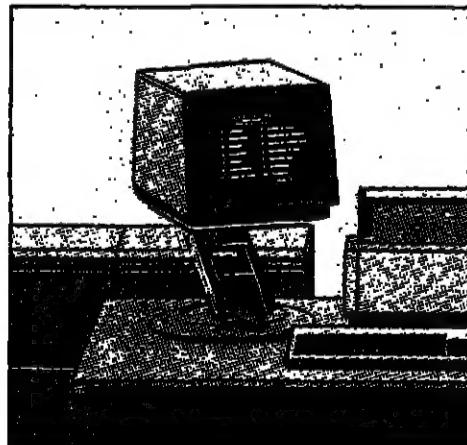


1979

Die Leistung wächst

Die Leistungsfähigkeit der Systemfamilie 8870 wird ausgebaut. Acht Bildschirm-Arbeitsplätze sind anschließbar. Die Peripherie wird um Drucker und Speicherlaufwerke erweitert. Dank modularer Systemarchitektur können bestehende Installationen die erhöhte Leistungsfähigkeit der 8870 in Anspruch nehmen. Die COMET®-Bank bietet inzwischen sechs Programmbausteine.

7.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 14.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



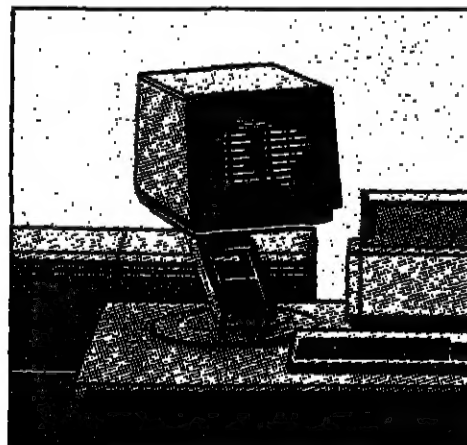
1980

Die Kapazität wächst

Die Leistungsfähigkeit der 8870 wird verdoppelt. 16 Bildschirm-Arbeitsplätze sind anschließbar. Auch das Softwareangebot wird erweitert: Zu den fertigen Programmbausteinen COMET® kommen die ersten branchenspezifischen Software-Pakete.

Das Fernbetreuungsnetz wird aufgebaut mit dem Ziel, über die Telefonleitung kontinuierliche Hard- und Softwarepflege zu leisten und den Anwender rund um die Uhr zu unterstützen.

10.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 30.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



1981

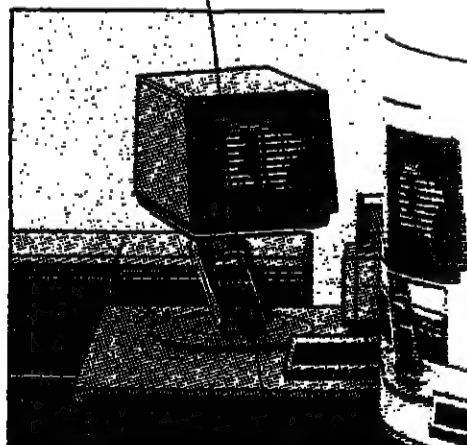
Das System wächst

Mittlerweile zählt die 8870 zum erfolgreichsten Dialogsystem Europas.

Dank neuester Chiptechnologie verfügt das System jetzt über einen 1 MB Hauptspeicher für schnellere Rechenleistung. 24 Bildschirm-Arbeitsplätze sind anschließbar. Bereits installierte Systeme können diese höhere Leistung nutzen. Vorhandene Software kann uneingeschränkt weiter eingesetzt werden.

Der Ausbau anwenderspezifischer Lösungen geht weiter. Software-Pakete für 39 unterschiedliche Branchen sind fertig.

12.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 60.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



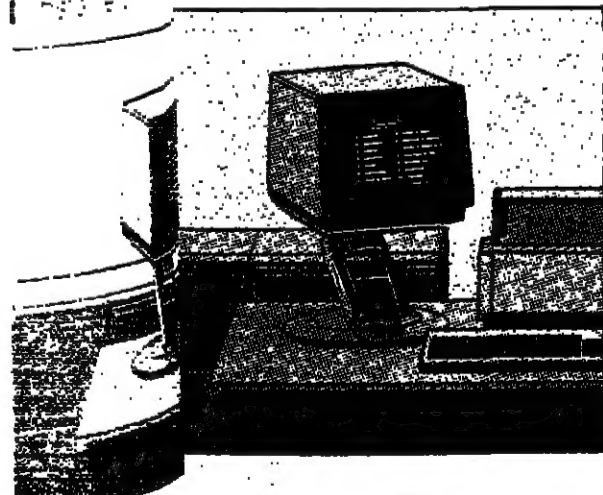
Der Wachstums-Comite

OTK 1001/1002

Nixdorf 8870: Der Erfolg geht weiter

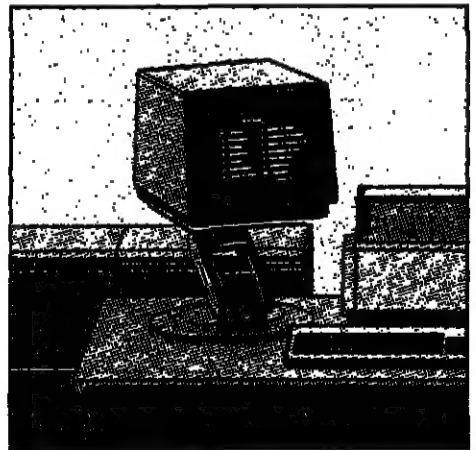
1981

Der Service wächst
Die 8870 wird technisch aktualisiert. So kann der Anwender die Vorteile, die sich aus der neuesten Entwicklung der Mikroelektronik ergeben, unmittelbar nutzen. Dabei können getreu dem modularen Systemkonzept alle vorhandenen Software-Investitionen voll übernommen werden.
Aber nicht nur Hard- und Software werden ständig aktualisiert. Auch das Service- und Dienstleistungsangebot wird kontinuierlich erweitert. In mittlerweile 60 Branchen-Kompetenz-Zentren können sich die Anwender individuell beraten und branchenspezifische Lösungen demonstrieren lassen. 2.000 Branchenseminare und Schulungen werden durchgeführt. 19.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 95.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



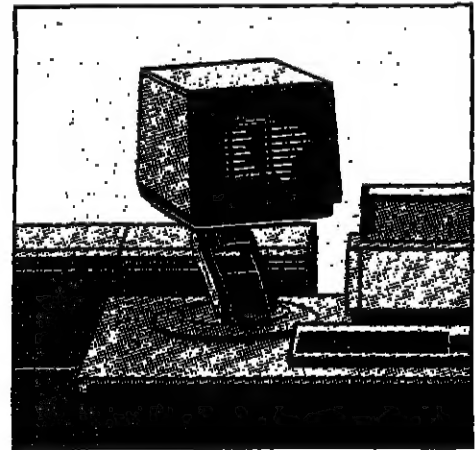
1983

Die Familie wächst
Mit dem Ziel, immer mehr Unternehmen maßgeschneiderte Komplettlösungen zu bieten, wird die Systemfamilie 8870 erweitert. Es stehen jetzt vier unterschiedliche Rechnerleistungen zur Verfügung.
Mit der neuen Micro-Linie 8870 – vor Ort ausbaufähig vom Einplatz- zum Mehrplatzsystem – erhalten vor allem kleinere Unternehmen eine leistungsfähige, preiswerte Einstiegslösung: mit einer Vielzahl branchenspezifischer Software-Lösungen sowie umfangreichen Selbstinstallations- und Bedienungshilfen. Und mit der Sicherheit, von Anfang an das gesamte Software-Kapital der Software-Bank COMET® zu nutzen.
Die Möglichkeiten der Datenfernverarbeitung werden erweitert. Die Kommunikation mit allen gängigen Großsystemen ist gewährleistet.
24.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 120.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



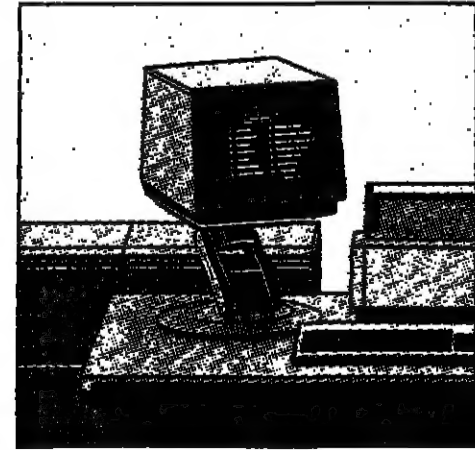
1984

Die Software wächst
Durch die konsequente Branchenorientierung steht den 8870-Kunden eine Software-Palette von 100 Branchepaketen zur Verfügung. Um die Software-Investitionen auch für schnell wachsende Unternehmen zu garantieren, wird Nixdorf COMET® um COMET TOP® erweitert. Damit steht dem Anwender eine Software-Kapazität für bis zu 63 Bildschirm-Arbeitsplätze zur Verfügung.
Das COMET®-Angebot für die 8870-Familie umfaßt jetzt zahlreiche Programm-bausteine für kommerzielle Anwendungen und für die Fertigungsorganisation, die sowohl einzeln eingesetzt werden können als auch als komplette Organisationslösung. Zum Beispiel: Finanzbuchhaltung, Lagerwirtschaft, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, Auftragsbearbeitung/Fakturierung, Fertigungsorganisation, Kostenrechnung, Anlagenbuchhaltung, Zeitlohn-berechnung, Textverarbeitung, Bestellwesen, Listengenerator, Datenaustausch mit Banken, Kalkulation, Kosten- und Leistungsrechnung, Computer Aided Design.
33.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 165.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



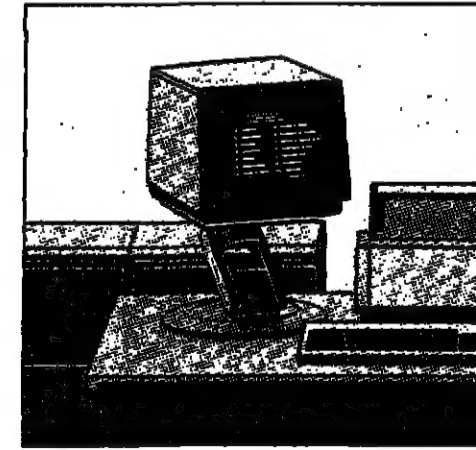
1985

Der Komfort wächst
Wachstumsfähigkeit und Zukunftsorientierung in Bezug auf branchenspezifische Lösungen, Leistung und Funktionen sind die hervorstechendsten Merkmale des 8870-Systems.
Die Systemfamilie bietet Unternehmen jeder Größe und jeder Branche eine individuelle, an- und ausbaufähige Hard- und Software-Lösung, eingebaut in das umfassende Nixdorf Service- und Dienstleistungskonzept.
MICRO 7 mit einer Plattenkapazität von 40 Millionen Zeichen ist mehrplatzfähig und bietet Einbindungsmöglichkeit von PC-Arbeitsplätzen. Modell 25 wird mit unterschiedlichen Rechnerleistungen für bis zu 10 Arbeitsplätze angeboten. Modell 45 hat Anschlußmöglichkeit für bis zu 20 Arbeitsplätze und Hauptspeicherkapazität bis 1,5 Millionen Zeichen. Das Modell 75 hat eine kompatible, mehrprozessorfähige Zentraleinheit, ausbaufähig bis zu einer Leistung von 6 Millionen Zeichen. Bis zu 20 Arbeitsplätze können angeschlossen werden.
Neue Komfortmerkmale der 8870-Arbeitsplätze erleichtern die Bedienung des Systems. Zum Beispiel: Tastatur, ausgestattet mit Funktionstasten (Soft-keys), deutsche Bedienerführung in verständlichen Schritten, automatische Datensicherung, Selbstschulung für Installation, Einweisung und Bedienung.
42.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 210.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



1986

Die Integration wächst
Das Konzept von 1976 hat sich bewährt: 50.000 Systeme mit über 250.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert: in Klein- und Mittelbetrieben sowie im dezentralen Bereich von großen, international operierenden Industrie- und Dienstleistungs-Unternehmen.
Auf dem Weg von der Datenverarbeitung zur integrierten Informationsverarbeitung werden sukzessive intelligente Terminals, neue Technologien und Anwendungen in die Systemfamilie 8870 integriert. Das Systemkonzept bietet die Möglichkeit vom Einplatzmicro bis zur Mehrplatzlösung mit 63 Bildschirm-Arbeitsplätzen, bei voller Nutzung von Nixdorf COMET®.
Die 8870 schafft heute die Grundlage zur Integration von Anwendungen der Datenverarbeitungswelt, typischer Büroanwendungen und Nachrichtentechnik. In Verbindung mit dem digitalen ISDN-System Nixdorf 8818 können 8870-Bildschirm-Arbeitsplätze oder -Systeme verbunden, Telefone als Terminals genutzt werden. PC-Arbeitsplätze werden integriert und Verbindungen zu Nixdorf-Systemen und anderen Fremdsystemen ermöglicht.
Durch die weitere Nutzung und Umsetzung neuester Technologien in innovative, arbeitsplatzorientierte Lösungen ist Nixdorf der größte Anbieter für den Mittelstand. Über 130 Branchen-Pakete sind fertig. Das Schulungs- und Seminarangebot umfaßt jährlich 3.600 Veranstaltungen. Über 25.000 Kunden haben das Aus- und Weiterbildungsprogramm in Nixdorf-Schulungszentren genutzt. 60 Service-Stützpunkte und ein einzigartiges Fernbetreuungs-System sorgen für lückenlosen Service und größtmögliche Sicherheit.



Computer für 130 Branchen

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130
Btx * 55300 *

NIXDORF
COMPUTER

Der ägyptische Staatspräsident Mubarak versucht sich an der Quadratur des Kreises: Er will Palästinenser und Israelis an einen Tisch bringen, die PLO zur Garantie israelischer Integrität bewegen und die Israelis veranlassen, die 1967 besetzten Gebiete zu räumen. In einem Interview mit der WELT präsentierte sich der Präsident als Promotor nahöstlichen Friedens. Mubarak ist genau fünf Jahre im Amt. Sein Land befindet sich in der schwierigen Lage zwischen Ambition und Verschuldung. Das Gespräch mit dem Staatspräsidenten führte Herbert Kremp.

Auch die Sowjets müssen mit an den Tisch

WELT: Herr Staatspräsident, Sie sind Soldat, Sie waren Luftmarschall Ihrer Streitkräfte, Sie kämpften 1973 gegen Israel. Sie waren aber auch die rechte Hand Ihres ermordeten Vorgängers Sadat und bemühen sich seitdem um einen „historischen Kompromiß“ mit dem einstigen Kriegsgegner. Sie streben eine internationale Konferenz über Mittelost an. Sind Sie optimistisch?

Mubarak: Es muß möglich sein, auf einer internationalen Konferenz, auf der sich alle beteiligten Parteien treffen, eine Übereinkunft zu erreichen, damit zwischen Arabern und Israelis Frieden herrscht. Das ist lebenswichtig für den Mittleren Osten, für uns selbst, aber auch für Sie in Europa und für die Supermächte.

WELT: Ihr Treffen mit Premierminister Peres im September endete mit dem Voratz, eine solche Konferenz vorzubereiten und einzuberufen. Kurz darauf erklärte Peres in Washington, er habe sich nur aus taktischen Gründen für eine Konferenz ausgesprochen. Ist das nicht ein Widerspruch? War die Begegnung in Alexandria nun der Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen Israel und Ägypten oder nicht?

Mubarak: Internationale Konferenz heißt für mich internationale Konferenz. Natürlich kann man eine andere Bezeichnung dafür wählen, aber das ändert nichts an der Sache. Peres hat einem Vorbereitungstreffen zugestimmt. Das zählt. Allein das würde uns schon der Chance gemeinsamer Entscheidungen näherbringen.

Vielleicht meinen Peres und Shamir, daß die Sowjetunion vorher mit Israel diplomatische Beziehungen aufnehmen oder daß die Frage der Ausreise von Juden aus der Sowjetunion diskutiert werden sollte. Das kommt immer wieder auf die Tagesordnung. Wir wissen natürlich, daß es nicht leicht ist, einfach eine internationale Konferenz einzuberufen. Es wird Kompensationen geben, aber wir müssen uns über Aufgabe und Ziel einigen.

WELT: Auch Washington hat Vorbehalte, die Sowjetunion in Friedensgespräche einzuschalten – Bedenken regionaler und weltpolitischer Art. Davon unabhängig möchte ich Sie fragen: Kann man ein so schwieriges Problem wie das arabisch-israelische überhaupt lösen, wenn man so viele Leute an den Tisch holt?

Mubarak: Wir sind der Ansicht, daß die fünf Mitglieder des Sicherheitsrates an der Konferenz teilnehmen

müssen, und das schließt neben Großbritannien, Frankreich und China natürlich die Sowjetunion und die USA ein. Warum sollte man sich vor der Anwesenheit der Sowjets fürchten? Ich kenne die Vorbehalte der Amerikaner, aber die treffen sich ja selbst mit den Sowjets, um ihre bilateralen Probleme zu lösen. Ende der Woche kommen Gorbatschow und Reagan in Island zusammen. Wenn ich Anfang 1987 in Washington Präsident Reagan sehe, wird die Frage, wie man dem Friedenswillen Impulse geben könnte, im Vordergrund stehen.

WELT: Für eine Übereinkunft zwischen den arabischen Staaten und Israel nennen Sie drei Bedingungen: Israel soll sich von allen seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehen; die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) soll an der Konferenz teilnehmen; zu den Ergebnissen der Konferenz soll die Selbstbestimmung der Palästinenser zählen. Glauben Sie, daß irgendeine israelische Regierung dazu bereit wäre, diese drei Konditionen zu akzeptieren?

Mubarak: Die erste Bedingung ist in der Tat der Rückzug der Israelis aus allen seit 1967 besetzten Gebieten. Die Israelis werden sich nicht einfach zurückziehen, aber sie werden mit uns über eine Lösung verhandeln. Ich glaube durchaus, daß wir eine Einigung erzielen können.

Der zweite Punkt ist die PLO. Bei meinem letzten Besuch in den USA habe ich klipp und klar gesagt: Niemand kann die PLO als solche ignorieren. Die Organisation besteht nicht nur, wie wir immer wieder hören, aus Terroristen, es gibt dort auch anständige Leute. Würde man ihnen zehn Palästinenser gegenüberstellen, dann wäre es für Sie schwierig, wahrscheinlich sogar unmöglich, herauszufinden, wer zur PLO gehört und wer nicht. Ein Palästinenser sagt Ihnen nicht, ob er Mitglied der Organisation ist oder nicht. Ich möchte wirklich betonen, daß es gute Menschen bei der PLO gibt.

WELT: ... und Terroristen.

Mubarak: Ja, es gibt auch Extremisten, Leute, die terroristische Aktionen ausführen, was natürlich niemand gutheißt oder akzeptiert – aber die große Mehrheit kann man nicht ignorieren. Es wäre sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, die Probleme in Mittelost ohne die PLO zu lösen, glauben Sie mir das. Wir brauchen dazu beide, die Israelis und die Palästinenser. Auch für Vereinbarungen zwischen Jordanien und den Palästinensern braucht man, das haben wir gesehen, eine gemischte Delegation.

Ich habe mehr Platz für Demokratie geschaffen

WELT: Ich glaube, die Lösung hängt von zwei Faktoren ab: Erstens müßten, wie Sie sagen, palästinensische Repräsentanten gefunden werden, die für Israel, Jordanien und für die Palästinenser selbst akzeptabel sind. Israel will nicht mit der Organisation der PLO verhandeln. Zweitens hat Arafat immer noch nicht ausdrücklich das Existenzrecht Israels anerkannt, er hat die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates nicht akzeptiert. Nach dieser Resolution steht allen Staaten des Mittleren Ostens das Recht zu, innerhalb ihrer Grenzen zu existieren; gleichzeitig ist Israel gebieten, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Wie soll man den geschürzten Knoten lösen?

Mubarak: Es ist tatsächlich so: Der Schlüssel besteht in der Repräsentanz Israels durch den Chef der PLO. Das sind die schwierigsten Punkte. Wir versuchen, zusammen mit Palästinensern, Jordanien und Israel einen Ausweg zu finden. Auf beiden Seiten werden Fehler gemacht. Aber ich versuche wirklich, eine für alle Seiten gute Lösung zu finden, das ist meine Mission. Wenn uns das gelingt, wenn die UNO-Resolutionen anerkannt und Verhandlungen mit der PLO akzeptiert werden, werden wir gemeinsam verhandeln können. Das glaube ich. Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie wir das machen werden, aber wir versuchen es.

WELT: Ihr Vorgänger, Präsident Sadat, hat 1972 die sowjetischen

Militärberater nach Hause geschickt, 1977 den Freundschaftsvertrag mit Moskau beendet und sich dem Westen zugewandt. Im August besuchte der sowjetische stellvertretende Außenminister Vladimir Petrowski Ägypten. Welche Politik verfolgen Sie gegenüber Moskau und Gorbatschow?

Mubarak: Die USA und die Sowjetunion sind Weltmächte. Für mich gibt es keinen Grund für ein schlechtes Verhältnis zu Moskau. Früher hatten wir dorthin besonders enge Beziehungen. Heute pflegen wir gute Beziehungen zu Amerika und normale Beziehungen zu Moskau. Um das zu erläutern, erinnere ich an Indien. Neu-Delhi hat enge Beziehungen zu Moskau, besonders auf dem Gebiet der Rüstung und in vielen anderen Hinsichten. Obwohl die Indier ausgezeichnete Beziehungen zur östlichen Supermacht unterhalten, haben sie auch gute Beziehungen zu den USA. Wir haben jetzt sehr gute Beziehungen zu den USA und Europa – und gute Beziehungen mit der Sowjetunion. Das ist unsere Politik.

WELT: Die Vorstellung einer friedlichen Lösung in Mittelost hat Feinde auf den Plan gerufen, die sich terroristischer Mittel bedienen. Der Terrorismus fügt jeder gemäßigten Politik in der Region und international Schaden zu. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle Libyens und Syriens?

Mubarak: Ich glaube, Libyen und Syrien können Sie besser beurteilen als ich. Über Libyen rede ich gar nicht. Die Libyer bedauern ich, in westlichen Medien, zum Beispiel in den



Mubarak sucht den „historischen Kompromiß“ mit dem ehemaligen Kriegsgegner: Gipfeltreffen mit dem israelischen Regierungschef Peres vor vier Wochen in Alexandria.

Mubarak: Friede zwischen Arabern und Juden – das ist meine Mission

USA, wird Khadafi als „der große Führer“ dargestellt. Das verschafft ihm Genugtuung. Da macht der Westen einen Fehler. Über die Syrer kann ich nicht viel sagen, außer das eine, daß sie nicht am Terrorismus teilnehmen sollten. Ich hoffe, daß sie dies erkennen und sich davon distanzieren. Terrorismus ist eine Schande. Aber was Khadafi angeht – nun, wir kennen den Mann.

WELT: Wie beurteilen Sie die amerikanische Politik gegenüber Khadafi? Beantworten Sie militärische Aktionen, wie wir sie erlebt haben, oder haben Sie Einwände?

Mubarak: Militärische Aktionen können das Problem nicht lösen. Die Amerikaner haben einen Luftangriff gegen Libyen geführt – und was passiert jetzt? Haben die Bomben Khadafi zum Aufgeben veranlaßt?

WELT: Sie meinen, er wird gerade wegen der amerikanischen Bedrohung seine terroristische Politik fortsetzen?

Mubarak: Nein, nicht wegen den Angriffen und der militärischen Bedrohung. Er wird eine Weile warten, aber er wird seine Meinung nicht ändern. Khadafi ist nicht normal. Viel wirksamer sind die wirtschaftlichen Sanktionen. Vorausgesetzt, alle Staaten machen mit. Die Wirtschaftssanktionen, die verhängt worden sind, zeigen bereits Wirkungen. Khadafi geht das Geld aus. Seine Wirtschaft ist ruiniert. Deshalb sage ich: Das libysche Volk tut mir leid.

WELT: Zu den gefährlichen Problemen des Mittleren Ostens gehört der Krieg zwischen Iran und Irak. Er tobt seit sechs Jahren. Sehen Sie eine Chance, die Konfrontation zu beenden? Können Sie mit Ihrer Autorität dazu beitragen?

Mubarak: Es sieht leider nach einem endlosen Krieg aus. Der Irak ist bereit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, aber zum Frieden gehören bekanntlich zwei – der Iran tut es nicht. Das ist das Problem. Ich kann diese Leute nicht verstehen. Ihre Wirtschaftslage ist schlecht, sie vergießen Blut, sie opfern viele junge Menschen, sie wenden große Mittel auf, ihre Geldquellen beginnen zu versiegen. Ich verstehe nicht, warum sie sich nicht zusammensetzen, um den Konflikt friedlich beizulegen. Krieg wird nie ein Problem lösen. Das müßten beide Länder verstehen.

WELT: Am 13. Oktober sind Sie fünf Jahre lang ägyptischer Staatspräsident. Was haben Sie damals

vorgefunden und was haben Sie inzwischen für Ihr Land erreicht?

Mubarak: Als ich die Regierung übernahm, war das Land in einem schlimmen Zustand. Das Volk war in keiner guten Stimmung. Viele politische Gefangene saßen im Gefängnis, es gab Todesurteile, es gab Konflikte zwischen den Religionen, zwischen Moslems und Christen. Das Land war in Trauer.

Ich habe einen neuen Weg eingeschlagen. Jetzt, nachdem die politischen Gefangenen freigelassen sind und die Beziehungen zwischen den Religionen sich gebessert haben, herrscht viel Platz für Demokratie und Freiheit. Uns bedrängen die wirtschaftlichen Probleme. Ich habe nach der Amtsübernahme sofort eine große Wirtschaftskonferenz einberufen, und wir haben einen Fünfjahresplan ausgearbeitet.

WELT: Damit haben Sie im Juli 1982 begonnen. Jetzt stehen Sie im letzten Jahr dieses Plans. Was ist inzwischen geschehen?

Mubarak: Als erstes nenne ich die Elektrizität. Wir haben in der relativ kurzen Zeit von vier bis fünf Jahren mehr Elektrizitätswerke gebaut und Energie produziert als in den 75 Jahren davor. Die Stromerzeugung ist von 18 auf 38 Milliarden Kilowatt angewachsen. Wir haben das Eisenbahnetz renoviert und ausgebaut. Da hatten wir nichts, wir mußten alles erneuern. Dazu braucht man viel Geld, niemand war hier darauf vorbereitet.

Ich nenne die Industrie. Früher haben wir nicht sehr wirtschaftlich gearbeitet, wir produzierten schlechte Qualität, die Technologie war veraltet. Im Fünfjahresplan sind 5,6 Milliarden ägyptische Pfund (ca. 5,9 Mrd. DM) für die Erneuerung der Textilindustrie und anderer Industrien vorgesehen. Wir haben neue Industrieansiedlungen gegründet. Dort produzieren wir Konsumgüter, Medikamente, Materialien für den Wohnungsbau, elektronische Geräte. In diesen Tagen begann General Motors 50 Kilometer von hier entfernt mit der Errichtung einer neuen Fabrik. Wir stecken viel in unser Land – 75 Prozent davon sind ägyptische Investitionen, 18 Prozent arabische Investitionen, der Rest verteilt sich auf verschiedene Länder.

Wo immer Sie sich umsehen, wird gebaut: Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser. Wir verbessern die

Dienstleistungen. Sie können überall telefonieren. Wir bauen Brücken, Straßen und Autobahnen. Wir müssen das tun, weil Industrie und Handel rasch wachsen. Stellen Sie sich vor, Aspirin gibt es in Ägypten erst seit 1963. Seit 1966 war an der Wasserversorgung nichts getan worden, wir hatten keine Rohre. Die Kosten für Kläranlagen gehen in die Milliarden. Wir bauen große Wasserwerke.

Bei allem mußte ich von Grund auf neu anfangen. Als ich ins Amt kam, hätte ich mich für fünf oder zehn Jahre auf das Nötigste beschränken und alles weitere meinem Nachfolger überlassen können. Aber ich wollte es anders machen, ich wollte alles ändern. Ich mache etwas entweder ganz oder gar nicht.

WELT: Die Ergebnisse, die Sie aufzählen, liegen im Schatten großer Finanzierungsprobleme. Zusätzlich erschwert der Aufbau durch die rapide Bevölkerungszunahme die Finanzierung. Jährlich nimmt die Arabische Republik Ägypten um etwa eine Million Menschen zu, die Zahl von 50 Millionen wird bald erreicht sein. China beispielsweise hat eine strikte Geburtenkontrolle eingeführt, um die Wirtschaft nicht zu gefährden. Stoßen Sie im islamischen Ägypten auf Widerstand, wenn Sie entsprechende Maßnahmen ergreifen?

Mubarak: China ist für uns kein Maßstab. Wir können uns auch nicht nach dem richten, was in Deutschland geschieht. Jedes Land ist anders. Ich habe unter meinem Vorsitz ein nationales Komitee gebildet, um die Bevölkerung über die Gefahren der Vermehrung zu unterrichten und die Geburtenrate zu senken. Wir unternehmen große Anstrengungen.

WELT: Die jährliche Geburtenrate ist von 2,9 auf 2,7 Prozent zurückgegangen. Das wird aber kaum genügen. Sie haben zu viele Menschen.

Mubarak: ... aber mit der Zeit wird die Geburtenrate noch weiter sinken, weil die Leute merken, daß ihr Lebensstandard bei neun Kindern nicht der gleiche ist wie bei drei Kindern. Sie fangen langsam an, das zu verstehen. Daraus ergibt sich eine Art Geburtenkontrolle.

WELT: Der sinkende Ölpreis und die Abnahme ägyptischer Gastarbeiter in anderen Ländern schaffen schwerwiegende finanzielle Probleme. Wenn sich die Situation auf dem Ölmarkt nicht ändert,

wird Ägypten 1988/87 mehr als eine Milliarde Dollar Einkommensverluste erleiden. Sie geben, wenn die Zahlen korrekt sind, jährlich 5 Milliarden Dollar allein für Lebensmittel-Subventionen aus, um die Preise niedrig zu halten. Wie können Sie das durchsetzen?

Mubarak: Die Zahlen sind nicht korrekt. Wir sprechen offiziell von ungefähr 1,8 bis 2 Milliarden Lebensmittel-Subventionen pro Jahr. Die genaue Höhe der Summe hängt von den Preisen auf den internationalen Märkten ab. Aber ich sage Ihnen: Wir haben Maßnahmen ergriffen, die zehn oder 15 Jahre vor mir keine Regierung ergreifen konnte. Wir haben den Brot-Preis verdoppelt. 1977 hatte es deswegen Aufstände gegeben. Wir haben im letzten und in diesem Jahr den Benzin-Preis gleich zweimal erhöht, von 20 auf 30 Piaster (ca. wie

Religiöse Fanatiker – mehr als tausend sind es nicht

WELT: Aber der Islam wird stärker. Ihre eigenen Zeitungen schreiben darüber. Sie zitieren Schüler mit dem Satz: „Wir benutzen unsere Köpfe als Treppe zum Islam.“ Der Einfluß macht sich im Schulsystem, im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, sogar in der Regierung, bei der Armee und bei den Sicherheitsdiensten bemerkbar. Sind das Sturmzeichen?

Mubarak: Wir haben einige Extremisten in Ägypten, aber wir haben hier nicht mehr Fundamentalisten, als man in kleineren Staaten zählen kann. Ich schätze sie bei uns auf 600 bis 700, mehr als 1000 sind es bestimmt nicht. In diesem Land herrscht Religionsfreiheit. Jeder, der nicht gerade ein Extremist oder ein Fundamentalist ist, kann seinen Glauben praktizieren. Es gibt keinen Zwiespalt zwischen Islam und Christentum.

Religiöse Fundamentalismus finden Sie überall, er ist nicht typisch für Ägypten. Denken Sie an Malaysia, Indien, Pakistan, Bangladesch und an anderen arabischen Ländern um uns herum. Auch in den USA machen sich solche Strömungen bemerkbar, in Israel zum Beispiel wurden vor einigen Wochen aus diesen Motiven einhundert Bushaltestellen angegriffen.

WELT: Lassen Sie mich die Frage anders formulieren. Ihre Politik der Öffnung gegenüber dem Westen stößt in radikalen oder fundamentalistischen Kreisen des Islam auf politischen und kulturellen Widerstand. Ich glaube, Sie nennen diese Politik Infitah. Bereitet Infitah Schwierigkeiten?

Mubarak: Nein, Sie haben hier doch wohl nicht diesen Eindruck gewonnen? Infitah heißt einfach, daß wir produktive Aufbaubarbeit leisten wollen, daß wir modern sein wollen. Ich kann Ihnen das erklären: Anstatt Konsumgüter aus anderen Ländern zu importieren, bauen wir lieber selbst Fabriken, die diese Güter erzeugen. Früher wurde „Infitah“, also Öffnung, so verstanden, daß man einfach alles importierte, was man brauchte. Das kann kein Land akzeptieren. Das akzeptieren auch Sie nicht in Deutschland, das dulden auch die Amerikaner und die Japaner nicht. Jeder muß seine Industrie aufbauen

Pfennige). Als die Regierung vor sechs Jahren versuchte, den Benzin-Preis minimal anzuheben, lehnte das Parlament nach einer stundenlangen Debatte ab.

Ich sagte den Leuten: „Ich muß die Preise erhöhen. Wer es sich leisten kann, 30 000 oder 40 000 ägyptische Pfund (ca. DM) für ein Auto auszugeben, kann es sich auch leisten, einen höheren Benzinpreis zu zahlen. Ich kann nicht diejenigen unterstützen, die viel Geld haben.“ Das begreifen die Leute. In unserem Land können sich viele Menschen keine Medikamente leisten, also subventionieren wir Medikamente. Wir kommen langsam, sehr langsam vorwärts.

WELT: Der Tourismus, eine der Haupteinkommensquellen Ihres Landes, hat in diesem Jahr hohe Einbußen zu verzeichnen. Ist das eine Folge der Rebellion innerhalb der Polizeitruppe im vergangenen Februar, die Sie mit Hilfe der Armee beendet haben? Ist Ägypten für Ausländer und für ausländische Investoren noch sicher?

Mubarak: Vielleicht kamen nach den Ereignissen vom Februar weniger Touristen, heute kommen wieder mehr. Bitte, bleiben Sie eine Woche hier, wenn Sie Zeit haben, gehen Sie Tag und Nacht durch die Straßen und erzählen Sie mir dann, wie sicher Sie sich gefühlt haben. Fragen Sie die Ausländer hier. Wir bieten bessere Sicherheitsvorkehrungen als viele andere Länder der Welt. Zahlreiche Deutsche kommen als Touristen. Luxor zum Beispiel ist immer voll von ihnen. Ich war nach den Polizei-Unruhen zweimal dort, einmal traf ich eine Touristin, der hat es so leid getan, nach zwei Wochen unser Land wieder verlassen zu müssen, daß sie weinte.

WELT: Was war der eigentliche Grund für die Unruhen im Februar? Immerhin haben Hotels gebrannt. Menschen wurden getötet. Ständen dahinter vielleicht Kräfte des fundamentalistischen Islam?

Mubarak: Nein, überhaupt nicht. Glauben Sie mir, da gab es überhaupt keine Verbindung zu Fundamentalisten. Was da passierte, war nicht politisch, es war personell bedingt. Einige Offiziere haben sich einfach nicht genug um ihre Soldaten gekümmert. Es handelte sich um ungefähr 300 Soldaten, die normalerweise nach drei Jahren ihren Dienst zu beenden hatten. Wer beim Aufruf zur Wehrpflicht nicht rechtzeitig antwortet, muß die dreijährige Dienstzeit um ein Jahr verlängern. Aber das hängt vom Ermessen der Kommandanten ab. Sie können die Soldaten auch nach drei Jahren entlassen, wenn sie wollen. Aber das haben sie nicht getan, dadurch entstanden die Probleme.

Fundamentalisten? Keine Rede. Sogar die Menschen auf der Straße waren gegen die Auftritte, sie verfolgten sie, sie gingen gegen sie vor. Die Menschen hatten Angst, aber ich bin hingefahren, und es ist nichts passiert.

und schützen, und jeder versucht, zu exportieren, das ist sowieso besser.

WELT: Es gibt aber im Islam Widerstände gegen die westliche Kultur, vielleicht auch gegen die technische Zivilisation, Opposition gegen andere Gewohnheiten und Sitten. Ein einfaches Beispiel ist die Auseinandersetzung um den Import von Videokassetten, sie hat sehr heftige Form angenommen.

Mubarak: Haben Sie das von denen gehört, die hier Videokassetten verbrannt haben? So etwas gibt es doch auch in Frankreich und in Deutschland, das heißt doch überhaupt nichts. Aber in einem Stimme ich Ihnen zu: Auch wir bewahren unsere Kultur wie jedes andere Land der Welt. Es gibt zum Beispiel Videofilme mit sexuellen Darstellungen. Das akzeptiert man hier nicht. In Italien kann man das im Fernsehen sehen. Davor bewahren wir uns.

WELT: Alles, was ich über die islamische Opposition und ihre Ablehnung westlicher Einflüsse sage, kann ich in Zeitungen Ihres Landes nachlesen, zum Beispiel in der englischsprachigen „Egyptian Gazette“. Dort steht, wie heftig in Ihrem Land über die Frage diskutiert wird, ob die Wege der Tradition oder die Wege der Modernisierung im westlichen Sinne beschritten werden sollten.

Mubarak: Manchmal kann man dort Geschichten lesen, die wirklich nur aus der eigenen Phantasie geboren wurden. Aber wir haben eben eine freie Presse. Sie kann alles verbreiten, was die Meinung von zehn oder 15 Leuten oder die Meinung von nur einer einzigen Person widerspiegelt. Ich sage Ihnen eingangs schon, daß ich seit meinem Amtsantritt vor fünf Jahren viel Platz für Demokratie und Freiheit geschaffen habe. Das gilt auch für die von Ihnen erwähnte Diskussion. Die Menschen sollen selber verstehen lernen, was richtig und was falsch ist. Für Ägypten ist es sehr wichtig, daß die Menschen ihre Meinung öffentlich kundtun, anstatt in den Untergrund zu gehen und dort zu rumoren. Ich glaube, daß wir uns hier Öffentlichkeit leisten können. Es hat in unserem Lande noch nie so viel Freiheit, noch nie so viel Meinungsfreiheit gegeben wie heute.



Mubarak war die rechte Hand von Staatspräsident Sadat (r.). Sadat wurde 1981 bei einer Militärparade am Jahrestag des Oktober-Krieges gegen Israel ermordet.

nicht den radikalen Islam auf den Plan rufe.

Ägypten besteht nicht nur aus Kairo, aber die Stadt der 13 Millionen Menschen, dieses wilde Gemisch aus alten und neuen Steinen, Moscheen und Bürohäusern, orientalischen Märkten und europäischen Hotels, kinderübersäten Höfen und verstopften Straßen, bestimmt den ungleichmäßigen Takt des Lebens. Garant der Ordnung sind die 400 000 Soldaten und ein wahres Beamtenheer, das seine Privilegien verteidigt.

Von der Festung Saladin und der Alabastermoschee Mohammed Ali bis bezwingt der Blick die Stadt, sie liegt abgrundtief im grau-blauen Dunst. Östlich davon erhebt sich die Mokattamhöhe, gelbes Gestein, auf dem die Zitadelle dieser Zeit steht, der Sender. Wer sie einnimmt, beherrscht das Land.

Wie man es auch dreht
und wendet: Nur ein Porsche
fährt sich wie ein Porsche.



Es gibt viele Wege,
den Unterschied zwischen
Autofahren und Porsche-
fahren kennen und schätzen zu
lernen. Zum einen bietet Porsche drei ver-
schiedene Typenreihen an, also Sportfahrzeuge mit
jeweils eigenständigem Grundkonzept und 4-, 6- oder
8-Zylinder-Motoren. Zum andern gibt es durch
die ständig wachsende Zahl der Porsche-Fahrer in aller
Welt immer wieder erstklassige Porsche aus zweiter
Hand, die Ihnen Ihr Porsche-Händler gern einmal vor-
führt. Wenn Sie bedenken, daß ein Porsche individuell
gefertigt wird und eine Langzeit-Garantie gegen das
Durchrosten der Karosserie mitbringt, und wenn Sie
bedenken, daß er durch sein zeitloses Konzept nicht

ständig wechselnden
modischen Trends unter-
worfen ist, so können Sie
auch einen solchen Porsche als eine
gute Investition betrachten. Zumal einige
Modelle außerdem schon seit Produktionsbeginn ohne
Veränderung als »bedingt schadstoffarm« anerkannt
wurden. Die Porsche-Handelsorganisation verfügt stän-
dig über ein Angebot an ausgezeichneten, geprüften
Gebrauchtwagen. Für Porsche-Sportwagen werden Sie
kaum kompetentere Ansprechpartner finden. Also,
warum nicht einen gebrauchten Porsche statt manch
anderem Neuwagen. Schließlich fährt sich eben nur
ein Porsche wie ein Porsche.
Wann überzeugen Sie sich bei einer Probefahrt?

Rufen Sie uns bitte an oder schreiben Sie uns. Wir nennen Ihnen einen Porschehändler in Ihrer Nähe für eine Probefahrt.
Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, Abt. VIOF, Porschestraße 15-19, 7140 Ludwigsburg, Telefon-Durchwahl 07141/303-341, -209 oder -518.

PORSCHE
FAHREN IN SEINER SCHÖNSTEN FORM

Bürgerrechtlerin nach Protest für Daniloff verhaftet

DW. Frankfurt

Die sowjetische Malerin Nina Kowalenko, die in der vom Staat unabhängigen Friedensbewegung aktiv ist, wird seit dem 26. September in der psychiatrischen Haftanstalt Kaschtschenko in Moskau zwangsbehalten.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte erfährt durch sowjetische Bürgerrechtler von der Verhaftung. Demzufolge habe Frau Kowalenko am 20. September gegenüber dem sowjetischen Außenministerium in Moskau mit einem Transparent zugunsten der amerikanischen Journalisten Nicolas Daniloff demonstriert. Während dieser Protestaktion sei sie festgenommen, jedoch kurz darauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Eine Woche später verhafteten KGB-Beamte die Bürgerrechtlerin und wiesen sie sofort in die psychiatrische Haftanstalt ein. Frau Kowalenko gehört der „Gruppe für Vertrauen zwischen der UdSSR und der USA“ an.

Nach intensiven Gesprächen zwischen den Außenministern der Sowjetunion und der USA war Daniloff in der vergangenen Woche freigelassen worden.

Anzeige

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Kinder von Nazi-Größen berichten über ihre Väter.
Mein Vater Hermann Göring
Vor 40 Jahren wurde Göring zum Tode durch den Strang verurteilt. Durch Selbstmord entzog er sich der Vollstreckung. Seine Tochter Edda weiß, wer ihm die Giltspille in die Zeile brachte. Und heute erzählt sie exklusiv in QUICK von den Erinnerungen an ihren Vater. Lesen Sie die neue Serie in QUICK!

Dashaflüchteten zwei DDR-Grünzer: „Wir schienen nicht auf Deutsche“
Als Wehrpflichtige machten sie Dienst an der Berliner Mauer. Aus Unwissenschaftlichkeit flohen sie über diese Mauer in die Freiheit. Sie wollten nicht zu Mördern an ihren eigenen Landsleuten werden.
In QUICK schildern Franz Kachel und Bernd Rost ihre Erfahrungen und Erlebnisse als Grenzsoldaten und ihre kühne Flucht.

QUICK steht für Qualität!

Österreichs Grüne vor der Spaltung

DW. Linz

Die österreichischen Grün-Alternativen stehen kurz vor den Parlamentswahlen vor einer Spaltung. Eine Sitzung der Delegierten ging gestern in Linz ohne klaren Kompromiss zu Ende. Nach dem Streit zwischen der gesamtösterreichischen Spitzenkandidatin Freda Meissner-Blau und den Wiener Alternativen koppelten sich die Gruppen der westlichen Bundesländer voreinstimmig vom gemeinsamen Wahlkampf ab. Der Streit war ausgebrochen, nachdem die Wiener Alternativen nicht, wie zuvor in allen Bundesländern vereinbart, Frau Meissner-Blau als Spitzenkandidatin nominiert hatten. Daraufhin sprach sie von einem „links-linken Putsch“.

Moskau spricht erneut von Afghanistan-Abzug

Falins Interview vor dem Island-Gipfel / Nur Rotation?

WALTER H. RUEB, Bonn
Die Welt blickt gespannt nach Afghanistan. Valentin Falin, von 1971 bis 1978 Botschafter der Sowjetunion in Bonn und jetzt Chef der Presseagentur Nowosti in Moskau, hat das Interesse geweckt. Er erinnerte in einem Interview mit der japanischen Zeitung „Asahi Shimbun“ an die Ankündigung von Generalsekretär Gorbatschow, die Sowjetunion werde noch in diesem Jahr Truppenkontingente aus Afghanistan abziehen.

Er kündigte an, daß ausländische Journalisten eingeladen würden, sich im Innern Afghanistans vom sowjetischen Truppenabzug zu überzeugen. Wörtlich sagte Falin: „Wer am 6. Oktober nach Afghanistan geht, wird den Abzug beobachten können.“

Diese Versprechen haben im Hinblick auf das bevorstehende amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Reykjavik eine besondere Bedeutung erlangt, denn in der isländischen Hauptstadt wird die Afghanistan-Frage mit Sicherheit auf der Tagesordnung stehen.

Die jüngsten Nachrichten aus Afghanistan aber sind nicht gerade ermutigend. Sie besagen, daß im Westen Afghanistans gewisse Beobachtungen auf einen Abzug bestimmter Truppenteile hinweisen, daß aber an anderen Stellen des Landes Truppeneinschleusungen im Gange sind, die möglicherweise abgezogene Einheiten ersetzen.

Weiter heißt es, in Shindand, wo sich der größte Luftstützpunkt der Sowjets im Westen Afghanistans befindet, würden Flugpisten und Straßen instandgesetzt, ein Großteil der Militärfahrzeuge befände sich in Reparatur, und die sowjetischen Truppen proben für die Abschiedszeremonie.

Frische Bataillone

Im Norden und Westen Afghanistans aber seien frische Infanterie-Bataillone der Roten Armee registriert worden. Erstaunlicherweise seien diese nur mit gewöhnlichen Lastwagen ausgerüstet und nicht mit gepanzerten Transportfahrzeugen, wie sie die Sowjets normalerweise benützen. In Shindand können sich die Sowjets nach Ansicht von Insidern einen partiellen Truppenabzug problemlos leisten. Stadt und Region

USA unterstützen wieder Sudan

AFP, Washington

Der sudanesishe Ministerpräsident Sadek al Mahdi hat vor der UNO-Vollversammlung angekündigt, daß sein Land Schulden an andere Staaten nur noch begrenzt zurückzahlen wird. Sudan ist nach Peru das zweite Schuldnerland, das dies offiziell erklärt. Die amerikanische Regierung hat unterdessen beschlossen, die Hilfe für Sudan wieder aufzunehmen und einen Teil des diplomatischen Personals wieder nach Khartoum zu entsenden. Washington hatte im April die Auszahlung von 310 Millionen Dollar vorgesehener Haushaltsmittel gestoppt, weil es die wirtschaftliche Entwicklung im Land negativ beurteilte.

seien seit Jahren ein bevorzugtes Feld sowjetischer Machtentfaltung, heißt es beim Widerstand. Im Frühjahr 1986 hat Guerilla-Führer Allah Uddin aus diesem Gebiet Afghanistans bei einem Besuch in Bonn berichtet, daß hier 50 000 Sowjetarmisten, Tausende von Panzern, 400 Kampfflugzeuge und Helikopter sowie auch Raketen stationiert seien.

Truppen für Iran-Vorstoß?

Uddin und viele seiner 15 000 Mudschahedin stellten auch fest, daß mehr als die Hälfte des Kampfpotentials der Sowjets nicht eingesetzt und offenbar für andere Zwecke als zur Niederschlagung des afghanischen Widerstandes in Bereitschaft gehalten wurde. Die Vermutungen lauteten: Sind Raketen und Truppenverbände für ein sowjetisches Eingreifen im pakistanischen Belutschistan und in Iran bereitgestellt worden?

„Angesichts einer bevorstehenden politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts haben die Sowjets ihre weitergehenden Pläne offenbar aufgegeben“, heißt es beim Widerstand. „Das erklärt auch die Beobachtung, daß in Shindand seit längerer Zeit bedeutend weniger Kampfflugzeuge stationiert sind. Und auf die drei Luftabwehregimenter, die Gorbatschow abziehen versprochen, kann man hier leichten Herzens verzichten. Für den Kampf gegen die Guerilla benötigt man sie nicht, weil diese weder Flugzeuge noch Helikopter haben.“

Der Westen Afghanistans werde in jüngster Zeit nicht weniger, sondern erheblich öfter aus der Luft angegriffen, besagen weitere Informationen aus Westafghanistan. Die Stadt Herat liege in Trümmern. Sie sei übrigens am Tag von Gorbatschows Abzugsversprechen in Wladivostok am heftigsten angegriffen worden.

Dem Widerstand ist auch nicht entgangen, daß Flugzeuge zunehmend von Basen in der Sowjetunion zu Angriffsfügen gegen Ziele in Afghanistan starten. Shindand liegt von Luftstützpunkten im benachbarten Turkmenien 300 Kilometer entfernt, Herat sogar nur 200. Ein Informant zur WELT: „Die MIG 29 können auf den Pisten von Shindand überhaupt nicht landen. Die Russen haben die Pläne, den Flughafen auszubauen, schon vor längerer Zeit aufgegeben.“

Miterrand besteht auf einer Debatte

dpa, Paris

Der französische Ministerrat hat gestern das Gesetz über eine neue Wahlkreiseinteilung verabschiedet, die durch die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht notwendig geworden ist. Premierminister Chirac wurde ermächtigt, die Parlamentsberatungen durch die Vertrauensfrage abzukürzen, doch erinnerte Präsident Mitterrand daran, daß er eine Debatte im Parlament für unerlässlich hält. Mit dem Hinweis auf die Rechte des Parlaments hatte Mitterrand es abgelehnt, die Wahlkreiseinteilung auf dem Verordnungsweg abzuzeichnen. Chirac kann nun allein entscheiden, ob und wann er die Beratungen über die 577 neuen Wahlkreise beendet.

„Hier herrscht eine entspannte Atmosphäre“

WELT-Interview mit dem isländischen Premierminister Steingrímur Hermannsson / „Wir gehören zum Westen“

FLORIAN NEHM, Reykjavik

In dem schlichten zweistöckigen Haus aus weißem Stein an der Laekjargata im Zentrum von Reykjavik war früher ein Gefängnis. Heute haben hier Isländers eleganter Präsident Vigdís Finnbagadóttir (erste Tür links) und Premierminister Steingrímur Hermannsson (erste Tür rechts) ihren Amtssitz.

Kein Polizist weit und breit. Der dunkelrote Teppichboden dämpft die Schritte. „Bitte ziehen Sie auch Ihr Jackett aus, wenn Sie mögen, wir pflegen hier einen entspannten Umgang und unsere Geysirwasserheizung läuft schon auf vollen Touren“, sagt der Regierungschef zur Begrüßung. An den Wänden hängen impressionistische Gemälde isländischer Maler. Sie zeigen die rauhe und eigenartig anziehende Landschaft der Insel im Nordatlantik.

Premier Hermannsson, von seinen Landsleuten zumeist bei seinem Namen Steingrímur gerufen, ist ein höflicher Mann und würde Reportern, die bei seinem Anblick sofort die Fotokameras zücken, ungern ein Gespräch abschlagen. „Ich habe aufgehört die Journalisten zu zählen. Aber ich möchte, daß möglichst viele Menschen in der ganzen Welt wissen, daß unser Land existiert.“

Herr Premierminister, wann hören Sie zum ersten Mal, daß das Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Ihrem Land stattfinden könnte?

Hermannsson: Das erfuh ich am Montag, den 29. September, kurz nach 9.00 Uhr. Der sowjetische Botschafter rief mich an und bat um eine extrem dringende Unterredung. Die Angelegenheit sei so geheim, daß sie nicht am Telefon besprochen werden könne. Er kam sofort zu mir und erklärte, daß die Führer der beiden Weltmächte beschlossen hätten, sich in Island zu treffen, wenn wir einverstanden wären. Eine Stunde später kam auch der amerikanische Botschafter.

Warum haben Sie die Idee, nach Reykjavik zu kommen?

Hermannsson: Man hat mir erklärt, daß Gorbatschow ein Treffen in London oder Reykjavik vorschlug, und daß Reagan Reykjavik akzeptierte.

Ich möchte deutlich sagen, daß wir sehr höflich gefragt wurden. Ich habe dem sowjetischen Botschafter dann gleich mitgeteilt, daß wir einverstanden seien.

Warum glauben Sie, daß Island für den Gipfel ausgewählt wurde?

Hermannsson: Einige Leute sagen, Island liege geographisch günstig zwischen Moskau und Washington. Ich glaube nicht, daß das so wichtig ist, denn Sie können heutzutage überall hinfliegen. Island ist als NATO-Mitglied kein neutrales Land. Aber Island hat immer freundlich zu den Sowjets gestanden. Wir haben nie nukleare Waffen auf Island zugelassen und erlauben keine Raketen.

Wir treiben schon lange Handel mit den Sowjets. Wir kaufen Öl von ihnen und sie kaufen Fisch von uns. Sowjetische Wissenschaftler arbeiten hier. Wir stehen also sowohl mit den USA als auch mit der Sowjetunion gut. Das mag ein Grund für die Wahl gewesen sein. Aber Island ist auch ein Ort mit sehr entspannter Atmosphäre.

Wie lösen Sie das Sicherheitsproblem?

Hermannsson: Wir haben hart darüber beraten. Seitdem die Vorhut der Supermächte eingetroffen ist, arbeiten wir eng mit ihnen zusammen. Ich glaube nicht, daß es Probleme geben wird. Wir haben Waffen und Leute, die dafür ausgebildet sind Waffen zu tragen. So stellen wir etwa 500 Sicherheitsleute.

Wer ist verantwortlich?

Hermannsson: Wir tragen die Verantwortung. Wir arbeiten eng mit Russen und Amerikanern zusammen und werden isländisches Recht sicherstellen. Wir haben vereinbart, daß die Sicherheit der Führer selbst besorgen. In Island sind Feuerwaffen nicht erlaubt. Wir kontrollieren deshalb jede einzelne Waffe, die ins Land kommt und auch wer für sie zuständig ist. Wir stellen für

Hermannsson: Ich erwarte, daß es ein wichtiger Schritt für eine Serie von Treffen wird. Bei allem Respekt für die Friedensbewegungen, ist klar, daß die beiden Männer sind, die es entscheiden werden.

Würden Sie, vielleicht schon im kommenden Jahr, einem weiteren Gipfel auf Island zustimmen?

Hermannsson: Wenn das nützlich ist, gewiß. Dabei ist es mir völlig egal, ob sich so ein Treffen „Gipfel“ oder „Vorgipfel“ nennt.

Warum ist Island strategisch so wichtig für die NATO?

Hermannsson: Unglücklicherweise ist der Nordatlantik zu einer militärisch enorm wichtigen Region geworden. In Island entkamen wir zwei Weltkriegen, weil wir so abseits liegen. Das sind wir aber heute nicht mehr, denn wir befinden uns genau da, wo sich der militärische Verkehr der Amerikaner und Sowjets zu Luft

waffen zu verbieten. Wir erlauben es zum Beispiel nicht. Eine nuklearewaffenfreie Zone macht aber nur Sinn, wenn auch die Gewässer um Island herum entleert werden. Wir wissen jedoch, daß es hier überall U-Boote gibt, sogar in den schwedischen Hoheitsgewässern. Eine Zone müßte daher nicht nur für das Land, sondern auch für die See gelten. Und die Sowjetunion einbeziehen.

Wie Island, erlauben auch Neuseeland und Norwegen keine Nuklearwaffen auf ihren Territorien. Aber Island hat es bisher vermieden, die Amerikaner zu fragen, ob ihre Schiffe oder Flugzeuge Nuklearwaffen mitführen. Warum?

Hermannsson: Wir hatten bisher keinen Anlaß die Frage nach Nuklearwaffen zu stellen. Wir haben den Amerikaner erklärt, daß wir von ihren Flugzeugen und Schiffen erwarten, daß sie keine Nuklearwaffen mitführen. Und sie haben uns gesagt, daß ihre hier landenden Schiffe und Flugzeuge damit nicht bestückt sind.

Warum ist Ihrer Ansicht nach die sowjetische Botschaft in Reykjavik so viel größer als die amerikanische?

Hermannsson: Das kann ich nicht beantworten. Es hängt auch davon ab, ob sie die vielen bei den Amerikanern angestellten Isländer miteinbeziehen. Aber es stimmt, daß die sowjetische Botschaft ziemlich groß ist. Wir haben jedoch nie für uns inakzeptable Aktivitäten beobachtet. Aber ich bin sicher, daß sich beide Botschaften gegenseitig ausspionieren, was sie von mir aus gerne tun könnten. Ich habe keine Befürchtungen, denn bei uns gibt es kaum Geheimnisse. Die vielen Spione müssen eben irgendwie beschäftigt werden.

Fürchtet Island die sowjetischen U-Boote?

Hermannsson: Nein, denn wir sind in der NATO und ein Angriff auf Island ist ein Angriff auf die ganze Allianz. Das wissen die Sowjets.

Was glauben Sie ist der Grund, daß Island als einziges NATO-Mitglied noch von keinem deutschen Bundespräsidenten offiziell besucht worden ist?

Hermannsson: Das ist eine gute Frage. Aber möglicherweise wird unsere Präsidentin nächstes Jahr Deutschland besuchen. Und ihr Präsident wird uns 1987 vielleicht auf dem Weg zu seiner Staatsvisite in Kanada offiziell besuchen. Er ist uns sehr willkommen. Ich hoffe übrigens, daß ich Ihnen damit keine Staatsgeheimnisse verrate, denn wir haben zu Deutschland sehr gute Beziehungen.

Warum ist Island nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft?

Hermannsson: Da gehören wir nicht hin, denn dafür ist unsere Wirtschaft zu empfindlich. Wir haben gerade erst die Engländer und die Deutschen aus unseren Fischereizonen verdrängt und werden sie nicht wieder hereinlassen. Wir haben ein sehr gutes Handelsabkommen mit der EG, welches ganz unseren Bedürfnissen entspricht. Bedenken Sie, daß wir mit nur 240 000 Einwohnern zu leicht von einem anderen Land verschluckt werden können. Aber wir fühlen uns ganz bestimmt als Europäer.



Isländischer Premierminister Steingrímur Hermannsson (r.) erwartet gelassen den Gipfel. Links WELT-Redakteur F. Nehm. FOTO: DIE WELT

die ausländischen Sicherheitsleute Waffenscheine aus. Sollte also ein Schuß losgehen, werden wir wissen, aus welcher Waffe er kam.

Aber wir anerkennen voll deren Verantwortung, das Leben ihrer Führer zu sichern. Da wird es kein Problem geben.

Wie sehen Sie Ihre Gäste Michail Gorbatschow und Ronald Reagan?

Hermannsson: Ich schätze sie natürlich sehr. Das sind zwei sehr fähige Leute und Führer der Supermächte. „Alle Menschen müssen sich auf ihre Weisheit verlassen, denn auf ihnen ruht die Hoffnung, daß wir von diesem verrückten Wettstreit wegkommen.“

Frau Raisa Gorbatschowa wird Gast Ihrer Frau sein. Warum haben Sie nicht auch Frau Reagan eingeladen?

Hermannsson: Wir haben Frau Gorbatschowa nicht eingeladen, das ist ein Mißverständnis. Man sagte uns, daß sie gerne kommen würde und ob sie willkommen wäre. Und natürlich ist sie sehr willkommen und meine Frau freut sich, sie zu empfangen. Auch Frau Reagan wäre sehr willkommen, wenn sie kommen möchte. Was erwarten Sie vom Gipfel?

Lesetip der Woche

ZEIT-Reporterin Nina Grunenberg über Strauß, Bayern und Bonn. Dazu ein Interview mit dem CSU-Chef.

Der alte Jongleur

Der 71jährige Franz Joseph Strauß steht in seinem sechzigsten Wahlkampf: Am Sonntag wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Während die CSU Mühe hat, sich mehr als Routine abzurufen, hat ihn die große Unruhe noch nicht verlassen.

Je höher das Wahlergebnis für ihn in Bayern ausfällt, desto besser für seine Verhandlungsposition am Tag nach der Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Den einundsechzigsten Kampf um die Gunst der Wähler schon fest im Blick, spielt der alte Jongleur wie eh und je mit den Optionen, die er in Bonn und München hat oder sich noch aufbaut. Zum Resignieren war noch keine Zeit. Nur anfallsweise über-

kommt ihn die Bitterkeit eines Mannes, der nicht einsehen kann, daß in unserem politischen System nicht die Besten in die höchsten Ämter kommen. Das Ansehen, das er, unterstützt von der Königin Ludwigs-Renaissance, in seinem Freistaat genießt, sorgt im Ausgleich dafür, daß er immer ungelenkter als moderner Nachfahre der Wittelsbacher betrachtet wird. Unter seiner Herrschaft geht es den Bayern

gut. Die Struktur- und Industriepolitik, die er betreibt, verleiht ihnen das beruhigende Gefühl, in einem gutgeführten Unternehmen zu leben. In ihren Augen gibt es wenig Grund, an diesen Verhältnissen viel zu ändern: Gemeinsam vereint sind sie mit Franz Joseph Strauß im großen Verharren.

Lesen Sie mehr – diese Woche in der ZEIT.

Außerdem in dieser ZEIT

Heidelberger Mythen
Frisch gelistet und im High-Tech-Rausch feiern Deutschlands älteste Hochschule, eine der berühmtesten Universitäten der Welt, ihren 600. Geburtstag: Heidelbergs Rupertus Carolus. Benedikt Erenz ist ihrer Geschichte nachgegangen, die untrennbar ist von dem „Mythos Heidelberg“ selbst. Ein ZEIT-Dossier.

Das Alter der Avantgarde
Das Forum Stadtpark in Graz war einst der Springquell, aus dem sich die deutschsprachige Literatur erneuerte. Aber die jungen Rebellen sind alt geworden. Der Schweizer Schriftsteller Jörg Laederach berichtet, wie das diesjährige Symposium von Kurt Waldheim eröffnet wurde, ohne daß sich Widerstand geregt hätte. Auch: sonst herrschte Flaute. Laederachs Fazit: „eine Katastrophe“.

Einfach ich sein
Verabredung zum Interview. Rosel Zech schlägt vor, das Gespräch in der Küche zu führen. „Ich hoffe, es irritiert Sie nicht, wenn ich dabei arbeite – ich finde das entspannend“, erklärt sie. Raimund Hoghe ist der Schauspieler begegnet.

Im tiefen Süden
Als der Schriftsteller, Farmer und Nobelpreisträger William Faulkner 1965 starb, hinterließ er ein vieltausendseitiges Werk. Er schrieb eine Saga des amerikanischen Südens. Fritz J. Raddatz folgt den Spuren des Dichters durch „sein Land“. Die große Literatur-Serie beginnt diese Woche im ZEITmagazin.



FDP-Chef: Distanz zu Haussmann

AP, München

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann hat gestern versichert, daß seine Partei keinen Anspruch auf das Umweltministerium in Bonn nach der Wahl erhebe. Vor Journalisten sagte Bangemann in München, die von FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann am Vortag wieder entfachte Diskussion sei „so unnötig wie ein Kropf“.

Haussmann hatte im Deutschlandfunk gesagt, die Freien Demokraten „haben nach wie vor große Kompetenz“ in der Umweltpolitik. Sie wollten aber zunächst die Bundestagswahl abwarten, bevor sie sich entscheiden, ob sie das Umweltministerium als viertes Ressort beanspruchen. „Aber Umweltpolitik muß mit der FDP verbunden bleiben“, verlangte Haussmann.

Bangemann sagte dazu, Haussmann habe damit lediglich das Interesse der FDP bekundet, an der Umweltpolitik der Bundesrepublik teilzunehmen. Personalforderungen seien damit nicht gemeint gewesen.

„Wahlprüfsteine“ ohne Kernenergie

Breit weist auf die Übereinstimmungen zwischen der SPD und den Gewerkschaften hin

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Arbeitnehmer sollen nach den Vorstellungen des DGB ihre Stimmabgabe bei der Bundestagswahl im Januar 1987 an sechs „Wahlprüfsteinen“ ausrichten, die vom Bundesauschuss des Gewerkschaftsbundes gestern vorzeitig einstimmig verabschiedet worden sind. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit verband die Veröffentlichung dieser Prüfsteine mit Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der jetzigen Bundesregierung wie auch der ehemaligen sozialliberalen Koalition.

Die sechs „Wahlprüfsteine“ bestehen aus jeweils grundsätzlichen Forderungen, die von entsprechenden Erläuterungen ergänzt werden: „Mehr öffentliche Initiativen für Arbeit, Umwelt und Lebensqualität; kürzere Arbeitszeiten – im Interesse der Arbeitslosen und der Beschäftigten; soziale Gestaltung des technischen Wandels; gesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse für alle; Ausbau der Mitbestimmung auf allen

Ebenen der Wirtschaft; freie und streikfähige Gewerkschaften und Ausbau der Tarifautonomie.“ Im einzelnen ist dann beispielsweise von einem Verbot der Aussperrung die Rede, von einem 100-Milliarden-Investitionsprogramm des Staates in den kommenden fünf Jahren, einer Erhöhung der Abgabe und einem „Stopp der Privatisierung“.

In einem Vorwort zu den „Wahlprüfsteinen“ wird von der DGB-Führung ein schwarzes Bild gezeichnet. „Der Sozialabbau, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, die Umverteilung von unten nach oben, die Aushöhung des Streikrechts – mit all diesen Maßnahmen hat die konservative-liberale Bundesregierung den Sozialstaat nachhaltig getroffen“, heißt es dort. Breit ergänzte: Am 25. Januar „müssen die Arbeitnehmer registrieren, daß sie sich seit mehr als einem Jahrzehnt auf der Verliererstraße befinden“. Die 1975 einsetzende Massenarbeitslosigkeit „schuf die Voraussetzungen für die Eskalation der

Angriffe auf die Arbeitnehmerinteressen“.

Obwohl auch die CDU-Mitglieder in der Spitze des DGB und der Einzelgewerkschaften dem Prüfstein-Paket zugestimmt haben, lesen sich die Forderungen weitgehend wie die entsprechenden Vorstellungen der SPD. Auf Befragen fiel Breit im wesentlichen auch nur ein Unterschied zu den Sozialdemokraten ein, nämlich was die Pläne zur „dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen“ angeht.

Und das Thema Kernenergie taucht im DGB-Katalog nicht auf. „Dies würden wir auch nicht zum Kernpunkt bei der Abstimmung im Januar machen.“ Im übrigen sei es ja auch „kein ganz unnatürlicher Zustand“, wenn es so viele Übereinstimmungen zwischen Gewerkschaften und SPD gebe. Allerdings räumte Breit auch ein, daß die Neue-Heimat-Affäre nicht nur den Ruf des DGB, sondern auch die Wahlchancen der SPD beeinträchtige.

Biedenkopf ermahnt die CDU

AP, Hannover

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, hat seine Partei ermahnt, „keinen Wahlkampf gegen die Gewerkschaften“ zu führen.

In einem Interview mit der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse“ hob Biedenkopf hervor, daß seine Partei auf ein „gedehliches Miteinander“ mit den Gewerkschaften angewiesen sei, wenn die Mehrheitspartei bleiben wolle.

In diesem Zusammenhang richtete der Politiker Warnungen an die SPD: „Wir werden aktiven sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern keinen Naturschutzpark anbieten, aus dem heraus sie uns angreifen können. Wir werden zurückschlagen.“ Im weiteren Verlauf des Interviews meinte der Politiker, Sozialdemokraten, die Gewerkschaftsfunktionen haben, vergaßen vor Wahlen immer, „daß sie dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet sein sollten und keine Wahlkampfstrategie der SPD zu machen hätten“.

Wenn SPD-Länder bei der CDU um Hilfe bitten

HARALD GÜNTHER, Stuttgart

Noch vor den jüngsten Ausschreitungen bei der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf hat sich die tiefe Kluft zwischen SPD- und unionsregierten Ländern in Fragen der inneren Sicherheit aufgetan. Baden-Württemberg Innenminister Dietmar Schlee (CDU) wies jetzt im Gespräch mit der WELT auf die bestehenden Differenzen hin, die auch auf der Saugauer Innenministerkonferenz nicht ausgeräumt werden konnten. Seinen sozialdemokratischen Amtskollegen warf er vor, „aus wahltaktischen Gründen“ ihren Beitrag zur Bekämpfung der Gewerkschaftskriminalität bei Großdemonstrationen zu verweigern. „Da spielen einige der pseudoliberalen Nikolaus“, meinte Schlee, „und überlassen uns die Rolle des Knecht Ruprecht“.

Schlee warf den Regierungen der SPD-regierten Länder vor, Problemata, wie sie zuletzt in Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg aufgetreten seien, zu ignorieren. So habe Nordrhein-Westfalen bereits auf der vorletzten Innenministerkonferenz Mitte Juni einen Beschlussvorschlag abgelehnt, in dem nur festgestellt worden sei, daß „alle Möglichkeiten ausgeschöpft“ werden müßten, um die eingesetzten Polizeibeamten zu schützen, Gewalttäter zu erkennen und festzunehmen sowie friedliche Demonstranten bei Auseinandersetzungen vor Schaden zu bewahren. Auch in Saugau habe sich Ende vergangener Woche wenig bewegt.

Hilferufe aus Hessen

Als „Gipfel der Unehrlichkeit“ bezeichnete es Schlee, wenn die größten Kritiker der unionsregierten Länder dann „um Hilfe rufen, wenn es im eigenen Haus mal brennt“. So hätten Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg zu einer Zeit, als sie selbst noch den Einsatz sogenannter verdeckter Ermittler politisch ablehnten, mehrfach einschlägige Unterstüt-

zung aus Baden-Württemberg im Kampf gegen die internationale Rauschgiftkriminalität angefordert und erhalten. Hamburg wiederum bediente sich zwar nicht an dem politischen Meldedienst über Landfriedensbruch und ähnliche Straftaten, bediente sich aber sehr wohl an anderen Wegen der dort gespeicherten Daten über Straftäter. Schlee erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die Räumung der Baumhütten an der Starbahn West des Frankfurter Flughafens im Herbst 1981. Auch damals habe Hessen die Amtshilfe baden-württembergischer Spezialeinheiten benötigt, um mit den Platzbesetzern fertig zu werden.

„Schutz vernachlässigt“

Keine Einigung hatten die Innenminister in Saugau auch in Fragen der polizeilichen Ausrüstung erzielt. „Aus politischem Opportunismus vernachlässigen die A-Länder die berechtigten Schutzinteressen der Polizeibeamten gegenüber Gewalttätern und Terroristen“, sagte Schlee. Bedauerlich sei insbesondere deren Ausstieg aus der gemeinsamen Suche nach einem neuen polizeitypischen Einsatzmittel zwischen Schlagstock und Pistole. „Daß eine geeignete Waffe bisher nicht gefunden wurde“, meinte Schlee, „heißt schließlich nicht, daß wir keine brauchen“. Baden-Württemberg werde an dem laufenden Forschungsauftrag deshalb festhalten.

Darüberhinaus bekräftigte Schlee die Haltung der Innenminister der Union, daß die Polizei im Kampf gegen Schwerstkriminalität und Terrorismus prinzipiell nicht auf Handgraten verzichten kann. Mit ihrer Weigerung, diese Option wenigstens für besonders geschulte Spezialeinheiten offenzuhalten, hätten die Vertreter der SPD auf der jüngsten Konferenz weder der Bevölkerung noch den Polizeikräften ihrer Länder einen Dienst erwiesen.

Experten befürchten Bankrott der UNO

dpa, Bonn

Ohne Reform- und Hilfsmaßnahmen ist die UNO nach Ansicht des ehemaligen US-Außenministers Cyrus Vance in wenigen Monaten bankrott. Vance sprach gestern zum Abschluß eines internationalen Symposiums der beiden privaten Organisationen „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ und „United Nations Association of the United States of America“. Die Organisationen hatten unter der Schirmherrschaft von Bundesaußenminister Genscher in der SPD-nahen Friedrich Ebert-Stiftung in Bonn getagt. Daß die UNO „zweifelsfrei in einer Krise steckt“, gab auch der SPD-Politiker Wischniewski zu, der die Amerikaner aufforderte, ihre finanziellen Verpflichtungen der UNO gegenüber zu bedenken.

Für den Bankrott der UNO wird maßgeblich sein, daß Zahlungen der Mitgliedsländer nicht fristgemäß eingehen. Wesentlichen Anteil hieran haben die USA, die über 100 Millionen Dollar zurückgehalten haben. Am Jahresende dürften im UNO-Etat von rund einer Milliarde Dollar rund 270 Millionen Dollar fehlen.

Weizsäcker mahnt zum „Innehalten“

E.N. Bonn

Eine sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke könne niemand verantworten; es könne aber auch auf dem Energiesektor nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl „nicht alles so bleiben, wie es ist“. So beschrieb Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor der „Arbeitsgemeinschaft für Umwelten e.V.“ in der Bonner Universität seine Position.

Jeder müsse nach einer solchen Katastrophe „sich für die Möglichkeit, seinen eigenen bisherigen Standpunkt zu verändern, öffnen“. Innehalten und überprüfen bedeute nicht, „Moral“ gegen „Interessen“ zu stellen. Eine Moral, die die Interessen der Menschen übergehe, sei eine „überhebliche Ideologie“.

Was die Demonstrationen zu Umweltschutzfragen anbelange, so sei Konfrontation „nicht in jedem Fall so schlecht wie ihr Ruf“, und wo Regeln zur Austragung eingehalten würden, könne sie „sehr wohl die Einsicht und Entscheidungskraft fördern“. Er betonte aber auch: „Ökologen dürften wissen, daß kein Druck von außen in der Lage ist, Systeme in gewolltem Sinne zum Blühen zu bringen.“

Jenninger und die „echten“ Arbeiter im Parlament

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit der Bemerkung, daß es „kaum möglich und vielleicht nicht einmal sinnvoll“ wäre, die Zahl der nur zwölf „echten Arbeiter“ unter den 520 Bundestagsabgeordneten durch Sonderregelungen und Umgehungen der üblichen „Ochsentour“ zu erhöhen, hat sich Bundestagspräsident Philipp Jenninger in eine seit Jahrzehnten anhaltende Bonner Diskussion eingeschaltet.

Während eines „Symposiums zum Parlamentarismus“ in der Universität Passau meinte Jenninger, es gebe immerhin im Bundestag mindestens 60 Abgeordnete, „die als Arbeiter angefangen haben oder zeitweise Arbeiter waren“. Den Wandel begründete er damit, daß Facharbeiter in Betrieben heute oft sehr bald Angestellte würden; andere Arbeiter, die politisch oder gewerkschaftlich aktiv seien, übernahmen hauptberuflich Funktionen in Partei und Gewerkschaften.

Der Bundestagspräsident verglich die Verhältnisse in Bonn mit denen im Ostblock, in denen Arbeiter „durch den steuernden Einfluß der Partei“ Mandate erhielten. Sie machten, so Jenninger, „zwar die Parlamentsstatistik schöner, wirkten aber kaum in die entscheidenden Leistungsgremien hinein, weil sie den hauptberuflichen Funktionären weiter unterlegen seien.“

Demgegenüber sei nach den Angaben Jenningers mehr als 800 Bundestagsmitglieder gewerkschaftlich organisiert, davon 250 als Mitglieder von Gewerkschaften des DGB. Dazu führte der Bundestagspräsident aus: „Sie vertreten Arbeiterinteressen; man kann aber auch behaupten, sie

vertreten vornehmlich Gewerkschaftsinteressen. Und man kann feststellen: die meisten dieser Mitgliedschaften sind überhaupt ohne politische Relevanz.“ Es müsse aber auch gefragt werden, ob Exponenten der Wirtschaft im Parlament, die sich für leistungsfähige Unternehmen einsetzen, dann „a priori Feinde der Arbeiterinteressen“ seien.

Der Wunsch nach den „echten Arbeitern“ im Bundestag ähnelt nach Jenningers Worten „fatal dem, daß sogenannte unabhängige Persönlichkeiten und Honoratioren, frei von jeder Parteibindung“ das Parlament bevölkern sollten. Der Traum von der Herrschaft der Philosophen sei all, aber offensichtlich „noch immer nicht ganz ausgeräumt“.

Angesichts der Tatsache, daß es im Bundestag mehr als 350 Akademiker gibt, wobei die Juristen mit mehr als 130 dominieren, bezeichnete es der Bundestagspräsident als „überzogene Forderung“, wenn jetzt nach mehr Technikern und Naturwissenschaftlern gerufen werde. Man könne sie nun einmal nicht ohne den üblichen politischen Vorlauf ins Parlament kapitulieren, außerdem habe man die Erfahrung gemacht, daß manche das Mandat „zur Abwechslung“ gern einmal kurzfristig ausüben möchten, „wenn sie es auf einem goldenen Teller präsentiert bekommen“. Der Rekrutierungsprozeß sei aber hart. Fachlichen Rat könne sich das Parlament jederzeit durch Experten von außen, zum Beispiel über Anhörungen oder durch nicht-parlamentarische Mitglieder von Enquete-Kommissionen beschaffen.

Liebe Mitarbeiter der deutschen Chemie im Ausland.

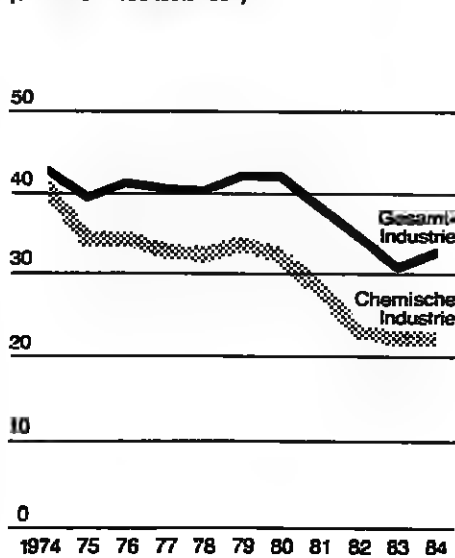


Bei Umweltschutz und Anlagen-Sicherheit legen wir nach unseren Umwelt-Leitlinien* die gleichen strengen Maßstäbe wie im Inland an.

Für die deutsche Chemie gibt es keine Sicherheit zweiter Klasse – darauf können Sie sich überall auf der Welt verlassen. Weil auch im Ausland die gleichen Grundsätze an Arbeitssicherheit gelten wie für unsere Mitarbeiter in Deutschland.

Auf diesem Gebiet liegt die deutsche chemische Industrie weltweit mit an der Spitze. Welch hoher Standard in der Bundesrepublik erreicht wurde, beweisen die langjährigen Statistiken der neutralen Berufs-genossenschaften. Sie belegen, daß ein Unfall an einem Ar-

Relative Unfallhäufigkeit
(Meldepflichtige Arbeitsunfälle
je 1 Million Arbeitsstunden)



beitsplatz der Chemie nur etwa so wahrscheinlich ist wie im Einzelhandel.

Und meistens sind es Unfälle, wie sie in jedem Lebens- und Arbeitsbereich vorkommen – beispielsweise Verletzungen durch Stolpern, Rutschen und Stürzen.

Diese für eine Industrie ungewöhnlich hohe Arbeitssicherheit zeigt, wie ernst wir unsere Verantwortung nehmen. Die Chemie verdient Vertrauen. Und unsere Leitlinien sind uns Maßstab und Verpflichtung zugleich, so konsequent wie bisher weiterzuarbeiten.

***Verantwortung hat Leitlinien. Ihr Exemplar liegt bereit. Die Initiative 'Geschützter Leben', Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main, informiert Sie über DIE CHEMISCHE INDUSTRIE.**

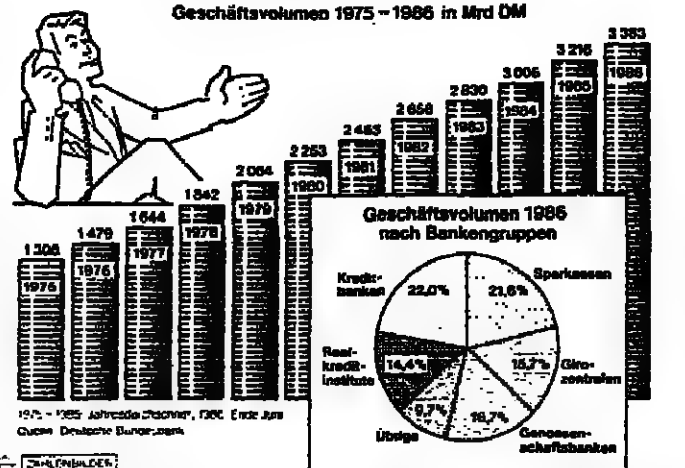
**Natur ist Chemie.
Chemie ist Leben.
Leben ist Verantwortung.**



Fordern Sie die Umwelt-Leitlinien der Chemie an. Zum Ortstarif. ☎ 0130-5599

-Länder
n Hilfe b

Die Geschäfte der deutschen Banken



Die deutschen Banken machen seit Anfang der achtziger Jahre glänzende Gewinne. Das Geschäftsvolumen stieg dabei von 2253 Mrd. DM (1980) auf 3216 Mrd. DM (1985). Für das Jahr 1986 schreiben die Banken und Sparkassen ihren Kunden Zinsen in Höhe von rund 164 Mrd. DM gut und belasteten ihre Kreditnehmer gleichzeitig mit Sollzinsen von knapp 251 Mrd. DM.

FÜR DEN ANLEGER

Aktien: Trotz der erheblichen Kursrückwärtigkeiten haben die überwiegend in deutschen Papieren anliegenden Aktienfonds in den ersten neun Monaten 1986 Wertsteigerungen zwischen 4,1 und 17,7 Prozent erzielt, teilte der Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften mit.

Flat: Das von Libyen zurückgegebene Aktienpaket ist am Markt untergebracht. Die Allianz soll 1,5 Prozent des Kapitals erworben haben. Ein Allianz-Sprecher wollte dies weder bestätigen noch dementieren.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 276,83 (276,06); Chemie: 162,71 (162,85); Elektro: 346,71 (345,91); Auto: 721,31 (723,33); Maschinenbau: 150,90 (150,03); Versorgung:

158,06 (159,10); Banken: 409,77 (403,07); Warenhäuser: 179,43 (177,54); Bauwirtschaft: 554,12 (548,42); Konsumgüter: 182,63 (181,28); Versicherung: 1424,80 (1420,49); Stahl: 150,53 (150,08).

Kursgewinner: DM + %
Schweiss 282,00 8,88
Pakhoed Hold. NA 59,50 8,58
Sumitomo Met. 2,25 7,14
Varta 365,00 5,49
Rheinlektro 1290,0 4,88

Kursverlierer: DM - %
Vesidag St. 196,00 9,26
Mainzer Akt. 346,00 7,49
ETR PLC 9,00 7,22
Nikko Secur. 21,30 5,33
Thyssen Ind. 117,50 5,24
(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Leichter.

WELTWIRTSCHAFT

Energie-Konferenz: Tschernobyl ist kein Grund zum Ausstieg aus der Kernenergie. Dies war das Ergebnis des Round-table-Gesprächs auf der Weltenergiekonferenz in Cannes. (S. 15)

EG: Wirksame Maßnahmen gegen Dumping-Einfuhren hat das Europaparlament gefordert. (S. 14)

Österreich: Die Konjunktur hat sich in den Sommermonaten leicht erholt. Impulse kamen aus dem Konsumgüterbereich und der Baunachfrage.

Südafrika: Nicht-Sanktionen sind das wirksamste Mittel zur Überwindung der Apartheid, sondern die größtmögliche Ausweitung von Investitionen und Käufen ohne jede Diskriminierung. Das betont Wolfgang Frickhöfer, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in einem Beitrag für die WELT. (S. 17)

Kreditgarantie: Die Sumitomo Trust and Banking Corp. beschließt, in naher Zukunft Investment-Management-Tochtergesellschaften in Japan, Großbritannien und den USA zu gründen.

MÄRKTE & POLITIK

Messe: Die Sensor - internationale Ausstellung und Kongress für Forschung, Entwicklung und Anwendung auf dem Gebiet der Sensortechnik - wird von Karlsruhe nach Nürnberg verlegt. Der erste Termin ist der 3. bis 8. Mai 1987.

Haushalt: Seit 1978 wurden bei Hausgeräten Energie-Ersparnisse bis zu 31 Prozent erzielt, gaben die Branchenverbände bekannt.

Videorecorder: Die Hersteller von Unterhaltungselektronik rechnen in diesem Jahr mit einem Absatz

von mehr als 1,6 Millionen Geräten, nach 1,4 Millionen im Vorjahr. Wie die Frankfurter Gesellschaft für Unterhaltungselektronik und Kommunikationstechnik berichtet, würde damit in 34 Prozent der deutschen Haushalte ein Videorecorder stehen.

Ausbildung: Die Audi AG in Ingolstadt beschreitet neue Wege. Zwei Modellversuche „Berufsausbildung jugendlicher Ausländer“ und „Mädchen in gewerblichen Berufen“ sollen den Facharbeiter-Mangel abbauen helfen. (S. 14)

Produkt	7. 10. 86	6. 10. 86	1. 7. 86	1. 5. 86	1973
Superbenzin					
0,15 g Bleigehalt	162,50	161,50	165,00	268,00	97,00
Relatol (schwer/3,5 % S)	69,00	70,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel)					
0,3 % S	117,50	116,50	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Digital Equipment: Die deutsche Tochter des US-Computerkonzerns will ihr hohes Wachstumstempo beibehalten. (S. 14)

Öffentliche Versicherer: Die Ertragsituation in der Kfz-Sparte hat sich verschlechtert. Grund ist die steigende Zahl der Unfälle mit Personenschäden. (S. 15)

USX: Carl C. Icahn hat seine Beteiligung am Marktführer in der

US-Stahlindustrie von den bisher bekannten 9,8 Prozent auf 11,4 Prozent aufgestockt. Dies hat er gegenüber der US-Wertpapier- und Börsenaufsichtskommission (SEC) angezeigt.

Heye-Glas: Das Familienunternehmen, das zu den bedeutendsten Behälterglas-Herstellern in Europa zählt, will den Umsatz 1986 von 285 auf über 300 Mrd. DM steigern. (S. 15)

NAMEN



Außenhandel: Horst Münzner, Präsident der Deutschen Handelskammern in Österreich und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG (Foto), bekräftigt in einem Beitrag für die WELT, daß sich die privatwirtschaftliche Konstruktion der

deutschen Handelskammern im Ausland bewährt hat. (S. 14)

Saarstahl: Manfred Wagner, saarländischer DGB-Vorsitzender, ist von der Arbeitnehmerseite gemäß Montanmitbestimmungsgesetz als neues Aufsichtsratsmitglied der Saarstahl Völklingen GmbH (ehemals Arbed Saarstahl) benannt worden. Wagner soll Nachfolger des ehemaligen Präsidenten des Luxemburgischen Gewerkschaftsbundes Antoine Weiss werden, der aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist.

WER SAGT'S DENN?

Management besteht darin, etwas schneller zu entscheiden, und dann einen anderen zu finden, der es tut.

J. G. Pollard

Vorläufiger Nachteilsausgleich für Bremen und Nordrhein-Westfalen

Insgesamt 175 Millionen Mark - Stoltenberg kürzt Zuweisungen an andere Länder

HEINZ HECK, Bonn

Bremen und Nordrhein-Westfalen sollen 1987 vorab 100 und 75 Mill. Mark Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) als vorläufigen Nachteilsausgleich erhalten. Die Regelung ist Bestandteil eines Gesetzentwurfs von Finanzminister Gerhard Stoltenberg, den das Kabinett am nächsten Mittwoch verabschieden dürfte. Sie wird erforderlich durch das Karlsruher Urteil vom 24. Juni, das unter anderem eine Benachteiligung Bremens seit 1983 und Nordrhein-Westfalens seit 1985 beim sogenannten vertikalen Finanzausgleich festgestellt hat.

Stoltenberg hat den betroffenen Bundesländern eine Rückkaufungsfrist bis zum kommenden Mittwoch gesetzt. Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von derzeit jährlich rund 1,7 Mrd. Mark fließen an die finanzschwachen Länder Bayern, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (neuerdings), Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein. Rund zehn Prozent der 87er Mittel fließen also vorab zwei Ländern zu.

Da der Bund, wie berichtet, keine zusätzlichen Mittel bereitstellt, reduzieren sich die Zuweisungen an alle finanzschwachen Länder entsprechend. Dies ist allerdings noch nicht die von Karlsruhe geforderte abschließende Regelung. Die sieben Länder können daher auch die Zuweisungen aus Bonn nur als vorläufige Größe in ihren Haushaltsentwürfen einplanen.

Die Bundesregierung steht unter erheblichem Zeitdruck, kann aber nicht von heute auf morgen den genauen Nachteilsausgleich ermitteln. Daher wurde offenbar bewußt mit zwei runden Beträgen nur eine grobe Annäherung für diese Liquiditätshilfe gewählt. Endgültig wird auch dieser Punkt im Rahmen der für Herbst 1987 erwarteten Neuordnung des gesamten Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern geregelt.

Am Beginn steht der Länderfinanzausgleich, der von den drei finanzstarken Ländern Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen bestritten wird und im letzten Jahr rund 2,5 Mrd. Mark ausmachte. Allgemein wird nicht damit gerechnet, daß sich durch das Karlsruher Urteil eine größere Änderung im Volumen ergeben

wird. Erst wenn die Neuordnung feststeht und damit bekannt ist, was die finanzschwachen Länder im horizontalen Ausgleich erhalten, können die BEZ als vertikaler (Spitzen-) Ausgleich verteilt werden.

Im wesentlichen bemißt sich die BEZ-Verteilung künftig nach der Finanzkraft der Empfängerländer. Die bereits Ende 1985 im Siebten Änderungsgesetz über den Finanzausgleich auch schon für 1987 verankerte Regelung dürfte im Endeffekt obsolet werden. Sie muß daher durch das jetzt geplante Gesetz außer Kraft gesetzt werden. In der endgültigen Regelung ist zumindest für Bremen ein höherer Nachteilsausgleich zu erwarten, für Nordrhein-Westfalen möglicherweise ebenfalls.

Die Zeche wird wahrscheinlich vor allem Bayern zu zahlen haben, dem nach der alten Regelung rund 300 Mill. Mark zugeflossen wären. Da aber Bayern in der Vergangenheit nach vorherrschender Auffassung zu gut bedacht worden war, dürfte es bei der Anwendung rationaler Kriterien allenfalls noch ein paar Millionen erhalten.

Opec rangelt um Quoten-Aufteilung

Kuwait kompliziert die Verhandlungen - Mehrheit für Fortsetzung der Förderdisziplin

DW, Genf

Die Weiterführung der im August eingeleiteten restriktiven Öl-Förderpolitik bis zum Jahresende wird bei den Opec-Verhandlungen in Genf offenbar von einer Mehrheit der Mitglieder befürwortet. Für Konflikte sorgen allerdings das Problem der ungleichen Absatzbeurteilung der einzelnen Mitgliedsstaaten und die Frage der Neuverteilung der Förderquoten. Unruhe löste gestern vor allem die Forderung Kuwaits nach einem höheren Anteil an der vereinbarten maximalen Gesamtfördermenge von 18,8 Millionen Barrel (59 Liter) am Tag aus. Die bisherige Förderquote Kuwaits liegt bei 900.000 Barrel täglich.

Ausschüttungen, in denen versucht wurde, neue Kriterien für einen Verteilungsschlüssel zu vereinbaren, beherrschten gestern das Genfer Treffen. Der kuwaitische Ölmন্ত্রী, Ali el Chalifa, erklärte, er stehe einer

Verlängerung der Förderbegrenzung offen gegenüber. Vielmehr gehe es aber um die Neuverteilung. Unklar ist die Haltung Saudi-Arabiens, das dem Vernehmen nach ebenfalls eine höhere Quote beansprucht. Ein Delegierter kennzeichnete die Lage so: „Wir wollen nicht verlieren, was wir (beim Preis) gewonnen haben. Aber ich sehe viele Auseinandersetzungen bei der Neuverteilung der Quoten.“

Im Gespräch ist ein Verteilungsschlüssel, der sich an Kriterien wie Bevölkerungszahl, Ölfreserven, Ländergröße und Auslandsverschuldung ausrichtet. Delegierte aus Indonesien und Nigeria wollten als Hauptkriterium die für sie günstige Bevölkerungszahl festlegen wissen. Venezuela und Ecuador legen nach Informationen aus Delegationskreisen Wert auf den Verschuldungsgrad. Die Golf-Staaten setzen auf die Ölreserven, während Libyen sich für die Berücksichtigung der Ländergröße ein-

setzt. Der iranische Ölmন্ত্রী Gholamreza Akasadeh hatte erklärt, auch das Bruttoinlandsprodukt und die höhere Ölproduktion müßten als Kriterien herangezogen werden.

Nach Angaben aus Konferenzkreisen hoffen die Minister nicht nur, den bisherigen Ölpreis zu halten, sondern ihn auf einen Stand von 17 bis 19 Dollar pro Barrel hochtreiben zu können. Dies wird auch von Insidern des Ölhandels als realistisch bezeichnet, falls die Kartellmitglieder die erreichte Förderdisziplin weiterhin einhalten.

Vorschläge über Maßnahmen zu einer derartigen Preiserhöhung soll ein Preisausschuss machen, dem Kuwait, Ecuador und Libyen angehören. Der nigerianische Opec-Präsident Rilwanu Lukman erklärte, bei dem jetzigen Stand von rund 14 Dollar pro Barrel lägen die Opec-Gesamteinnahmen bei 65 Mrd. Dollar, gegenüber 130 Mrd. Dollar 1984.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sieht keine Veranlassung, die EG-Bestimmungen über die Kennzeichnung von Weinen in Frage zu stellen, die deutschen Winzern verbietet, auf dem Etikett der Flasche die Angabe „durchgegoren“ zu verwenden. In einer Vorabentscheidung bestätigte er, daß nach EG-Recht zur Bezeichnung des Restzuckergehaltes in Tafelweinen nur die Angabe „trocken“ zulässig sei.

Dem Spruch der Luxemburger Richter liegt eine Strafanzeige der Staatsanwaltschaft Freiburg gegen den Kaiserstuhl Gastwirt und Winzer Franz Keller zugrunde, der durch seinen Kampf um die Reinhaltung des deutschen Weines bekannt geworden ist.

Das Amtsgericht in Breisach war davon ausgegangen, daß die EG-Vorschriften die durch das Grundgesetz garantierte Berufsfreiheit der deutschen Produzenten beeinträchtigen.

Dagegen meint der EuGH, die Regelung der Weinetikettierung unterwerfe zwar die Winzer gewissen Beschränkungen, täte jedoch das Recht auf freie Ausübung ihrer Tätigkeit in seinem Wesensgehalt nicht an. Der Begriff „durchgegoren“ sei nur im Deutschen verständlich. Die EG-Vorschriften zielten jedoch auf eine möglichst klare und eindeutige Verbraucherinformation ab.

AUF EIN WORT



„Konjunkturschwankungen mittels des Prinzips „hiring and firing“ aufzufangen, ist nicht nur zutiefst inhuman, sondern auch unternehmenspolitisch von größtem Nachteil. Schließlich ist eine betriebsverbundene, hochqualifizierte Belegschaft wesentlichster Bestandteil der qualitativen Unternehmenssubstanz. Mit reinen Job-Inhabern sind Krisen nicht zu überwinden.“

Unüberhörbar kritisch äußerte sich der VDA-Präsident zu protektionistischen Bestrebungen in Ländern wie Italien, Frankreich, Großbritannien, den USA und Kanada zur Abschottung ihrer Märkte vor japanischen Fahrzeugen.

Dies führe dazu, daß die anderswo nicht mehr absetzbaren Wagen aus Japan „einfach nach Deutschland verschifft werden“, und deshalb sei in der deutschen Automobilindustrie der Ruf nach möglichen Einfuhrbeschränkungen gegenüber der fernöstlichen Konkurrenz nicht länger tabu.

Paul Brochier, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Hans Brochier GmbH & Co., Nürnberg.

FOTO: JUPP DARCHINGER

„Durchgegoren“ darf nicht auf Flaschen stehen

WILHELM HADLER, Brüssel

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sieht keine Veranlassung, die EG-Bestimmungen über die Kennzeichnung von Weinen in Frage zu stellen, die deutschen Winzern verbietet, auf dem Etikett der Flasche die Angabe „durchgegoren“ zu verwenden. In einer Vorabentscheidung bestätigte er, daß nach EG-Recht zur Bezeichnung des Restzuckergehaltes in Tafelweinen nur die Angabe „trocken“ zulässig sei.

Dem Spruch der Luxemburger Richter liegt eine Strafanzeige der Staatsanwaltschaft Freiburg gegen den Kaiserstuhl Gastwirt und Winzer Franz Keller zugrunde, der durch seinen Kampf um die Reinhaltung des deutschen Weines bekannt geworden ist.

Das Amtsgericht in Breisach war davon ausgegangen, daß die EG-Vorschriften die durch das Grundgesetz garantierte Berufsfreiheit der deutschen Produzenten beeinträchtigen.

Dagegen meint der EuGH, die Regelung der Weinetikettierung unterwerfe zwar die Winzer gewissen Beschränkungen, täte jedoch das Recht auf freie Ausübung ihrer Tätigkeit in seinem Wesensgehalt nicht an. Der Begriff „durchgegoren“ sei nur im Deutschen verständlich. Die EG-Vorschriften zielten jedoch auf eine möglichst klare und eindeutige Verbraucherinformation ab.

In vino veritas

Mk. - Im Wein liegt die Wahrheit - und die kann bekanntlich bitter sein. So bitter sogar, daß sich der Magen herumdreht, nicht nur wegen der Färschereien in Österreich und Italien, sondern auch wegen der Kosten für die Steuerzahler. Darauf hat jetzt noch einmal die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände hingewiesen. Mit einem Aufwand von mehr als einer Milliarde Mark werden 1,8 Milliarden Liter Tafelwein zu Industrialalkohol verspirtet.

Es mutet grotesk an, daß mit hohen Subventionen erst Wein produziert wird, der unter erheblichen

Kosten „eingedampft“ und dann subventioniert an die Industrie abgegeben wird.

Es ist kein Trost, daß der deutsche Wein davon kaum betroffen ist, daß bei der Zwangsdestillation sogar billiger italienischer Wein importiert wurde, um die Quote zu erfüllen. Die Flutwelle wird immer stärker, weil selbst die „niedrigen“ Alkohol-Weinpreise in den südlichen Regionen für die Landwirte noch attraktiv sind. Den Alkohol auch in den Autotank zu schütten, wird noch teuer.

Sinnvoller wäre es, sich auf die Regeln der Marktwirtschaft zu besinnen, die Preise sich frei bilden zu lassen und den Winzern direkt einen Ausgleich zu überweisen. Alles andere geht noch mehr ins Geld. Der Wein bringt es an den Tag.

Springprozession

Von CLAUD DERTINGER

Müßte die mit der Dollarschwäche einhergehende Spekulation auf eine Aufwertung der D-Mark nicht eigentlich Ausländer an den deutschen Rentenmarkt locken, so daß die Zinsen ins Rutschen kommen? Wird die Bundesbank nicht doch ihre Leitzinsen senken müssen, um die meisten Banker fürchten, nicht geling, den Dollar mit Interventionen auf einem Niveau zu halten, das den deutschen Export nicht allzusehr in Mitleidenschaft zieht?

Fragen über Fragen, auf die auch gewissen Kapitalmarktexperten eine Antwort schwerfällt. Man sieht das an der unentschiedenen Tendenz am Rentenmarkt, die einer

Echternacher Springprozession gleicht. Was im Fachjargon als „Seitwärtsbewegung“ bezeichnet wird, ist bei näherem Hinsehen eine leichte Aufwärtsbewegung der Zinsen, die sich seit Anfang September immer deutlicher abzeichnet.

Aus den „fundamentalen Faktoren“ ist derzeit für die Prognose nicht viel Honig zu saugen. Geldkapitalbildung, Inanspruchnahme des Marktes durch Staat, Wirtschaft und Wohnungsbau sowie das monetäre Umfeld, in dem kein Anlaß für eine restriktive Geldpolitik zu erkennen ist, sprechen für eine ausgeglichene Verfassung des deutschen Kapitalmarktes. Für manche Propheten ist das eine Konstellation, die einen Zinsrückgang erwarten läßt, sofern nicht Störungen aus den USA das schöne Bild zerstören. Aber auch Optimisten, deren Zahl in den letzten Wochen deutlich geschrumpft ist, riskieren es nicht, mit neuen größeren Engagements auf eine Zinssenkung zu setzen. Manchmal hat man sogar den Eindruck, als werde gerade von jenen Marktteilnehmern Zuversicht verbreitet, die sich von überhöhten Beständen trennen wollen und die sich dafür höhere Kurse wünschen.

Ausgangspunkt für den Zinsrend am Kapitalmarkt der Bundesrepublik in den nächsten Wochen und Monaten wird sein, wie es Ausländer mit deutschen Renten halten. Sie waren mit ihren mehr als 36 Milliarden D-Mark Netto-Käufen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres (nach 31,5 Milliarden DM im ganzen Vorjahr) der Hauptmotor der Zinssenkung. Doch seit einiger Zeit sind sie recht abstinente. Die Chance, an einer sich aufwertenden D-Mark noch Geld zu verdienen,

wird im Ausland nicht als Kaufanreiz empfunden.

Andernfalls lastete der Riesensack der jüngsten Bundesanleihe nicht wie ein Fels auf dem Markt; sie ist, ebenso wie die vorangegangenen Emissionen, egal ob in oder ausländische D-Mark-Anleihen, nur sehr schwer bei internationalen Anlegern platzierbar. Nicht zuletzt bei einigen Notenbanken, die sonst Käufer von Bundesanleihen waren, beobachtet man jetzt völliges Desinteresse; sie wollen jetzt (D-Mark-Pulver für Interventionen am Devisenmarkt trockenhalten, vermutet man).

Aktuell mag die Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung durch die Notenbankinterventionen am Devisenmarkt ein wenig abgebrannt worden sein. Auf etwas längere Sicht herrscht allerdings eine wohl begründete Skepsis, daß eine weitere Dollarabwertung und damit eine Aufwertung der D-Mark gegen die Kräfte des Marktes mit Interventionen der

Notenbanken verhindert werden kann. Wenn internationale Investoren trotzdem diese Gewinnchancen nicht nutzen, so vor allem wohl aus der Überlegung, daß niemand weiß, wie stark sich die D-Mark noch aufwertet und wann ein übertriebener Anstieg des D-Mark-Wechselkurses wieder von einer Normalisierung abgelöst wird, die schließlich mit einer Abwertung, möglicherweise auch im Vergleich zur derzeitigen Dollar-D-Mark-Relation, verbunden ist.

Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Man wird sich darauf einstellen müssen, daß Ausländer, die seit Ende 1984 vor allem aus Währungserwartungen große Engagements in deutschen Rentenwerten aufgebaut haben, an die Realisierung ihrer bescheidenen Wechselkursgewinne denken werden. Indizien dafür gab es bereits.

Größere Auslandsabgaben würden zweifellos vorübergehend den Kapitalmarktzins hochdrücken. Dem könnte auch die Bundesbank mit einer konjunkturell begründeten Senkung ihrer Leitzinsen (dem Zins für Wertpapierpensionsgeschäfte) oder des Diskontsatzes vermutlich kaum wirksam entgegensteuern. Eine Diskontsenkung würde womöglich am Markt als das „Ende der Fahnenstange“ interpretiert, was, wie bereits gehabt, einen Zinsanstieg auslösen könnte. Kein Wunder, daß der Rentenmarkt auf Moll gestimmt ist.

ERFOLG KANN MAN LEASEN.

Wer heute weiterkommen will, braucht vor allem zwei Dinge: Verfügbares Kapital und ein vernünftiges Auto. Der erfolgreiche Geschäftsmann macht das so: er leaset seinen Firmenwagen und steckt das Geld ins Geschäft. Da, wo es hingehört und Gewinn bringt. Sprechen Sie mit uns doch einmal über Ihr persönliches Fortkommen. Sie werden staunen, wie

vorteilhaft maßgeschneidertes Autoleasing sein kann, wenn ein Experte es macht. Überigens, bei uns können Sie jede Automarke leasen. Wir beraten Sie!

Hansa Automobil Leasing GmbH
Wir machen Ihr Unternehmen mobil.

HANSA AUTOMOBIL LEASING GMBH · BEERENWEG 5
2000 HAMBURG 50 · TEL. 040/8 53 06 02 · TELEX 02/12 138

EG fordert härtere Maßnahmen gegen Dumpingpraktiken

Ha. Brüssel

Schnellere und wirksamere Maßnahmen der EG gegen Dumping-Einfuhr hat das Europaparlament gefordert. In einer Entschließung verlangen die Abgeordneten, daß künftig sofort nach Feststellung eines Dumpingbestandes vorläufige Ausgleichszölle festgelegt werden, es sei denn, daß das betroffene Unternehmen zufriedenstellende Preisverpflichtungen anbietet.

Das Parlament konstatiert „mit großem Bedauern“ die wachsende Tendenz bei bestimmten Drittländern auf Dumping und andere unfaire Handelspraktiken zurückzugreifen. Auch von den Staatshandelsländern gingen oft in erheblichem Umfang Dumpingpraktiken aus. Die Gemeinschaft müsse sich auch dringende Instrumente verschaffen, um gegen Dumpingangeboten im Bereich der Schifffahrt vorgehen zu können. Anti-Dumpingzölle sollten nach Meinung des Parlaments auch auf die Bestandteile eines Fertigprodukts erhoben werden können, bei dem Dumping nachgewiesen wurde. Dadurch würde es Drittlandsproduzenten unmöglich gemacht werden, EG-Maßnahmen durch die Errichtung von Montagebetrieben in der Gemeinschaft zu entgehen.

Der für die Handelspolitik zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq berichtete, daß seine Behörde zwischen 1980 und 1985 230 Dumpingbeschwerden bearbeitet hat. Wenn auch manchmal Maßnahmen außerhalb der GATT-Vorschriften wünschenswert sein könnten, dürfe die Gemeinschaft doch nicht vergessen, daß sie selbst Exportinteressen habe und deshalb möglichen Anti-Dumpingmaßnahmen ihrer Handelspartner ausgesetzt sei.

Die Dauer der Brüsseler Anti-Dumpingverfahren ist nach Meinung de Clercq mit durchschnittlich sieben Monaten nicht zu beanstanden. Eine ernste Prüfung der Beschwerden erfordere Zeit. Die EG könne sich schließlich nicht internationalen Vorwürfen aussetzen und riskieren, daß der Europäische Gerichtshof Schutzmaßnahmen wieder aufhebe. Allerdings habe die Brüsseler Exekutive zu wenig Personal, die für die Bearbeitung von Anti-Dumpingklagen zuständige Abteilung sei nur mit 28 Planstellen besetzt. In der Washingtoner Administration beschäftigten sich dagegen allein 110 Beamte mit Beschwerden der US-Wirtschaft.

Deutsche Wirtschaft im Ausland gut vertreten

Konstruktion der Handelskammern hat sich bewährt - Export- und Import-Interessen sinnvoll verbunden

Von HORST MÜNZNER

Es sind in erster Linie Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft, die zunehmend die Dienstleistungen der Deutschen Auslandshandelskammern in Anspruch nehmen. Die Fragen nach der Abwicklung von einzelnen Exportgeschäften, der Geschäftspartnernvermittlung und Niederlassungsgründungen sowie nach den Marktgegebenheiten und Vertriebswegen im Ausland stehen dabei im Mittelpunkt der Beratung.

Inzwischen sind es 43 Auslandshandelskammern und sechs Delegationen der Wirtschaft, welche in 39 Ländern die Interessen der deutschen Wirtschaft vertreten. Während die „Delegierten“ Abgesandte des Deutschen Industrie- und Handelslages in Bonn sind, stellen die Auslandshandelskammern unabhängige Vereinigungen im jeweiligen Gastland dar, welche ihre Mitglieder sowohl bei Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland als auch aus dem Gastland finden.

Die Geschäftsführer dieser Kammern sind deutsche Staatsbürger, die über langjährige Erfahrung im Ausland verfügen und die mit ihren deut-

schen und ausländischen Mitarbeitern Garant für eine sachgerechte Behandlung aller wirtschaftlichen Anliegen sind, die an sie herangetragen werden.

Mit dieser bewußt privatwirtschaftlichen Konstruktion ist der Bundesrepublik Deutschland eine wirkungsvolle Außenwirtschaftsvertretung gegliedert. System und Arbeitsweise der Deutschen Auslandshandelskammern haben sich bewährt. Die Besetzung der Ämter dieser Kammern mit Persönlichkeiten der Wirtschaft aus der Bundesrepublik und dem jeweiligen Gastland macht es, daß ein enger und von Erfahrung geprägter Kontakt zu den relevanten Stellen im Ausland gehalten werden kann. Zudem lassen sich auf dieser Basis sehr sinnvoll Export- und Import-Interessen verbinden.

Die Auslandshandelskammern sind darauf angewiesen, sich einen erheblichen Teil ihres Budgets selber zu verdienen. Nur ein Anteil ihrer Ausgaben wird durch öffentliche Mittel gedeckt, welche die Bundesregierung zur Verfügung stellt. Die eigenen Einkünfte erwirtschaften sich die Kammern durch Mitgliedsbeiträge.

Gebührenstellung für qualifizierte Dienstleistungen oder auch durch die Wahrnehmung von Interessen deutscher Messegesellschaften. Wer seine Arbeit „verkaufen“ muß, wird seinen Service so erbringen, daß seine Mitglieder und Kunden zufrieden mit ihm sind.

Bei einer enger werdenden Verflechtung der Weltwirtschaft werden die Aufgaben der Deutschen Auslandshandelskammern wachsen. Schon heute stelle ich einen großen Bedarf an Fachinformation, individueller Beratung, Landeskenntnis und Kontaktverschaffung zu den richtigen Stellen im Ausland fest. Die Kammern werden sich darauf einrichten müssen, den immer neuen Anforderungen der Wirtschaft gerecht zu werden, damit sie ihren Mitgliederbestand erhalten und sich neue Interessentenkreise erschließen können.

Mit Hilfe des Deutschen Industrie- und Handelslages in Bonn ist es gelungen, die Interessen der einzelnen Auslandshandelskammern zu koordinieren und damit wesentliche Voraussetzungen für ihre wirkungsvolle Arbeitsweise zu schaffen. So wurde im Personalbereich für akademisch ausgebildete Kräfte der Wechsel von der Auslands- zur Inlandstätigkeit in Einzelfällen möglich gemacht und auf der anderen Seite durch Entwicklung eines eigenen Konzepts zur Datenverarbeitung eine für die Auslandshandelskammern einheitliche Software verfügbar gemacht. Neben den Pilotkammern in Europa und Afrika können nunmehr weitere Kammern in Asien und Lateinamerika mit passenden EDV-Anlagen ausgestattet werden.

Eine Vielzahl von Unternehmen, Verbänden und Institutionen haben es verstanden, das Serviceangebot der deutschen Kammern im Ausland für ihre geschäftlichen Zwecke zu nutzen. Der Service steht jedem Unternehmen zur Verfügung. Er sollte stärker genutzt werden. Wenn es, wie ich eingangs betonte, die mittelständischen Betriebe sind, welche die Dienstleistungen der Kammern vornehmlich in Anspruch nehmen, so arbeiten darüber hinaus mit mir viele Kollegen aus der deutschen Großindustrie daran, zugunsten der deutschen Wirtschaft und ihrer Partner im Ausland die Leistungsfähigkeit der Kammern weiter auszubauen.

Schottischer Whisky beliebter

Bundesrepublik für Haig ein wichtiger Exportmarkt

adh. Frankfurt

Schottischer Whisky ist wieder im Kommen. Das signalisieren die Zahlen des Whisky-Exportes im ersten Halbjahr. Nach den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurde nämlich mit rund 3 Mrd. DM Whisky-Export bereits der Wert vom Vorjahr (gut 700 Mill. Flaschen im Wert von 3,3 Mrd. DM) annähernd erreicht. Vor diesem Hintergrund strahlt auch die John Haig & Co Ltd. (Guinness-Gruppe) Zuversicht aus. Für Haig zählt die Bundesrepublik zu den 20 wichtigsten Märkten auf der Welt. Im vergangenen Jahr wurden den Bundesdeutschen über den Importeur Schneider-Import insgesamt 1,3 Millionen Flaschen der Premium-Marke Dimple verkauft, zusätzlich rund 100 000 Flaschen Haig und ein wenig Malt-Whisky.

Mit Dimple (Verkaufspreis im Durchschnitt zwischen 28 und 29,95 DM) hat sich Haig im stagnierenden deutschen Spirituosenmarkt um acht Prozent verbessert, auch in diesem Jahr wird ein Wachstum zwischen fünf und zehn Prozent angepeilt.

Dabei wächst der deutsche Spirituosenmarkt nicht mehr. Der Pro-

Kopf-Verbrauch fiel von 8,6 Litern (1976) auf 6,4 Liter (1985) zurück, eine Entwicklung, die auch auf den Whisky-Markt ausstrahlte: Die Importe sanken von 42 Millionen Flaschen (1976) auf rund 30 Mill. Flaschen im vergangenen Jahr. Dabei sind die Importe im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit Jahren wieder um fünf Prozent gestiegen; der Anteil von Scotch-Whisky liegt bei 73 Prozent. Verloren hat in den letzten Jahren vor allem Bourbon, dessen Anteil am Gesamtmarkt innerhalb von zehn Jahren auf 21 (36) Prozent zurückfiel. Auch im ersten Halbjahr dieses Jahres zeigen die Absatzzahlen für Scotch eine leicht steigende Tendenz auf 7,42 Millionen im Einzelhandel verkaufte Flaschen.

Auf der Basis Endverbraucherabsatz legte Dimple im ersten Halbjahr vier Prozent zu, während der härteste Konkurrent im hochpreisigen Whisky-Segment (Chivas) zwei Prozent Absatz einbüßte. Mit einem Marktanteil von 4,4 Prozent (1985) ist Dimple nach eigenen Angaben Marktführer bei Premium-Whiskys, eine Position, die man auch in Zukunft behalten will.

Internationale Finanzen

Royal Trustee: Das kanadische Unternehmen begibt eine 200-Mill.-\$-Anleihe mit Fälligkeit November 2006 zu pari. Sie ist mit einem Kupon von 5,25 Prozent ausgestattet.

Tokio: Daicel Chemical will eine 100-Mill.-\$-Anleihe mit Optionschein und Fälligkeit Oktober 1991 auflegen.

Wandelanleihe: Mit einem Kupon von 1,25 Prozent hat Nichimo Corp. ihre Anleihe über 50 Mill. \$- und Fälligkeit März 1992 ausgestellt. Der Wandelpreis beträgt 547 Yen bei 95,85 Yen/\$.

BRA-Flote: Der Banco Hispano Americano legt über ein von der Commerzbank geführtes Konsortium eine 100-Mill.-Dollar-Anleihe mit variabler Verzinsung von 0,125 Prozent über dem Sechsmonatslibor zu Pari mit 20jähriger Laufzeit und Gläubigerkündigungsrecht nach zwölf Jahren auf.

Marubeni: Die Marubeni International Finance, begibt 7,75prozentige Eurobonds über 30 Mill. Dollar mit Fälligkeit 23. Oktober 1991 zu 101,625 Prozent.

Versicherer suchen nach neuen Wegen

dos, Hannover

Die Vertriebspolitik der Versicherungsunternehmen in der Bundesrepublik tendiert immer mehr zur Bildung genereller Sortimente mit allen Versicherungszweigen, wobei einzelne Kundentypen besondere Berücksichtigung finden. Diese Ansicht vertritt der Kölner Versicherungswissenschaftler Professor Dieter Farny auf einer Veranstaltung des Verbandes der Geschäftsstellenleiter der Assekuranz (VGA) in Hannover. Zunehmendes Gewicht erhalte die Angliederung von Finanzdienstleistungen aller Art, weil der Kunde auf die Lösung seines finanziellen Gesamtproblems abstelle. Dies wiederum werde dazu führen, daß es zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Versicherungsunternehmen und Banken komme, meinte Farny.

Allerdings gebe es dabei nicht unerhebliche Probleme, weil beide Gruppen statisch kontrolliert werden. Farny attestierte der Versicherungswirtschaft insgesamt eine „sehr gesunde wirtschaftliche Verfassung“, wenngleich einzelne Zweige (Industrie- und Feuerversicherung) nicht eben florierten.

Drei Jahre für „Lärmpegel“

Zeitnot bei der Schaffung des europäischen Binnenmarktes

WILHELM HADLER, Brüssel
Regelmäßigen Ratssitzungen zum Trotz droht der Zeitplan für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes durch einanderzugeraten. Von den 106 Verordnungen und Richtlinien, die 1986 zur Beseitigung von Handelsbarrieren in der EG geplant waren, konnten nach einer Aufstellung der britischen Präsidentschaft bisher nur 30 verabschiedet werden.

Auf Wunsch Londons setzten die EG-Regierungen daher eine Arbeitsgruppe hoher Beamter ein. Sie soll nach Möglichkeit die Entscheidungsreife der zumeist technisch komplizierten Harmonisierungsvorschläge beschleunigen. Als wichtigstes Hindernis erweist sich jedoch das vorerst noch geltende Einstimmigkeitsprinzip im Rat. Rund 15 Richtlinien werden gegenwärtig nur noch von einer oder zwei Delegationen blockiert.

Die jüngste Ratssitzung brachte nur eine einzige Entscheidung: Die Festlegung auf gemeinschaftliche Regeln für die Angabe der Geräuschemissionen auf elektrischen Haushaltsgeräten. Obwohl diese Richtlinie nicht einmal den Versuch macht, den „Lärmpegel“ nach oben zu begren-

zen, bedurfte es dreijähriger Vorarbeiten. Und die Etikettierungsvorschriften werden erst frühestens in drei Jahren in Kraft treten. Trotzdem dürfte die Regelung den innergemeinschaftlichen Handel bedeutend erleichtern, da sie die Zulassung importierter Geräte von nationalen Entscheidungen unabhängiger macht.

Nicht erfüllt hat sich die Hoffnung der deutschen Delegation, das seit 1984 diskutierte Richtlinienpaket über „biotechnologische Arzneimittel“ durch den Rat zu bringen. Eine Einigung scheiterte an der Forderung Spaniens, bis Ende 1992 von den Bestimmungen ausgenommen zu werden.

Dabei handelt es sich um die Öffnung der Grenzen für Arzneimittel-spezialitäten, deren Produktion oft nur lohnend ist, wenn sie auch in anderen Ländern zugelassen sind. Die EG-Vorlage sieht vor allem einen gemeinsamen Prüfungs-schluß vor, der den wichtigsten Regierungen Empfehlungen geben soll. Die Schutzfrist für die Erfinder soll für Erzeugnisse, die dieses Konzentrierungsverfahren durchlaufen haben, zehn Jahre dauern, für andere Spezialitäten sieben Jahre.

Höhenflug nicht aufzuhalten

Digital Equipment wächst schneller als die Branche

München
Mit der fortschreitenden Trendwende von der klassischen zur integrierten Datenverarbeitung stehen bei der Digital Equipment GmbH, München, alle Zeichen weiterhin auf Höhenflug. Zumindest kann auch für das neue Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.), so der Vorsitzende der Geschäftsführung Willi Kister, wieder mit einem ähnlich hohen Wachstumstempo wie im letzten Jahr gerechnet werden. Das war „sehr zufriedenstellend“.

Kein Wunder angesichts einer erneuten Umsatzsteigerung um 20 (48) Prozent auf 1,09 (0,9) Mrd. DM. Damit wuchs man nicht nur wesentlich rascher als die gesamte deutsche Branche (acht bis zehn Prozent), sondern auch wieder schneller als die US-Mutter Digital Equipment Corp. (DEC), Maynard/Mass., deren Umsatz um 13,5 (30) Prozent auf 7,59 Mrd. Dollar stieg.

Der Lohn dafür: Die Mutter wird den an sie ausgeschütteten Jahresüberschuß von 10,3 (7,5) Mill. DM abwärts für weitere 15 (45) Mill. auf 100 Mill.

DM aufzustocken. Doch Finanzchef Hans-Joachim Nowak ist mit diesem Gewinn noch nicht zufrieden. Mittelfristig peilt er eine Umsatzrendite von zwei bis drei (derzeit: 0,94) Prozent an. Deutlich über den Abschreibungen von 37 (27) Mill. DM lagen die Investitionen von 91 (52) Mill. DM. Davon 26 Mill. DM für ein Grundstück in Unterföhring bei München. Die Zahl der Mitarbeiter wurde um 554 (493) auf 2655 Beschäftigte aufgestockt.

Sehr zufrieden zeigte sich Kister auch mit der Entwicklung der zweiten, selbständig arbeitenden deutschen DEC-Tochter, dem Plattenspieler-Werk Kaufbeuren. Mit seinen 400 (355) Mitarbeitern erzielte es 1985/86 einen Umsatz von 400 (350) Mrd. DM, wovon etwa nur 20 Prozent über Digital-München abgewickelt wurden. Kaufbeuren sei inzwischen sogar zum Nettoexporteur nach den USA geworden, nachdem die Fertigungs- und Entwicklungsstelle stetig ausgeweitet worden ist. Das Werk soll in den nächsten Jahren erweitert werden. Doch in diesem Jahr ist dafür eine Personalaufstockung auf 600 Beschäftigte geplant.

„Wenn wir die neuen Anlagen voll nutzen wollen, brauchen wir bessere Büromöbel. Sofort.“



Der Zwang bei der Modernisierung alter Büros beginnt meist beim Einbau hochmoderner Datentechnik in das vorgegebene architektonische Korsett.

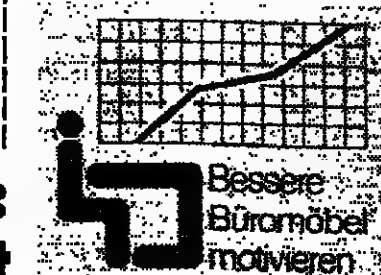
Weil Wände starr sind, ist daher die Entscheidung für bessere, flexible Büromöbel umso mehr eine Entscheidung für die Zukunft. Denn bessere Büromöbel sind flexibel ausbaubar und können so mit steigenden Anforderungen problemlos wachsen. Diese hohe Funktionalität ist vereint mit modernem Design und ergonomischer Form des Sitzmobiliars.

So bilden Mensch, Technik und Umfeld eine leistungsfähige Einheit. Die deutschen Büromöbel-Hersteller haben eine neue Generation von Bürosystemen geschaffen. Die dynamischen Büromöbel der Zukunft sind nach dem Baukastenprinzip konstruiert und darum besonders anpassungsfähig an die vorgegebenen Räume.

Unter optimaler Ausnutzung des vorhandenen Raumes bieten sie einen wirtschaftlichen, leistungsfähigen und motivierenden Arbeitsplatz. Informieren Sie sich über den Fortschritt in der Büromöbel-Technik.

16. bis 21. Oktober
ORGATECHNIK '86
6. INTERNATIONALE BÜROMESSE

Bitte schicken Sie mir Ihre Broschüre mit Herstelleradressen Büromöbel-Forum Adelfeldstraße 23, 6200 Wiesbaden
Name: _____
Firma: _____
Anschrift: _____



Bessere Büromöbel: die Entscheidung für die Zukunft

Facharbeitermangel macht erfinderisch

Erfolgreiche Modellversuche in Ingolstadt - Bund fördert die Ausbildungsvorhaben

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
Um ein Haar wäre die Friseurin geworden - jetzt wird sie „Kunststoffschlosser“. Die Audi AG, Ingolstadt, freut sich mit Blick auf den zunehmenden Facharbeitermangel, wieder einen kostbaren Mitarbeiter gewonnen zu haben. Das Bemühen um fachliche Qualität läßt sich das Automobilunternehmen inzwischen 40 Mill. Mark im Jahr kosten. Außerdem unterstützt der Bund die „Berufsausbildung“ der Ingolstädter. Mit drei Modellen, gespeist aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, wird das präventive Anwerben gefördert.

Doch im Vergleich zu Audis Aufwendungen sind diese Zuschüsse von untergeordneter Bedeutung: Mit 1,2 Mill. Mark wird der Modellversuch „Berufsausbildung jugendlicher Ausländer“ unterstützt; 1,4 Mill. stammen aus dem Topf „Modellversuch Mädchen in gewerblichen Berufen“. Die vorerst 500 000 Mark für den Modellversuch „Neue Technologien in der Berufsausbildung“ müssen die Ingolstädter sogar noch mit anderen Firmen teilen.

Dennoch stellt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gerade Ingolstadt als Musterbeispiel für Weitsicht auf dem Arbeitsmarkt vor. Der Grund: Mit 390 000 im letzten Jahr produzierten Fahrzeugen kam Audi auf einen Jahresumsatz von rund 9,8 Mrd. Mark und beschäftigt in seinen zwei Werken jetzt 38 000 Mitarbeiter - mehr als je in der Geschichte der Firma.

Bei dieser Entwicklung spielte eine wichtige Rolle, daß Dieter Jährling, Leiter des Zentralen Bildungswesens bei Audi, feststellte, daß 1000 Ausbildungsplätze in der Region nicht besetzt sind, weil Mädchen ihre „Traumberufe“ im Friseursalon, im Schneidestudio oder in einer Arztpraxis ausüben wollen und weil eine Scheu vor Metall- und anderen technischen Berufen besteht.

Was tun? Als „richtungsweisenden Schritt“ bezeichnet man in Ingolstadt die Berufsausbildung jugendlicher Ausländer in den beiden Werken hier

und in Neckarsulm. Von den ursprünglich 80 „Azubis“ des staatlich geförderten Modellversuchs auf zusätzlich geschaffenen Plätzen mit sämtlichen nur denkbaren Stützungen traten 70 zur Prüfung an und 63 konnten ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Der Rest wird „in die Produktion übernommen“.

Wichtiger Bestandteil des Modellversuchs war es, daß ausländische und deutsche Jugendliche gemeinsam in integrierten Gruppen ausgebildet wurden. Für die Ausländer gab es zusätzlich sechs Stunden Deutschunterricht in der Woche. Neben dem üblichen Werkunterricht wurde für sie „Stützunterricht“ wegen der schlechten theoretischen Leistungen in der Berufsschule eingeführt. Er

Schweißautomat stehen bleibt, schaltet sich die ganze Computerstraße ab. Kleinere Reparaturen müssen dann von Fachkräften vor Ort übernommen werden - es wäre zu kostspielig, den Reparaturdienst anzufragen.

Aufgrund der Furcht von zu wenig Facharbeitern intensivierte Audi die Durchführung des Modellversuchs „Mädchen in gewerblich-technischen Berufen“. Als man anfing, wurde in der Umgebung von Ingolstadt die Berufsausbildung von Frauen in solchen Berufen abgelehnt.

Inzwischen haben Sätze wie der in einem „Zwischenbericht“ der Firma zum laufenden Versuch die Lage verändert. In diesem Papier hieß es unter anderem: „Die Mädchen besitzen zum Teil mehr Ehrgeiz als die Jungen. Es entstanden nur geringe körperliche Probleme (schwerer heben). Es ergaben sich keine medizinischen oder ergonomischen Einschränkungen.“

Außerhalb solcher Kriterien hat man in Ingolstadt mit Frauen am Arbeitsplatz auch noch andere angenehme Erfahrungen gemacht. Dieter Jährling: „Frauen bleiben - Jungen gehen zum ‚Bund‘ und bleiben danach fern, weil sie woanders neue Sozialpartner entdecken.“ „Neue Technologien in der Berufsausbildung“ schließlich wird ein Förderprogramm werden, von dem ein Sprecher des Bildungsministeriums sagt, daß sein Ende trotz des eher winzigen Anfangs unabsehbar sein wird.

Mit den bisher vermittelten Ausbildungsinhalten über Pneumatik und Hydraulik kommt wohl kein Betrieb, erst recht nicht der in Ingolstadt, fern aus. Die Kombination beider Bereiche mit Mikroelektronik bis zu speicherprogrammierten Steuerungen verlangt Fachkräfte neuer Art. Allein die Vermittlung der Qualifikation „Steuerungstechnik“ beträgt für angehende Mechaniker und Maschinenschlosser zehn Monate. Langer Vorlauf: Der Modellversuch umfaßt die Zeit von Oktober 1986 bis März 1988. Gesicherte Ergebnisse sind um 1990 zu erwarten.



Mit Einzelprojekten unterstützt der Bund, daß junge Ausländer als Facharbeiter ausgebildet werden

FOTO: MANFRED VOLLMER

Heye-Glas auf dem Vormarsch

Das wichtigste Exportprodukt ist die Bierflasche

dos, Hannover
Die Glasfabrik Hermann Heye, Obernkirchen, nach eigenen Angaben einer der bedeutendsten Behälterglas-Hersteller in Europa, hat im Geschäftsjahr 1985 die Marktstellung weiter stärken können. Mit einer Umsatzsteigerung um knapp 20 Prozent auf 285 (1984: 240) Mill. DM sei eine über dem Branchendurchschnitt liegende Entwicklung zu verzeichnen. Zahlen zur Ertragslage will die Geschäftsführung des Familienunternehmens nicht nennen. Auch in dieser Hinsicht aber gebe es Anlaß zur Zufriedenheit, wenn die Branche zum Vergleich herangezogen werde. Zuversichtlich werden die Aussichten im laufenden Jahr eingeschätzt. Heye rechnet erneut mit einem deutlichen Umsatzzuwachs. Mit Sicherheit werde die 300-Mill.-DM-Marke überschritten. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung habe das internationale Geschäft. Dazu gehören die Vergabe von Lizenzen für Verfahren, die von Heye entwickelt wurden, die Lieferung von Anlagen und der Bau kompletter Hohlglasfabriken.

Daneben hält das Unternehmen gemeinsam mit einheimischen Partnern Beteiligungen an ausländischen Firmen. Die daraus realisierten Umsatzerlöse werden auf rund 50 Mill. DM beziffert. Den Exportanteil am Gesamtumsatz bezieht die Geschäftsführung auf mittlerweile 30 Prozent. Wichtigster Exportartikel sei die Bierflasche.

Nach Angaben der Geschäftsfüh-

rung hat Glas als Verpackung seine feste Position auf dem Markt, obwohl der Behälterglasabsatz bis 1983 nur stagnierte. In den Folgejahren hingegen sei es zu einer Absatzbelebung um durchschnittlich 2,5 Prozent gekommen.

Preiserhöhungen seien in der letzten Zeit nicht möglich gewesen. Derzeit beobachtet man bei der Hereinnahme von Aufträgen sogar sinkende Notierungen. Der Preisverfall könne aber in diesem Jahr durch den Rückgang der Energiekosten ausgeglichen werden. Für 1987 sei indes aus heutiger Sicht ein Anstieg der Preise um zwei Prozent unverzichtbar, um die zu erwartenden Kostensteigerungen aufzufangen.

Die Investitionen, die in den beiden vergangenen Jahren bei jeweils 14 Mill. DM lagen, sollen in diesem Jahr kräftig auf 40 Mill. DM erhöht werden. Heye errichtet derzeit einen 40 000 Quadratmeter großen Hallenbau, der Mitte 1987 fertiggestellt wird. In den beiden Werken in Obernkirchen und Gernersheim beschäftigt das Unternehmen rund 1500 Mitarbeiter.

Das Kapital des Unternehmens ist 1985 von 24 Mill. DM auf 30 Mill. DM aufgestockt worden. Es wird von den Familien Baum (60 Prozent) und Heye gehalten. Mit Wirkung vom 1. Oktober wurden Hans-Dieter Hillen und Ulrich Buschmeier als persönlich haftende Gesellschafter in die Geschäftsführung der Firma Hermann Heye berufen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: a) Theodor Peitz GmbH & Co. KG, Ahlen; b) Peitz GmbH, Ahlen; Bremen: Nachl. d. Heinrich Günther Tittmann; Essen: Helmut Lenatz, Inh. v. Glas- u. Gebäudereinigungsfirmen; Göttersloh: A. P. Sportmoden - Produktions- u. Vertriebsges. mbH, Rietberg 2; Iserlohn: Nachl. d. Günter Gebhardt; Mainz: Nachl. d. Dietmar Rudolf Johannes Mayer, Klein-Winternheim; München: Exklusiv-Haus - Baubetreuungsge- mbH; Interbau Bauträgerges. mbH; L.L.: Nachl. d. Margareta Müller; Creative-Küchen Handelsges. mbH; Nachl. d. Haus Philipp Friedrich Zwack; Regensburg: Nachl. d. Eilfriede Gabriele Schwarzbeck; Bestingen: Interieur Innendekoration GmbH; Seelweiser: Nachl. d. Erich Schmidt; Breckenfeld: Nachl. d. Horst Schmidt; Breckenfeld; Trier: Nachl. d. Johanna Weiland geb. Zindel.

Anschluss-Konkurs eröffnet: Arnberg: Beckenkirch Fahrradfabrik GmbH u. Co. KG, Arnberg-Oever-

trop; Beckenkirch Fahrradfabrik Verwaltungs-GmbH, Arnberg-Oevertrop; Flensburg: Flensburg-Schiffbau-Ges. mbH; Harmsdorf: Werften GmbH, Hamburg 50; A. F. Harmsdorf & Co. GmbH, Hamburg 50; Hamburg-Westströme Linie GmbH, Hamburg 11; America-Africa Line GmbH, Hamburg 11; Break Bulk & Container Line GmbH, Hamburg 11; International Transport Management Beteiligungs-Ges. mbH, Hamburg 11; Ludwig Dittmer GmbH, Hamburg 56; C. Fr. Duncker & Co. GmbH, Hamburg 58; Büsummer Werft GmbH, Büsum; Harmsdorf Consulting & Engineering GmbH, Hamburg 50; Schlichting-Werft GmbH, Lübeck-Travemünde; Otto Schüller GmbH, Bantzen- u. Korrosionsschutz, Duisburg 1.

Vergleich beantragt: Bocholt: Metelener Bekleidungs-GmbH, Metelen; Hamm: Reimann Offsetsdruck GmbH; Löhnderscheid: B. Bartschat GmbH & Co. KG, Neuenrade; Wesel: Reizka Medizintechnik GmbH.

Die Position am Markt verbessert

Öffentliche Versicherer im laufenden Jahr mit gedämpftem Prämienwachstum

K. H. STEFAN, Nürnberg
1986 wird sich nach den Worten des Sprechers der öffentlich-rechtlichen Versicherer in der Bundesrepublik, Heinz Sievers, die Ertragsituation in der Kfz-Versicherung deutlich verschlechtern. „Nicht nur aus unseren Statistiken, sondern auch nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Zahl der Verkehrstoten und die der im Straßenverkehr verletzten Personen erheblich zugenommen.“ Unfälle mit Personenschäden stiegen um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Zahl der Getöteten wuchs um 8,2 Prozent, und die Zahl der verletzten Personen übertraf das Vorjahresergebnis um 7,8 Prozent.

Da auch die Unfälle mit Sachschäden gestiegen sind, hat sich die Zahl der gemeldeten Schäden schneller erhöht als die Zahl der versicherten Risiken, so daß die Schadenhäufigkeit des Vorjahres nicht zu halten sein wird. Sievers: „Nach dem guten Jahr 1985 bedeutet die erwartete Verschlechterung zwar nicht, daß wir 1986 in die Verlustzone geraten, doch kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß die Erträge geringer aus-

fallen und im nächsten Jahr nicht mehr so hohe Rückvergütungen zu erwarten sind wie 1986.“

Mit einem Beitragszuwachs um 6,8 Prozent auf 10,6 Mrd. DM haben die Öffentlichen 1985 ihre Marktposition ausgebaut. Rund 3,6 Mrd. DM davon entfielen auf die Sach- und 3 Mrd. DM auf die HUK-Versicherer sowie 3,4 Mrd. DM auf die Lebensversicherer, deren Bestand erstmals die 100-Mrd.-DM-Marke überschritt.

Auch die zwölf öffentlichen Lebensversicherer werden 1987 bei Anhebung des Rechnungszinses von drei auf 3,5 Prozent sowie unter Berücksichtigung der neuen Sterbetafeln ein neues Tarifwerk in Kraft setzen. Sievers betonte anlässlich der Mitgliederversammlung der Öffentlichen, man werde bei der Neuregelung der Rückkaufwerte nicht einheitlich vorgehen. Hier werden beide für die vorzeitige Kündigung vorgesehenen Modelle angewendet, also die Erstattung von 50 Prozent der ab dem ersten sowie von 65 Prozent der ab dem zweiten Jahr gezahlten Beiträge. Auf die Endleistung haben die unterschiedlichen Regelungen, so Sievers,

„keinen nennenswerten Einfluß, weil die Haftzeiten für die Provisionen des Außendienstes entsprechend unterschiedlich geregelt werden.“

Im ersten Halbjahr 1986 mußten die öffentlichen Lebensversicherer ein von der Vertragszahl her um 1,4 (Branche plus 1,7) Prozent geringeres Neugeschäft hinnehmen, während nach der Vertragssumme ein Plus von 6,6 (Branche 3,1) Prozent auf 7,2 Mrd. DM erzielt wurde.

Für 1986 wird bei den öffentlichen Sachversicherern der Prämienzuwachs deutlich geringer ausfallen, weil kein Bedarf an Prämiensteigerungen besteht. Bei einem Beitragszuwachs um 3,8 Prozent stiegen die Schadenzahlungen um mehr als fünf Prozent, so daß man mit einer leicht steigenden Schadenquote rechnen muß.

Bei den 17 öffentlichen HUK-Versicherern verlangsamte sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres das Beitragswachstum auf 4,6 Prozent. Dies begründete Sievers mit der fehlenden Notwendigkeit von Tarifänderungen. Prämiensteigerungen seien also echter Bestandszuwachs.

Sprick ebnet Kalkhoff den Weg

dos, Oldenburg

Die endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal des Cloppenburg-Fahrradherstellers Neue Kalkhoff Werke GmbH ist noch immer nicht gefallen. Der Oldenburger Wirtschaftsprüfer Horst Klose, der die Interessen des Kalkhoff-Gesellschafts GBU (Gesellschaft für Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen) vertritt, rechnet aber mit einer schnellen und für Kalkhoff positiven Lösung. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist gestern realisiert worden: Der Gütersloher Fahrradhersteller Julius Sprick, der selbst in größte finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, hat sein Kalkhoff-Engagement gelöst. Nunmehr geht es noch darum, die Sprick-Lieferanten zum Verzicht auf eine Durchgriffshaftung gegenüber Kalkhoff zu bewegen.

Wenn die genannten Forderungen sich realisieren lassen, will die GBU 2 Mill. DM neues Kapital zur Verfügung stellen. Weitere 2 Mill. DM wollen die Banken für die Finanzierung der Vorräte aufbringen, damit die Fahrradproduktion in den Wintermonaten weitergehen kann.

Japanische Töne bei deutschen Virtuosen

adh, Frankfurt

Die Japaner versuchen, am deutschen Musikinstrumentenmarkt dauerhaft Fuß zu fassen, argwöhnt der Bundesverband der deutschen Musikinstrumentenhersteller und verweist auf erste Fälle, wo japanische Hersteller, wie in Japan üblich, auch in den Handel eingestiegen sind. Es wäre schlimm, wenn die Unabhängigkeit des deutschen Musikfachhandels nicht erhalten bliebe, sondern die individuell strukturierten 2000 deutschen Musikhändler durch Einzelhandelsketten japanischer Großunternehmen ersetzt würden, betonte Verbandsvorsitzender Horst Link.

Insgesamt jedoch sieht sich die Branche wieder im Aufwind. Im vergangenen Jahr wurde von 100 Industrie- und 250 Handwerksbetrieben gut eine Mrd. DM Umsatz erzielt. 70 Prozent der Produktion wird exportiert. Und gerade hier wettern die Japaner, die die deutschen Instrumentenexporte in ihr Land nicht stärker wachsen lassen wollen und deutsche Hersteller von der Musikmesse in Tokio ausschließen.

Atomstrom nach Tschernobyl

Weltenergie-Konferenz: Industrieländer steigen nicht aus

HANS MICHAELIS, Cannes
Gestern hat die große Auseinandersetzung über die zukünftige Rolle der Kernenergie in einem Round-table-Gespräch begonnen. Der Generaldirektor der Wiener Wiener Atomenergie-Agentur, H. Blix, berichtete über die Ergebnisse der Auswertung des Unfalls in Tschernobyl. Er verwies auf die beiden in der Folge von Tschernobyl verabschiedeten internationalen Abkommen: Über Mitteilungspflichten bei Nuklearenfällen und über internationale Hilfeleistungen. Blix schloß mit der Feststellung: „Dies war ein schwerer Unfall, ein Unfall der aber keineswegs gravierender war als andere Unfälle etwa der in Bhopal (Indien)“. Man sei sich einig, daß dieser Unfall kein Anlaß sein dürfe von der Kernenergie abzugehen. Er zitierte Gorbatschow mit der Feststellung, im weltweiten Rahmen könne es sich keine Energieversorgung ohne Kernenergie vorstellen.

Weltweit steuert die Kernenergie immerhin 15 Prozent zur Elektrizitätsversorgung bei; bis 1990 wird dieser Anteil auf 20 Prozent gestiegen sein. H. Krämer, Vorstandsvorsitzender der Preußen Electric, unterrichtete über den gegenwärtigen Austausch der Kernenergie in der Bundesrepublik und über die Ausstiegsk Diskussionen. Auch in der Konfrontation mit den Berichten aus Frankreich, Japan und vor allem der UdSSR zeigte sich, daß unter den großen Industrieländern einzig die Bundesrepublik an einen Ausstieg denkt. Eindrucksvoll wurde dies bestätigt durch die Feststellung des Vorsitzenden R. Carle (Frankreich), gegenwärtig sei weltweit eine Kernenergieleistung von 238 Gigawatt in Betrieb (davon 17 Gigawatt in der Bundesrepublik). Diese Leistung werde bis 1990 auf 378 Gigawatt und - voraussichtlich - bis 1995 auf 448 Gigawatt, also fast auf das Doppelte steigen. In diesem Zeitraum wird die nukleare Leistung der UdSSR und die übrigen Ländern des Comecon etwa viermal so hoch wie heute steigen. Sie wird dann größer sein als die der USA, der Länder der europäischen Gemeinschaft, oder des Restes der Welt.

Dies wurde unterstrichen durch den Bericht des Delegierten V. Legasov. Auf eindringliche Befragung hin stellte er fest, daß nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand nach dem Fall Tschernobyl kein Anlaß zu einer Änderung des jetzigen Nuklearbauprogramms bestehe. Um die Si-

cherheit der Reaktoren des Typs von Tschernobyl zu erhöhen werde man zusätzliche Absorberstäbe und Kontrollstäbe einsetzen, die verhindern, daß Kontroll- und Abschaltmechanismen willkürlich außer Funktion gesetzt werden.

Von besonderem Interesse war ein Bericht über den Kernenergieausbau in Japan. In diesem Land hat der Unfall von Tschernobyl kaum Folgen gehabt. Es ist geplant die Kernenergieleistung bis zum Jahre 2010 von 25 auf 87 Gigawatt auszubauen. Die Kernenergie wird damit ihren Anteil an der Stromversorgung von rund einem Viertel auf rund die Hälfte erhöhen.

Alle Teilnehmer an der Gesprächsrunde stimmten in der Feststellung

Anzeige
Die STREIF AG informiert:

50.000 Häuser Vertrauenskapital
Weit über 200.000 Menschen - mehr als die Städte Kassel, Saarbrücken oder Mainz Einwohner haben - leben heute bereits in STREIF-Markenhäusern. Und jedes Jahr kommen ein paar Tausend dazu.

Erfahrungen und Know-how, die beim Bau von weit mehr als 50.000 Häusern erworben wurden, stecken deshalb in jedem Markenhause, das STREIF heute baut. Und ein solches Haus erfüllt alle Wünsche nach individuellem Wohnen. Außerdem bietet es Qualität und Sicherheit, in der sich Bewohner ein Leben lang wohlfühlen können.

Mehr als 50.000 Häuser Vertrauenskapital - auch deshalb ist die STREIF AG in Europa einer der führenden Hersteller von Ein- und Zweifamilienhäusern.

überein, daß es bis zur Jahrhundertwende zu einer sensiblen Erhöhung der Ölpreise und damit möglicherweise zu einer neuen Ölkrise kommen wird. Alle Teilnehmer unterstrichen zugleich, daß der Ausbau der Kernenergie dazu beitragen wird die Schadstoffemissionen von Kohle durch Öl- und Gaskraftwerke in Grenzen zu halten und damit dem Waldsterben Einhalt zu gebieten. Mehrere Teilnehmer warnten zugleich davor durch eine Verzögerung im Ausbau der Kernenergie die Gefahr einer Klimakatastrophe zu verstärken.

Schon mal was von Exigenzen gehört?

Für die Berliner Bank ist es äußerst wichtig, die speziellen Exigenzen ihrer Kunden abzudecken. Denn besonders im Bankgeschäft muß sich jede Problemlösung an den jeweiligen Bedürfnissen und Erfordernissen - sprich Exigenzen - orientieren.

Deshalb ist jede unserer Niederlassungen mit eigenen Fachabteilungen ausgestattet. So unterstützen beispielsweise die Experten unserer Kreditabteilungen Sie bei der Analyse von Finanzierungsproblemen und geben Ihnen effiziente Beratung direkt vor Ort. Mit der erforderlichen Flexibilität und Kompetenz finden Sie gemeinsam mit Ihnen individuelle und optimale Finanzierungsösungen.

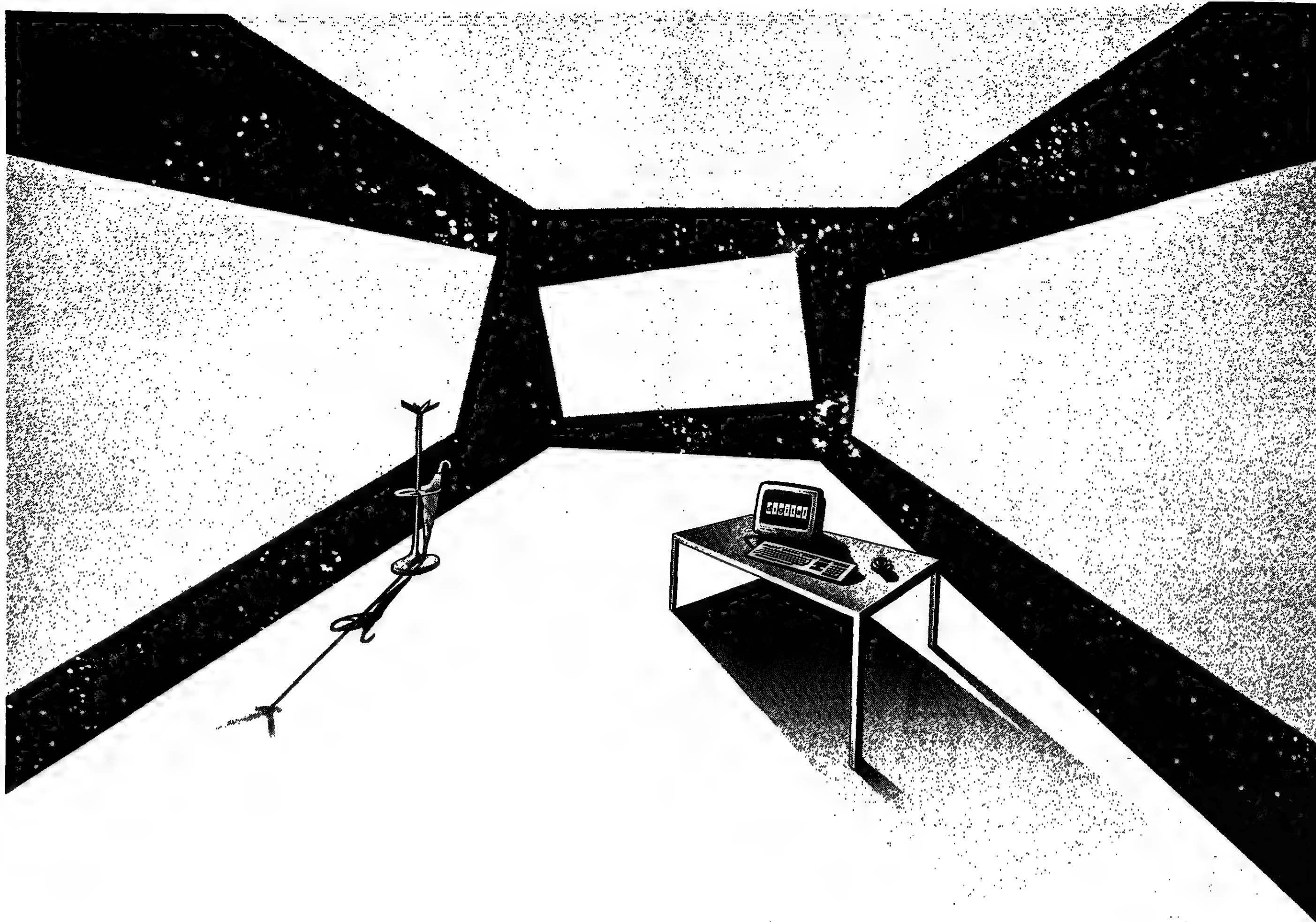
Daß diese stets Ihren Bedürfnissen entsprechen, garantieren nicht nur die Experten in unseren Niederlassungen, sondern auch die Berliner Bank selber. Denn schließlich gehört sie mit einer Konzernbilanzsumme von 27 Mrd. DM zu den größten privaten Geschäftsbanken Deutschlands.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden kann.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN DÜSSELDORF FRANKFURT HAMBURG HANNOVER MÜNCHEN STUTTGART LONDON LUXEMBURG





DEC-Bilanz 1986: Vorstoß in neue Dimensionen.

1986 wird als eines der erfolgreichsten Geschäftsjahre in die Geschichte der Digital Equipment GmbH eingehen. Denn mit dem Überschreiten der Milliarden-DM-Grenze wurde eine neue Umsatzdimension erreicht. Mit einem Plus von 20 Prozent lag der Zuwachs der Umsatzerlöse weit über dem Branchendurchschnitt. Günstige äußere Rahmenbedingungen sowie eine solide Finanz- und Investitionspolitik waren die Grundlage für dieses Ergebnis. Gemeinsam mit einer konsequenten Strategie in den Bereichen Produktinnovation und Personalpolitik. So gelten die VAX-Rechner von DEC als die Standardsysteme im 32-Bit-Bereich. Und DEC ist technologischer Vorreiter bei Netzwerken und auf dem Gebiet der Systemintegration. Eine Leistung, an der jeder einzelne der mittlerweile 2.655 DEC-Mitarbeiter Anteil hat. 2.655 sichere Arbeitsplätze, davon 554 in diesem Jahr neu geschaffen. Hinzu kommen Investitionen in Höhe von 91 Mio. DM. Und die Einführung der amerikanischen DEC-Aktie an der deutschen Börse. Auch das sind Schritte in eine neue Dimension, auf die wir stolz sind.

Digital Equipment GmbH, München

Bilanz (in TDM)	30. 6. 1986	30. 6. 1985
Aktiva:		
Anlagevermögen	115.296	62.439
Vorräte	156.873	206.037
Forderungen	222.306	182.107
Banken	21.841	17.086
Sonstiges Umlaufvermögen	16.820	17.389
Bilanzsumme	533.136	485.058
Passiva:		
Stammkapital	85.000	40.000*
Rücklagen	5.886	5.886
Bilanzgewinn	11.124	7.518
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	295.618	329.255
Andere Verbindlichkeiten	135.508	102.399
Bilanzsumme	533.136	485.058

Gewinn- und Verlustrechnung (in TDM)	30. 6. 1986	30. 6. 1985
Umsatzerlöse	1.090.625	908.546
Bestandserhöhung	1.325	4.516
Gesamtleistung	1.091.950	913.062
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	701.901	606.749
Rohertag	390.049	306.313
Sonstige Erträge	13.634	6.829
Personalaufwand	210.921	155.789
Abschreibungen	38.998	29.838
Zinsaufwand	1.563	311
Steuern	13.838	8.810
Sonstige Aufwendungen	128.090	110.876
Jahresüberschuß	10.273	7.518
Gewinnvortrag vom Vorjahr	851	-
Bilanzgewinn	11.124	7.518

Davon 20.000 TDM geleistete Einlagen für beschlossene Kapitalerhöhung.

Digital Equipment Corp., Maynard (Mass.)

Bilanz (in TSD\$)	30. 6. 1986	30. 6. 1985
Aktiva:		
Banken	1.910.933	1.080.180
Forderungen	1.903.287	1.538.955
Vorräte	1.199.756	1.756.167
Sonstiges Umlaufvermögen	292.272	262.526
Anlagevermögen	1.867.078	1.731.029
Bilanzsumme	7.173.326	6.368.857
Passiva:		
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.082.419	943.609
Langfristige Verbindlichkeiten	363.080	870.649
Eigenkapital	5.727.827	4.554.599
Bilanzsumme	7.173.326	6.368.857

Gewinn- und Verlustrechnung (in TSD\$)	30. 6. 1986	30. 6. 1985
Umsatzerlöse	7.590.357	6.686.316
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.282.099	4.087.475
Aufwand für Forschung und Entwicklung	814.138	717.273
Aufwand für Vertrieb und Verwaltung	1.665.411	1.431.769
Zinsen	<28.820>	18.977
Ertragssteuern	240.109	<15.860>
Gewinn nach Steuern	617.420	446.682
Gewinn je Aktie	\$ 4.81	\$ 3.71

„Sanktionen schaden der farbigen Bevölkerung“

Deutsche Südafrika-Politik bietet kein Konzept für die Zukunft – Durch Wirtschaftsbelebung Apartheid überwinden

Von WOLFGANG FRICKHÖFFER

Die Befürworter von Sanktionen gegen Südafrika erfreuen sich derzeit großer Popularität. Dabei ist zur Überwindung der Apartheid das genaue Gegenteil von Sanktionen das wirksamste Mittel: Nämlich größtmögliche Ausweitung von Investitionen und Käufen in Südafrika ohne jede Diskriminierung.

Es reicht allerdings nicht, mit simplen Formulierungen die verfehlte Sanktionsabsicht gegen Südafrika zu bekämpfen. Sanktionen würden, so heißt es, nicht greifen oder, wenn doch, vor allem die farbige Bevölkerung innerhalb und außerhalb Südafrikas treffen. Außerdem sei der Lebensstandard der Schwarzen in Südafrika höher als in unabhängigen Staaten Afrikas. Auch würden wir riskieren, daß unsere Investitionen, Exporte, Arbeitsplätze und Rohstoffbezüge geschädigt würden, und es könne nicht in unserem Interesse sein, daß in Südafrika ein neuer kommunistischer Herd entsteht. Dies ist alles richtig, genügt aber nicht.

In dieser Diskussion herrschen nicht nur Blindheit und Ideologie, Unkenntnis und Naivität, vielmehr fehlt einigen Beteiligten auch die moralische Legitimation. Dazu gehören Politiker und Ideologen innerhalb und außerhalb Südafrikas, die nicht Freiheit und Wohlstand, sondern die Schaffung der revolutionären Situation zur Errichtung einer sozialistischen Diktatur im Auge haben. Dazu gehören bestimmte Medien und politische Gruppen, die in unlauterer Disproportionalität Schwachpunkte in nichtkommunistischen Ländern gewaltig aufblähen, die viel größeren im Sozialismus aber in den Hintergrund schieben. Moralisch könnte man über einen Südafrikaboykott erst lange nach einem Boykott der Sowjetunion und anderer kommunistischer Staaten reden.

Dazu gehören aber auch sachkundige Besserverwisser, die nur die Abschaffung der Apartheid fordern, ohne einen konstruktiven Gedanken daran zu verwenden, welche Organisationsform danach bestehen sollte (und könnte) und wie man dabei von außen behilflich sein könnte. Auch die deutsche Südafrika-Politik hat keine derartigen Vorstellungen, kein diesbezügliches Konzept für die Zukunft. Aus allen diesen Gründen ist es höchste Zeit, Alarm zu schlagen

und ein Konzept anzunehmen, noch besser anzubieten.

1. Sanktionen jeglicher Art und jeglichen Grades sollten völlig ausschließen. Sie schädigen nicht nur besonders die nicht-weiße Bevölkerung, die Gastarbeiter aus Nachbarstaaten und diese Staaten selber, und zwar auch dann, wenn Südafrika nicht den Handelsverkehr der Anrainerstaaten als Vergeltung erschwert. Vielmehr schädigen Sanktionen – auch wenn sie nur „selektiv“ praktiziert werden – auch die Keimzelle schwarzer Selbstständigkeit, nämlich den schwarzen Mittelstand.

2. Die Forderung nach Verzicht auf Sanktionen jeglicher Art und jeglichen Grades bedeutet konkret das Gegenteil dessen, was gegenwärtig überall im Gespräch ist: Kein Einfrieren von Guthaben, keine Verweigerung von Landrechten, kein Visumzwang für Südafrikaner, keine Einschränkung von Produktion, Investitionen und Kapazitäten, kein Abzug ausländischer Unternehmen, keine Beschränkung für die Importe südafrikanischer Produkte, keine Unterbindung kultureller, wissenschaftlicher und sportlicher Kontakte (mit allen dortigen Bevölkerungsgruppen), keine Bremse für Waren und Kapitalexperte, keine Einschränkung der Hermesbürgschaften, keine Diskriminierung bei den erweiterten Garantien für Risiken deutscher Direktinvestitionen.

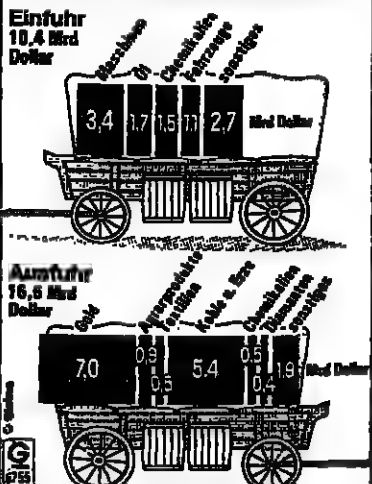
3. Statt dessen volle Freiheit für Investitionen und Käufe in Südafrika, freier Kapital- und Warenverkehr in beiden Richtungen für Wirtschaft und Regierungen (außer Waffen), also Marktbefreiung in jeder Hinsicht ohne Diskriminierung, Kontingente und Protektionismus. Dies alles sind Marktbefreiungen, soweit sie wirksam von deutscher Seite vorgenommen werden können. In Südafrika Bedingungen zu schaffen, die dies begünstigen, ist Sache der dortigen Politik.

4. Die ökonomische Entwicklung Südafrikas mit größtmöglichen Investitionen und Käufen des Auslandes ist als Basis für eine politische Entwicklung mit mehr Teilhabe aller Gruppen unerlässlich. Sollten gerade wir Deutsche uns nicht daran erinnern, in welchem Maße der Aufbau unserer Nachkriegsdemokratie gefördert und stabilisiert wurde durch den

wirtschaftlichen Aufschwung und Ludwig Erhards Politik zur Öffnung der Grenzen?

5. Der allerwichtigste Effekt aber: Eine wirtschaftliche Belebung in Südafrika erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften über die Zahl der weißen Arbeitnehmer hinaus und sprengt die frühere (zwar de jure abgeschaffte, aber de facto partiell noch wirksame) „job reservation line“. Diese zunehmende wirtschaftliche Gleichstellung gibt den Nicht-Weißen mehr ökonomisches Gewicht, wie das Beispiel der Inder bereits zeigt, und erzwingt

Südafrikas Handel 1985



Gold ist der mit Abstand wichtigste Ausfuhrartikel Südafrikas; der Exportwert betrug 1985 rund sieben Mrd. Dollar. QUELLE: GLOBUS

schließlich organisch und evolutionär auch mehr und mehr politische Mitsprache.

6. Sanktionen dagegen führen aus Gründen wirtschaftlicher Not zu mehr Existenzangst und Verhärtung bei den Weißen und zu Entlassungen und damit zu Verelendung bei der farbigen Bevölkerung. Auch die Anfänge einer weiteren Verbesserung des Bildungswesens für die Nicht-Weißen würden geschädigt. Im übrigen rührt der Widerstand gegen mehr Mitsprache der Farbigen zum wenigsten aus Industrie und Banken, die dafür zu weitblickend denken, sondern mehr aus der Landwirtschaft und vor allem aus der weißen Arbeiterschaft. Anti-„kapitalistische“ Neurose ist hier unberechtigt, gerade die

Wirtschaft bietet keinen Anlaß, sie durch Sanktionen zu schädigen.

Eine Tendenz des Auslands, in Südafrika mehr zu investieren, ist keine Stütze der Apartheid, sondern ein unerlässlicher Beitrag zu ihrer Überwindung. Wenn aber die weiße Leistung nicht mehr geduldet wird, ohne daß organisch schwarzer Nachwuchs daneben sich entwickeln kann, dieser vielmehr noch unter den gegenwärtigen Stand herabgedrückt wird, dann ist dies kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.

7. Wirtschaftsbelebung durch Käufe und Investitionen des Auslandes zu verweigern, statt dessen eine Entwicklung zum Chaos einzuleiten und anschließend für die Behebung der dabei angerichteten Schäden westliche Hilfe zu fordern, sollten wir kategorisch ablehnen. Allenfalls Sanktionsbefürworter sollten dann finanziell herangezogen werden. Wir haben bei Südafrika keinen Anlaß zu Schuldgefühlen. Wir haben im Gegenteil durch die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen schon Erhebliches zur Hebung der Position der Nicht-Weißen getan und können dies durch marktwirtschaftlichen Ausbau der Beziehungen noch steigern.

8. Notwendigkeit und Nutzen verstärkter Wirtschaftsbeziehungen gelten auch für den Fall, daß eine Aufteilung des Landes ins Auge gefaßt wird. Auch dies wird sich leichter bei Wirtschaftsbelebung und besseren Beschäftigungschancen für Nicht-Weiße realisieren lassen.

9. Alle diese Argumente, insbesondere das der nötigen Steigerung der Nachfrage nach nicht-weißen Arbeitskräften durch ausländische Investitionen und Käufe, sollten wir auch in der EG und gegenüber den USA vertreten.

10. Völlig verfehlt ist das Argument, wir dürften uns in der Südafrikapolitik nicht isolieren, nicht als Schlusslicht hinter anderen westlichen Ländern zurückbleiben. Wenn wir für das Gegenteil von Sanktionen eintreten, sind wir nicht die letzten Helfer des Regimes in Pretoria, sondern die ersten, die von außen nicht mit scheinsozialen Ideologien, sondern mit realistischen Maßnahmen zum Abbau der Apartheid beitragen.

Der Autor ist Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg

„Führungsstrukturen längst überholt“

Unternehmensberatung Baumgartner: Neugestaltung auch Chance zur Vitalisierung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In der Neugestaltung der Führungsstruktur liegt eine „einmalige Chance zur Vitalisierung des Unternehmens“. Das derlei Notwendigkeit zur Anpassung in der Wirtschaft vielfach nicht erkannt wird beziehungsweise nicht immer die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden, belegt die renommierte Unternehmensberatung Baumgartner + Partner GmbH, Sindelfingen, anhand von Erkenntnissen aus mehr als 200 Untersuchungen.

Danach haben in fast allen Fällen die Unternehmensleitungen über bürokratisches Verhalten ihrer Mitarbeiter geklagt, letztere wiederum klagten über das bürokratische Verhalten ihrer Unternehmensleitungen sowie über bürokratische und ineffiziente Führungsstrukturen. Baumgartner kommt zu dem Ergebnis, daß etwa 30 Prozent aller Industrieunternehmen noch mit Strukturen führen, die längst überholt sind.

Die Strukturen in weiteren 20 bis 30 Prozent der Unternehmen seien „nur mit äußerster Nachsicht noch tolerierbar, im Grunde aber ebenfalls überfällig für die Anpassung an die veränderten Verhältnisse“. Baumgartner konstatiert, daß der Einfluß der Führungsstruktur auf das Unternehmensergebnis, auf den Markterfolg, auf Innovationen, auf Motivation wie auch auf die Wettbewerbsfähigkeit bisher sicherlich weit unterschätzt worden sei. Teilweise sei es

sogar unbekannt, daß zwischen jenen beiden Erfolgskriterien und der Führungsstruktur überhaupt ein Zusammenhang bestehe.

Ein Organisationsplan könne, wie es im „Praxisbrief“ weiter heißt, nur die Art der Führungsstruktur, nicht dagegen ihre Qualität aufzeigen. Unternehmen könnten nämlich durch aus einem stets aktualisierten Organisationsplan besitzen und trotzdem mit einer völlig überalterten Führungsstruktur führen, falls diese dem inneren und auch äußeren Wandel nie angepaßt worden sei.

Die Sindelfinger Unternehmensberatung nennt drei für den Wandel vorrangige Ursachen: An erster Stelle steht der ungeheure Wissenszuwachs, der sich allein schon daraus ergibt, daß die Zahl der weltweit tätigen Wissenschaftler und Forscher sich von etwa 6000 des Jahres 1900 auf inzwischen rund sechs Millionen erhöht hat. Nach einer bekannten Analyse hat sich das Wissen, das sich in den Jahren 1930 bis 1950 verdoppelte, in seinem Wachstumstempo so sehr beschleunigt, daß man für die Zeit von 1980 bis 1990 von einer Versechsfachung ausgeht.

Als zweite Ursache sieht Baumgartner die allmähliche Integration der Volkswirtschaften in eine Weltwirtschaft an. Dieser Prozeß sei in vollem Gange und alle bedeutenden Unternehmen spürten ihn durch die Internationalisierung des Wettbe-

werbs. Eine dritte Ursache wird im Wandel der Gesellschaft ausgemacht. So biete denn auch die ständige Anpassung der Führungsstrukturen an Veränderungen des Marktes, an neues Wissen, Technologien und Gesellschaft die beste Vorsorge gegen Bürokratisierung.

Jede Organisation funktionierte nur in jenem Maße, wie die betroffenen Menschen qualifiziert und bereit seien, sie zu tragen. Stelle sich die Lösung als gut heraus, so sei die erste Hälfte bereits gewonnen. Die zweite Hälfte bestehe aus den Personen, die Entscheidungen treffen müssen. Die Erkenntnis sei nicht neu, daß die Mitglieder von Vorstands- und Geschäftsführungsgremien nicht Spezialisten, sondern Generalisten sein sollten, in Zukunft sogar sein müssen. In den Ebenen darunter müsse nach unten hin zunehmend von wenig viel verstanden werden.

Anzeige

Die BERUFS-WELT in der WELT
bietet Ihnen seltene
Karriere-Chancen.
Nutzen Sie jeden Samstag den großen
Seitenmarkt für Fach- und Führungs-
kräfte. Auf Wunsch 4 Wochen kosten-
los. Telefon: 0130-6010 (Ortsanruf).

DIE WELT
VERLAGS- und DRUCKEREI-GESELLSCHAFT

PERSONALIEN

Gerhard Eyohmüller, langjähriges Mitglied der Vorstände der Gothaer Lebensversicherung a. G. und der Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Göttingen, wird heute 65 Jahre.

Dr. Kurt Andreas, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Ausgleichsbank, vollendet am 10. Oktober sein 60. Lebensjahr.

Präsident Dr. Reinhold Kistling, im Vorstand des Württembergischen Genossenschaftsverbandes für die Raiffeisen-Waren Genossenschaften verantwortlich, vollendet am 10. Oktober 1986 das 80. Lebensjahr.

Peter W. Selle (42), zuletzt Verkaufsleiter und Assistent der Geschäftsführung bei der Pfingststädter Brauerei, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1986 zum Verkaufsleiter

bei der Henninger-Bräu AG, Frankfurt, bestellt.

Manfred Ranser wurde mit Wirkung zum 1. Oktober die Generalvollmacht der Württembergischen Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, erteilt. Außerdem wurde er zum Leiter der Sparte Objektgeschäft berufen.

Klaus Laufen (43), bisher in der Investitionsgüterindustrie als Finanzdirektor tätig, ist seit dem 1. Oktober 1986 Leiter der Geschäftsstelle München der WFG Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH, Frankfurt.

Ludwig Eberhardt wurde als Nachfolger von Dr. Peter Bruckmann zum Präsidenten des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) e. V. gewählt. Zu Vi-

zepräsidenten wurden Manfred Harkamp und Heinrich Walch bestellt.

Dr. Heinrich Brands, Rainer P. Buchheld und Manfred Schobert sind zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, ernannt worden.

Rolf Ginnewig ist seit dem 1. Oktober Technischer Geschäftsführer der Hamburger Gaswerke GmbH (HGW), Hamburg.

Nicolaus H. Schilling, Ehrenpräsident von Gesamttextil, ist am 5. Oktober in Bremen im Alter von 83 Jahren gestorben.

Dr. Manfred Lohmann, Mitglied der DEG, Köln, ist am 5. Oktober im Alter von 56 Jahren gestorben.

interRent mieten.
Immer die meisten Modelle.
Immer die größte Auswahl.
Immer zum günstigen Preis.

Mercedes 300 E
79 Mark + 0,79/km*

pro Tag. An allen Verkehrsflughäfen.

interRent iR
Autovermietung · rent a car

*Übrigens: Wir berechnen Ihnen maximal 230 Mark pro Tag inkl. aller gefahrenen km.



Durch neue Technologien zu neuen Chancen.

Der Schritt in die Hochtechnologie ist für Daimler-Benz ein bedeutsamer Schritt in die Zukunft.

Einmal, um auf diese Weise den technischen Fortschritt des Automobils und damit dessen gesellschaftspolitische Akzeptanz zu sichern.

Zum anderen, um mit zukunftsorientierten Tätigkeitsfeldern wie Antriebstechnik, Elektronik und Kommunikationstechnik unserem Unternehmen neue Wachstumschancen zu eröffnen.

Insbesondere das Automobil, das seit jeher ein technisch anspruchsvolles Produkt ist, wird in Zukunft noch stärker ein wichtiger Träger moderner Technologie sein. Hierzu gehört auch die

Erforschung neuer Werkstoffe und Materialien, wie zum Beispiel der Einsatz keramischer Werkstoffe für den Motoren- und Gasturbinenbau.

Unser Ziel ist es dabei, noch bessere Ergebnisse hinsichtlich Energieverbrauch, Schadstoff- und Geräuschemission sowie Leistung, Lebensdauer und Wartungsaufwand zu erreichen.

Aber auch vom Bereich Elektronik gehen bedeutende Impulse auf die Weiterentwicklung des Automobils aus.

Vielleicht klingt es heute noch utopisch, wenn wir schon von Navigation, automatischer Zielführung und elektronischen Sicherungssystemen im Straßenverkehr sprechen. Aber

irgendwann wird es Realität sein.

Es eröffnen sich somit heute bereits Perspektiven für das Auto der Zukunft, die weit über die klassische Automobiltechnik hinausgehen.

Das Engagement von Daimler-Benz im Hochtechnologiebereich dient also vor allem dazu, die Qualität unserer Produkte und Leistungen zu verbessern und durch ein hohes Know-How zu neuen technischen Lösungen zu kommen.

Denn nur wer es versteht, unter Ausschöpfung aller geistigen und wirtschaftlichen Ressourcen die vielfältigen Technologien auf breiter Basis zu nutzen, wird auf den Märkten der Zukunft Erfolg haben.



FUSSBALL / Nun frühes Aus im Pokal: Mit Werder Bremen scheint es immer mehr abwärtszugehen

Burdenski: „Wir sind nicht mehr die, die wir waren“ – aber Rehagel will davon nichts wissen

BERND WEBER, Aachen
Als sich die Bremer Spieler nach dem Pokal-K.O. im Wiederholungsspiel gegen Alemannia Aachen umzogen, ging in ihrer Kabine plötzlich das Licht aus. Es hatte einen Kurzschluss in der Leitung gegeben. Nichts kann die derzeitige Lage von Werder deutlicher symbolisieren als dieser kleine Zwischenfall. Denn genau das ist die Situation, in der sich der deutsche Vize-Meister nach dem mit 6:7 verlorenen Elfmeter-Drama gegen den Zweitligaklub befindet: Es ist dunkel geworden um die Hanseaten – durch einen Kurzschluss ihres 35-jährigen Torwart-Routiniers Dieter Burdenski, der für das Ausscheiden entscheidenden Elfmeter knapp einen Meter neben das Tor setzte.

Der Bremer Mannschaftskapitän sank nach seinem Fehlschuß verzweifelt auf den Rasen. Die 22.000 Zuschauer auf dem Tivoli stimmten laute Jubelgesänge an, die Alemannen-Spieler drehten, an Burdenski vorbei, ihre Ehrenrunden.

Niemand hat dem Torhüter einen Vorwurf gemacht. Schließlich hatte er vorher schon zwei Elfmeter glänzend abgewehrt, und er war ja auch nicht der einzige Bremer, der beim

Straß-Schießen versagte. Vorher schon waren Manfred Burgsmüller und Mirko Votava an Aachens Schlußmann Johannes Kau gescheitert. Trainer Otto Rehagel versuchte später in der Pressekonferenz so gelassen wie möglich zu wirken. Seine Mannschaft habe alles gegeben, meinte er, aber man müsse nun einmal in Rechnung stellen, daß mit Rudi Völler, Bruno Pezzey, Frank Neubarth und Benno Möhlmann vier wichtige Leistungsträger fehlten. Rehagel zur WELT: „Wenn die wieder dabei sind, werden wir rauskommen aus unserem derzeitigen Tief, denn unsere Moral ist weiterhin intakt.“

Doch ist sie wirklich? Ist es nur Zufall, über großes Pech, eine Verkettung äußerst ungünstiger Umstände, das die Bremer innerhalb von nur acht Tagen im Europapokal ausschieden, durch ein 1:4 bei Bayer Leverkusen wahrscheinlich schon vorzeitig ihre Meisterschafts-Chancen einbüßten und nun auch im Pokalwettbewerb scheiterten?

„Ja“, sagt Rehagel mit aller Entschiedenheit. „Nein“, behaupten seine Kritiker, die bei der Suche nach den Ursachen für die Pechsträhne längst fündig geworden sind und sie

als logische Folge des in der vergangenen Saison verpatzten Meistertitels sehen. Burdenski hat in die gleiche Kerbe, in der er offen zugibt: „Seit einem halben Jahr sind wir nicht mehr die Mannschaft, die wir vorher waren.“ Und da erinnert sich natürlich jeder an den 22. April, als Michael Kutzop in der allerletzten Minute gegen Bayern München einen Strafstoß gegen den Außenposten setzte und somit praktisch die Meisterschaft verspielte. „Der Frust sitzt tief“, stöhnte Mittelfeldspieler Norbert Meier, in Aachen war es deutlich zu sehen.

Wie schon beim 0:0 im Hinspiel brachte Werder auch diesmal in 120 Minuten kein Tor zustande. Was den Schluß zuläßt, daß den Bremern die frühere Lockerheit tatsächlich abhanden geraten ist. Burgsmüller zum Beispiel hat seine Gefährlichkeit eingebüßt, auf dem Tivoli fiel er nur noch durch ständiges Lamentieren auf. Und Kutzop erweckt bei jedem (schwerfälligen) Schritt über den Rasen den Eindruck, als sei er in Gedanken immer noch bei seinem Fehlschuß vom 22. April.

Otto Rehagel will das alles nicht wahrhaben. „Die letzte Saison ist abgehakt. Ich lasse mir da überhaupt

nichts anderes einreden, weder von den Journalisten und von irgendwelchen Psychologen erst recht nicht.“ Gleichwohl, der Grat, auf dem der Trainer wandelt, ist schmaler geworden. Natürlich, er zerstreut sich nach wie vor für seinen Verein. Er ist praktisch rund um die Uhr auf den Beinen, und es ist seine feste Überzeugung, daß die Fans sein unerwünschtes Engagement zum Maßstab ihrer Bewertung machen.

Otto Rehagel hat Werder vor fünf Jahren in der zweiten Liga übernommen, hat Bremen mit seinem Können und mit seiner Schlitzohrigkeit zu einer absoluten Top-Mannschaft gemacht, doch das Erste des höchsten Gipfels ist ihm versagt geblieben. Das zehrt sicherlich an den Nerven.

In letzter Zeit ging es heftig bergab, und wenn diese Entwicklung anhält, sollte, muß sich Rehagel die Frage stellen, inwieweit es Sinn hat, den bis 1990 abgeschlossenen Vertrag einzuhalten. Denn ganz von der Hand zu weisen ist es nicht, daß sich die Bremer halt doch ein bißchen auseinandergelebt haben. Dies ist nicht eine Frage der Schuldzuweisung, die Umstände haben sich so entwickelt.

Konflikt: Wollen und Können

Von FRITZ STEMME

Die psychologische Situation beim SV Werder ist zur Zeit erbärmlich. Doch kommt diese Entwicklung nicht überraschend. Zu viele psychologische Fehler wurden von Trainer und Mannschaft gemacht. Jahrelang wurde erklärt, Werder sei noch keine Klassemannschaft, um die Meisterschaft zu erringen und international mitzumischen. Doch als die Situation da war, mußte man ein positives Selbstbewusstsein zur Schau stellen, dem die innere Überzeugung fehlte.

Das ins Unterbewusstsein verdrängte Minderwertigkeitsgefühl ließ sich in der Endphase der letzten Saison nicht mehr umstimmen. Es wurde aber in der Zwischenzeit auch nicht aufgearbeitet. Das Präsidium ließ sich durch die Erfolge blenden und hoffte auf neue, warnende Stimmen wurden überhört.

So fielen bei Werder einige dem psychologischen Mechanismus der Projektion zum Opfer. Der besteht darin, die eigenen Motive der Unsicherheit anderen in die Schuhe zu schieben. Das eine Mal waren es die Schiedsrichter, das andere Mal die Fans, die Werder das Spiel verdarben.

Dann wiederum sollten es die Eitelkeit der Kritiker sein und die bösen Absichten derer, die Werder nicht mögen. Man übersah dabei, daß die Empfindlichkeit des Trainers gegenüber den Medien einen psychologischen Rückschlag auf die Mannschaft hatte. Große Trainer, so hatte der Werder-Präsident Böhmert verkündet, prägen den Charakter der Mannschaft nach ihrem eigenen. Doch das hatte er gesagt, als Werder auf der Erfolgswoge schwamm.

Nicht gedacht hatte er daran, daß sein Wort auch umgekehrt gilt.

Hinter jeder Frage eines Journalisten vermutete der Trainer auch eine Falle. Und bei den Spielern stauten sich seelische Probleme. Das ging so weit, daß einzelne Verletzte der Verzweiflung nahe waren, ohne einen Partner zu finden, mit dem sie sich aussprechen konnten. Zweifel griffen um sich, ob Rehagel auch diesmal wieder zum Mißerfolg verdammt sein könnte.

Doch ist der Trainer immer noch gut, wenn es darum geht, eine Mannschaft über Gebühr stark zu motivieren. Er steigert die Leistungsbereitschaft, für die die Werder-Spieler besonders empfänglich sind. Aber dann muß auch die Leistungsfähigkeit erhöht werden. Und hier klappt eine Lücke zwischen Wollen und Können. Ein Konflikt zwischen Anspruch und Erfolg bleibt nicht aus. Es ist, als würde ein Porsche-Motor in einer „Ente“ in Gang gesetzt.

STANDPUNKT

Ich könnte mir denken, daß auch die vielen Verletzungen der letzten Zeit hier eine mögliche Ursache finden. Die Unausgeglichenheit kommt auch in Spielen zum Ausdruck: Gegen die Bayern vor 14 Tagen wie die Hasen, vor einer Woche gegen Athletic Madrid wie die Toreros. Doch kommt es darauf an, einem Zweikampf im entscheidenden Moment zu entgegen und nicht mit jedem Gegner zu kollidieren.

Fritz Stemme (41) ist Professor für Psychologie an der Universität Bremen.

Neue Aufregung in Köln: Thienen ist zurückgetreten

Der 1. FC Köln kommt nicht zur Ruhe. 16 Tage nach der Trennung von Trainer Georg Keßler verläßt Vizepräsident und Schatzmeister Karl-Heinz Thienen den Fußball-Bundesligaklub. Der 46-Jährige ist Diplomkaufmann, der zu aktiven Zeiten 210 Bundesligaspiele für Köln bestritt und als designierter Nachfolger von Präsident Peter Weidmann galt.

Immer noch im Amt, hat er sich seinen Pflichten zu entziehen. Auf der Jahreshauptversammlung am 13. November, wo Thienen die Vertrauensfrage stellen wollte, wird sein Nachfolger gewählt.

In dieser Situation habe ich es für das Beste gehalten. Die Sitzung des Verwaltungsrates zusammen mit dem Vorstand war der richtige Moment“, sagte Thienen, der nach der Entlassung von Keßler in die Kritik geraten war. Zwei Tage vor der Trennung hatte Thienen noch angekündigt, Keßler bleibe bis zum Saisonende im Amt. Ein Zeitungscommentar, der ihn daraufhin der Lüge bezichtigte, gab, so wird im Verein vermutet, den Anstoß zum Rücktritt. Das Vertrauen zum Verwaltungsrat war nicht mehr gegeben.

Es war nach den Vorkommnissen der letzten Woche beschlossene Sache, daß ein Gespräch zwischen dem Vorstand und dem Verwaltungsrat stattfinden sollte“, sagte Mannschaftskapitän Klaus Allofs, „doch ich hatte nicht damit gerechnet, daß Thienen Konsequenzen ziehen würde.“ Geschäftsführer Michael Meier bedauerte den Entschluß: „Persönlich tut mir das schon weh. Man muß sehen, wie gut oder wie schlecht wir nun zurechtkommen.“

Es werde schwer sein, ergänzte er, einen Mann zu finden, der das Verhältnis zwischen der Mannschaft und dem Vorstand so in den Griff bekomme. „Den Sachverstand kann man Thienen nicht absprechen.“

Karl-Heinz Thienen war beim 1. FC Köln seit unumstritten. Wegen seiner Einkaufspolitik und seines strengen Sparskurses in den vergangenen Jahren wurde er auch von Nationaltrainer Toni Schumacher attackiert. Zu Saisonbeginn hatte Thienen tief in die Kasse gegriffen und die Mannschaft durch Investitionen von mehr als drei Millionen Mark verstärkt. Doch der Erfolg blieb aus. Das Team fand sich am Tabellenende wieder und ließ erst unter Keßlers Nachfolger Christoph Daum einen Aufwärtstrend erkennen.

Nach dem überraschenden 4:2-Erfolg in Schalke am vorigen Samstag hatte Thienen noch Freudentänze im Innenraum aufgeführt und die Spieler umarmt. Nichts deutete auf seinen überraschenden Entschluß hin. Auch auf der Sitzung des Verwaltungsrates, erzählte Michael Meier, sei „nichts vorgefallen“. Was Thienes Demission Vorschub geleistet habe, die Frage, ob Dissonanzen mit Präsident Weidmann seine Entscheidung beeinflusst hätten, verneinte Thienen. Über einen möglichen Nachfolger wollte er sich nicht äußern. „Ich bin jetzt Privatmann“, sagte er, „und ich engagiere mich vorläufig nicht.“ Diese Aussage könnte aber auch bedeuten, daß Privatmann Thienen die Entwicklung im Verein bis November 1988 beobachten will. Dann wird in Köln ein neuer Präsident gewählt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zwingendes Völkerrecht

Einmal wohl Selbstbestimmung – wie jedes Volk der Erde? WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

dem Bundeskanzler ist für die klare Formulierung „Selbstbestimmung – wie jedes Volk der Erde“ zu danken. Unverständlich ist aber, wie der Historiker Professor Hillgruber in seiner Fragestellung diese zwingende Völkerrechtsnorm auf das Gebiet zwischen Oder-Neiße und Aachen einengen kann.

Seit 1945 hat das Völkerrecht zwei maßgebende Neuerungen gebracht: das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Ungültigkeit von Verträgen, die gegen zwingendes Völkerrecht verstößen. Unter dem Selbstbestimmungsrecht haben in der Dekolonisierung mehr als eine Milliarde Menschen eine neue staatliche Existenz erlangt. Texte und Praxis bestätigen also seine Rechtswirksamkeit, und es hat sich gegen alle Verträge durchgesetzt, die die Kolonialherrschaft begründet hatten.

Eine der Formen der Selbstbestimmung besteht darin, daß kein Gebiet abgetrennt werden kann, wenn nicht die rechtlich dorthin gehörende Bevölkerung zustimmt.

Schon nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 war die Vertreibung der Bevölkerung aus besetztem Gebiet unzulässig. Das Verbot des Völkermordes (1948) macht die Vertreibungen der deutschen Bevölkerung aus dem Osten und dem Sudetenland zum unverfärblichen Kriegsverbrechen. Die Folge ist der Fortbestand des Rechts auf diese Heimat.

Die Grundsätze der Entschließung des Sicherheitsrats zur Palästinafrage Nr. 242 von 1967 sind auf die deutschen Ostgebiete entsprechend anzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen
Roland Schnürch,
Mitglied der Sudetendeutschen
Bundesversammlung,
Düsseldorf 13

Das Ergebnis

Was auf dem Programmkongreß der Grünen und auf der Bundesversammlung in Nürnberg von den Grünen zu hören war, muß nach den Regeln der sozialistischen Dialektik gelesen und verstanden werden. So wird neben allen starken Parolen mehr verschleiert als allgemein verständlich zum Ausdruck gebracht.

Folglich ist wichtiger, was nicht gesagt worden ist. Erst nach der Wahl wird offenbar werden, was die wirklichen Ziele der „Grünen“ sind, nämlich die Abschaffung des Staates, wie er nach dem Inhalt des Grundgesetzes zu verstehen ist, und eine von Grund auf revolutionäre Gesellschaft. Die Genossin Hannegret Höns, MdL, hat dies alles in der Versammlung wissen lassen in: „Haltet die Schnauze, es ist Wahlkampf!“

Fürwahr, dies ist das eigentliche Ergebnis des Bundesversammlungs von Nürnberg.

Richard Ott,
Emmendingen

Angebracht?

Ob die Energie unserer Regierung und der breite Raum in unseren Medien, die der Apartheid in Südafrika gewidmet werden, angebracht sind, will ich nicht beurteilen, da mir die Verhältnisse dort nicht hinreichend vertraut sind.

Immerhin weiß ich, daß dort nicht Teile der Bevölkerung durch Mauern, Stacheldraht und Schießbefehl von anderen Teilen getrennt werden. Auch gibt es wohl kein Verbot für den Verkehr untereinander, das dem Verbot von „Westkontakten“ in Mitteleuropa entspricht.

Man sollte wirklich erwarten, daß sich unsere Regierung und die Medien zunächst einmal energisch um die Apartheid kümmern, die unserem Volke aufzuzwingen wurde, und mehr Toleranz aufbringen, wenn andere Staaten nach ihrer Fassung selig werden wollen.

Richard Geißler,
Hamburg 40

Außerhalb aller Regeln

Sehr geehrte Herren, die maßgebenden Leute der NH – und zu ihnen gehört auch Breit – haben sich in den Augen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen moralisch und rechtlich vergangen.

Obgleich die moralische Mitverantwortung von Breit unbestritten sein dürfte, wird diesem Mann bei der Anhörung im Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestags ein großer Raum für seine eigene Verantwortung zu bestreiten und die Regierung für den Zusammenbruch der NH verantwortlich zu machen.

Mehr noch: Unter Führung von Breit weigern sich die Bankrotteure, Unterlagen herauszurücken und zuzugestehen, was sie taten.

Und dies in einem Staat, in dem jeder Kleinknecht – völlig zu Recht – den Besuch der Steuerfahndung bekommt, wenn der Verdacht von Schwindeln besteht.

Stehen die Bankrotteure des DGB außerhalb des Gesetzes?

Hochachtungsvoll
Josef Hees,
Odenthal

Schneider will Schickens eine Chance geben? WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, Minister Schneider wundert sich, daß der DGB die Probleme der Neuen Heimat nicht in eigener Regie lösen wollte. Und das wundert mich nicht wieder. Die Zielrichtung des DGB ist doch eindeutig. Herr Jantzen möchte im Bundestagswahlkampf mit Forderungen nach der 35-Stunden-Woche politisch mitmischen. Wie man ihn kennt, wird er ein paar Streiks inszenieren. Dazu brauchen Breit, Jantzen & Co. eine überschaubare Streikkasse, deren Inhalt nicht durch Regressforderungen aus der Neue-Heimat-Flotte gefährdet ist.

Mit freundlichen Grüßen
Alfred Müller,
Allen-Buseck

Bei Kapitalisten kostet eine Eigentumswohnung etwa 190.000 Mark.

Bei Sozialisten ist nur das Zahlenverhältnis reziprok. Da kosten 190.000 Wohnungen eine Mark. Der kleine Negativfaktor sind beschiedene 17 Milliarden Mark. Das wären je bundesbürgerlichen Haushalt runde 1000 Mark.

Die hätten wir doch locker dem DGB vom Weihnachtsgeld abzweigen können.

Alfred Müller,
Allen-Buseck

Linksliberal

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, auf diesem Weg ein Detail in Ihrer Berichterstattung zu den Senatswahlen in Frankfurt richtigzustellen (WELT vom 30. September).

Sie erwähnen dort „die Bewegung der Linken Radikalen“. Das „Mouvement des Radicaux de Gauche“ gehört jedoch mit dem „Centre des Démocrates Socialist“ sowie der „Parti Républicain“ von Valéry Giscard d'Estaing zur „Union pour la Démocratie Française“. Innerhalb dieses Parteienbündnisses vertritt das MRG jedoch nicht linksradikale, sondern vielmehr linksliberale Positionen.

Mit freundlichen Grüßen
Christian von Beesten,
Passau

Würdigung

Für die objektive und liebevolle Würdigung der Person des heiligen Paters von Ars in Ihrer Ausgabe vom 8. 10. 86 möchte ich Ihnen und Ihrer Autorin sehr herzlich danken.

S. Hartmann, Vilar
Remagen

Wort des Tages

„Politik ist die Kunst, die Menge zu leiten: nicht, wohin sie gehen will, sondern, wohin sie gehen soll.“

Joseph Joubert, französischer Moralist (1794-1824)

Personen

BUCHPREMIERE

Horst Osterheld, in den letzten drei Jahren von Kanzler Konrad Adenauer sein außenpolitischer Berater in der Bonner Regierungszentrale, hat ein Buch über den ersten Bundeskanzler geschrieben. Sein Titel „Ich gehe nicht leichten Herzens...“ Untertitel: Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht. Am 20. Oktober wird das Buch im Konrad-Adenauer-Haus vorgestellt. Eingeladen haben die Kommission für Zeitgeschichte und der Matthias-Grünewald-Verlag. Neben Osterheld werden der frühere Minister Dr. Bruno Heck, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Professor Dr. Rudolf Morsey, stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte, das Werk der Öffentlichkeit übergeben.

THEATER

Zum neuen Generaldirektor der Städtischen Bühnen Osnabrück ist der Schweizer Dirigent Jean-François Monnard gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Helmut Finger an. Der aus Lausanne gebürtige Monnard soll sein Amt als Chefdirigent des Osnabrücker Sinfonieorchesters und als Musikalischer Oberleiter des Theaters am 1. August 1988 antreten. Monnard ist zunächst für drei Jahre an Osnabrück gebunden. Bis zu seinem Amtsantritt in Osnabrück wird Monnard als erster Kapellmeister und stellvertretender Generalmusikdirektor am Opernhaus in Wuppertal tätig sein.

KIRCHE

Kardinal Carlo Maria Martini, Erzbischof von Mailand, ist zum neuen Präsidenten des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CEE) gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Kardinal Basil Hume, Erzbischof von Westminster, an, der sich bei der Plenarversammlung in Warschau nicht mehr zur Wiederwahl gestellt hatte. Während der Konferenz besuchten die 27

Vertreter Europäischer Bischofskonferenzen auch das Grab des 1984 von der Polizei ermordeten Priesters Jerzy Popiełuszko.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Michael Grunze von der University of Maine in den USA hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Angewandte Physikalische Chemie der Universität Heidelberg erhalten.

GEBURTSTAG

Die zuletzt als Reiseschriftstellerin bekannt gewordene Wahlmünchnerin Ursula von Kardoff feiert am Freitag ihren 75. Geburtstag.



Ursula von Kardoff

burstag. Schon als junge Journalistin hatte sich die Tochter eines Kunstmalers in Berlin einen Namen gemacht. Nach ihrer Übersiedlung in die bayerische Landeshauptstadt erzielte Ursula von Kardoff in den Nachkriegsjahren mit ihren sehr persönlich gehaltenen „Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942 bis 1945“ beachtlichen Erfolg als Buchautorin und profilierte sich schließlich mit Büchern wie „Richtig reisen“ und „So reist man gut“ auch als Reiseschriftstellerin.

EHRUNGEN

Dem Hamburger Unternehmer und Mäzen Alfred Toepfer ist gestern als erstem Träger die „Alfred Toepfer-Medaille“ der Hansestadt

verliehen worden. Mit der Auszeichnung will der Hamburger Senat Persönlichkeiten würdigen, die sich in besonderem Maße um die Stadtentwicklung oder den Umweltschutz verdient gemacht haben. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi würdigte Toepfer „als weitsichtigen und in der Sache unachgiebigen Wegbereiter des Naturschutzes in Europa“.

Die Deutsche Rheumaliga hat ihren mit 10.000 Mark dotierten Preis 1986 an den Chefarzt der Inneren Abteilung des St. Willibrod-Spitals in Emmrich am Rhein, Walter Krieger, vergeben. Er erhielt ihn für ein Arbeitsmodell zur wohnortnahen Therapie und Versorgung von Gelenkrheumakranken im ländlichen Bereich. Die Arbeit ist vor allem deshalb als besonders preiswürdig angesehen worden, weil die ländlichen Rheumakranken immer noch „hoffnungslos unterversorgt“ sind. Der von dem Chemieunternehmen Ciba-Geigy gestiftete Preis soll Krieger am Samstag in Berlin überreicht werden.

WAHL

Der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland, Martin Krumer, ist auf dem zwölften Bundeskongreß in Hannover wiedergewählt worden. Der Arbeiter-Samariter-Bund hat über 600.000 Mitglieder.

GESTORBEN

Die amerikanische Theaterproduzentin Cheryl Crawford ist im Alter von 84 Jahren gestorben. In 50 Jahren ihrer Tätigkeit im New Yorker Theaterleben produzierte Frau Crawford unter anderen Stücken 1963 Bertolt Brechts „Mutter Courage und ihre Kinder“ mit Anne Bancroft in der Titelrolle. Zu ihren Arbeiten am Broadway gehören ferner die Tennessee-Williams-Stücke „Stüßer Vogel Jugend“ und „Camino Real“, die Musicals „Paint your Wagon“ und „Brigadoon“.

SPORT-NACHRICHTEN

Dörr tritt zurück

Düsseldorf (sid) – Dieter Dörr (29) aus Gelnhausen, mit 39 Titeln deutscher Rekordmeister im Kunst- und Turnspringen und 1985 Europameisterschafts-Dritter vom Brett, hat seine internationale Karriere beendet.

Kargus nach Salmrohr

Salmrohr (sid) – Der FSV Salmrohr, Aufsteiger in die zweite Fußball-Bundesliga, hat den 34-Jährigen ehemaligen National-Torhüter Rudi Kargus verpflichtet. Kargus, der zwischen 1971 und 1985 für Hamburg, Nürnberg und Karlsruhe insgesamt 388 Bundesligaspiele bestritt, stand zuletzt beim 1. FC Saarbrücken unter Vertrag.

Jelen startet in Stuttgart

Stuttgart (dps) – Tennis-Profi Eric Jelen (21) aus Neuss wurde als zweiter deutscher Spieler nach Wimbledonier Boris Becker für das „Young-Masters-Turnier“ vom 10. bis 14. Dezember in Stuttgart nominiert. Startberechtigt sind die besten zwölf Spieler der Welttrangliste bis 21 Jahre.

Remis der Damen

Borschemünde (dps) – Die zehnte der insgesamt 16 Partien um die Schach-Weltmeisterschaft der Damen zwischen Titelverteidigerin Maja Tschiburdanidse und Jelena Achylowskaja endete in Borschemünde nach 24 Zügen remis. Die Weltmeisterin führt mit 6,5:3,5 Punkten.

Anzeichen für Boykott?

Berlin (AP) – Die Medien in der „DDR“ sind mit keinem Wort auf die am Wochenende beendeten Asienspiele in Seoul eingegangen, die als Generalprobe für die Olympischen

Spiele 1988 gelten. Beobachter werden dies als erstes Anzeichen für einen möglichen Olympia-Boykott durch die Ostblockstaaten.

Schalke auf Torwartsuche

Gelsenkirchen (DW) – Walter Jungbans (27), in die Kritik geratener Torhüter des Fußball-Bundesligaklubs Schalke 04, hat um Auflösung seines Vertrages gebeten. Auf der Suche nach einem neuen Torwart soll Schalke Manager Rudi Assauer schon mit Dieter Burdenski von Werder Bremen gesprochen haben.

Gau: Zahlen

FUSSBALL
Freundschaftsspiel: Olympia-Auswahl Österreich – Nürnberg 1:1.

TENNIS
Grand-Prix-Turnier in Ramat Hasharon/Israel. 1. Runde: Westphal (Bundesrepublik Deutschland) – Edwards (Südafrika) 6:3, 4:6, 7:5; Bahmann (Schweden) – Werner (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 2:6, 6:4; Windahl (Schweden) – Saccanu (Bundesrepublik Deutschland) 6:7, 6:4, 6:4; Green (USA) – Morlang (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 3:6, 6:1. – Damen-Turnier in Toulouse. Runde: Brown (USA) – Schwaier (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:4; Potier (Frankreich) – Osterhaus (Bundesrepublik Deutschland) 7:5, 6:1. – Damen-Turnier in Zürich. 1. Runde: Pfaff (Bundesrepublik Deutschland) – Pölzl (Österreich) 6:7, 6:3, 6:1. – Doppel. 1. Runde: Graf/Sabatini (Bundesrepublik Deutschland/Argentinien) – Henrichsson/Jolissaint (USA/Schweiz) 6:2, 6:3.

BASKETBALL
Europapokal der Pokalsieger. 1. Runde: Fensch/Alkos Athen – Bayreuth 74:67 (Bayreuth weiter).

HOCKEY
Weltmeisterschaft. Feld der Herren in London. 2. Spieltag. Gruppe B: Spanien – Indien 2:1 (2:1), Deutschland – Australien 2:2 (2:1), Polen – Kanada 0:0.

HOCKEY / WM: Sieg über Polen muß nun her

Kleiter: „Aber deshalb grassiert nicht die Angst“

HANSPETER DETMER, London

Bei der 6. Weltmeisterschaft der Herren in London ist das Team des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), Vize-Weltmeister 1982 und Olympia-zweiter von Los Angeles, noch ein Stück entfernt von einem angestrebten Halbfinalplatz. Nach dem 2:2 gegen den Turnierfavoriten muß nun das dritte Gruppenspiel gegen Polen gewonnen werden. Aber deshalb grassiert bei uns nicht die Angst“, sagte Bundestrainer Klaus Kleiter.

In der Nacht nach dem Australien-Spiel, hatte der Bundestrainer jedenfalls keine Alpträume. Kleiter: „Wir haben hier noch alles selber in der Hand. Schlimm wäre es geworden, wenn wir gegen die Australier verloren hätten, nachdem wir gegen Spanien am Sonntag beim 0:0 einen immer einzukalkulierenden Verlustpunkt schon hinnennehmen mußten. Da wir aber aus den beiden Spielen gegen deutsche Angestiegene zwei Punkte holten, stimmt unser WM-Fahrplan noch.“ Wie sicher sich die deutsche Teamführung fühlt, geht auch aus der Freizeitgestaltung hervor. „Wir müssen jegliche Verkrampfung geistiger und körperlicher Art vermeiden“, meinte Kleiter.

Nach dem Australien-Spiel hatten die deutschen Spieler Ausgang ohne Zeitlimit. Optisch kam das Spiel sicherlich bei manchen deutschen Fernsehschauern bei der Live-Übertragung nicht so gut an, aber taktisch wurde es sehr diszipliniert geführt. Das DHB-Team führte nicht zu Unrecht zur Pause nach 2:1 nach den Toren des Münchener Thomas Reck (19. Minute) und des Straßenschießers Carsten Fischer vom deutschen

Meister Uhlenhorst Mülheim (24. Minute). „Ich weiß, daß die Burschen so etwas nie zum Schaden der Mannschaft ausnutzen“, sagte Kleiter zu seinem Führungsstil, die Spieler an der langen Leine zu halten.

Gestern wurde nur ein leichtes Auflockerungstraining mit Joggen durch den Regen's Park betrieben. Erst heute werden sich der Bundestrainer und seine Spieler vor dem am Freitag anstehenden dritten Gruppenspiel gegen die Polen nochmals mit spielerischen und taktischen Feinheiten im Training beschäftigen. „Seit dem Gewinn der Champions Trophy haben wir in der hektik der Bundesligasaison und der WM-Vorbereitung alles andere als gute Testspiele bestritten. Wenn wir uns aber wie jetzt in London wieder voll auf eine einzige Aufgabe konzentrieren können, fällt uns vieles leichter. Das Spiel gegen Australien war das seit vier Monaten beste Länderspiel unserer Mannschaft“, stellte der Kölner Stefan Blöcher fest.

Mit seinem brillanten Sololäufen durch die gesamte Abwehr der Australier hatte er das deutsche Angleichster durch Reck vorbereitet. Später schien es so, als müsse er nach einem Schlag eines Australiers mit einer schweren Oberschenkelverletzung auscheiden. Doch Blöcher biß sich durch. Auch gegen Polen am Freitag wird er dabei sein. „Ich bleibe zuversichtlich“, meinte der in den ganzen Welt wegen seiner brillanten Ballbehandlung gefürchtete Kölner, „hier wird jemand Weltmeister, der den Titel bislang noch nie gewonnen hat.“ Das trifft auch auf das DHB-Team zu...

Das Ergebnis

Was auf dem Programm der Grünen und auf der Seite der Sozialdemokraten zu hören war, mußte sich im Ergebnis zeigen. Die Grünen haben sich als die stärkste Kraft im Bundestag erwiesen. Die Sozialdemokraten sind zweitstärkste Kraft. Die CDU/CSU ist drittstärkste Kraft. Die FDP ist viertstärkste Kraft. Die PDS ist fünftstärkste Kraft. Die Grünen haben sich als die stärkste Kraft im Bundestag erwiesen. Die Sozialdemokraten sind zweitstärkste Kraft. Die CDU/CSU ist drittstärkste Kraft. Die FDP ist viertstärkste Kraft. Die PDS ist fünftstärkste Kraft.

NOTIZEN

Fischsterben
Kopenhagen (DW) - In südlichen Teilen des dänischen Kattegats sind nach Aussagen des Kopenhagener Umweltamtes innerhalb der vergangenen Woche „große Teile des Fischbestandes verschwunden oder tot gefangen worden“. Das Amt fürchtet nach entsprechenden Berichten von Fischern, daß der Meeresgrund in dem betroffenen Gebiet wegen Sauerstoffmangels biologisch tot ist. Als mögliche Ursachen für den Sauerstoffmangel wurde die Einkleitung von Stickstoff und Phosphor in das betroffene Gebiet genannt.

Zinnfreie Bootsfarben
Bonn (AP) - Die Gewässer- und Umweltbelastung durch giftige Unterwasser-Bootsanstriche, die Bewuchs am Bootskörper verhindern, soll jetzt deutlich verringert werden. Nach einer Absprache zwischen dem Umweltbundesamt, dem Deutschen Segler-Verband und dem Verband der Lackindustrie soll auf die Verwendung organischer Zinnverbindungen in Antifouling-Farben ganz verzichtet werden, die Verwendung anderer Verbindungen wird begrenzt.

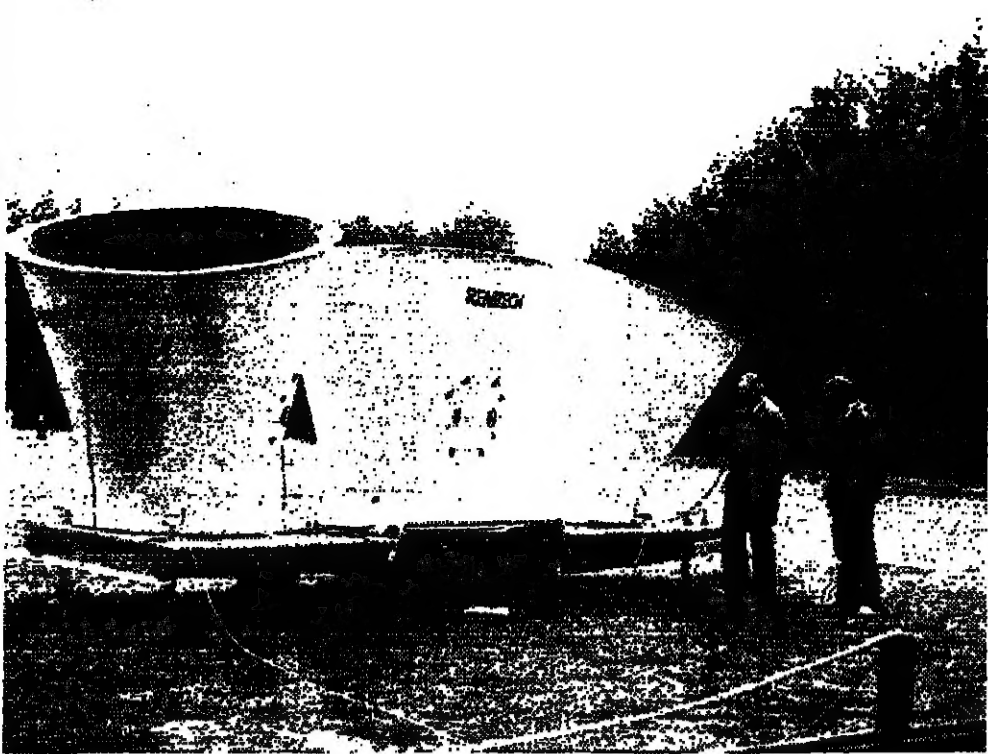
Samstag auf der Wissenschafts-Seite
Die großen Probleme bei der Suche nach einem Schutz vor Aids-Infektionen schildert Ludwig Kürten.

Wie Pflanzen sich gegen schädliche Mikroorganismen wehren können, beschreibt Rolf Latussek.

Karlsruher Ingenieure bauen einen Groß-Manipulator für die Kernfusion - Von Dieter Thierbach.

Das Bundesumweltministerium hat an die Bootseigner appelliert, Restbestände alter Farben nicht mehr zu verwenden und einsammeln zu lassen.

Solar-Kraftwerk
Neu-Delhi (dps) - Das erste größere Solar-Kraftwerk Asiens soll im nächsten Jahr im nordwestindischen Staat Punjab entstehen. Das Kraftwerk mit einer geplanten Leistung von 30 Megawatt wird nach einem Bericht der Tageszeitung „Indian Express“ schätzungsweise 900 Millionen Rupien (etwa 140 Millionen Mark) kosten. Die Planung für das Großprojekt soll mit Hilfe amerikanischer Experten im November dieses Jahres abgeschlossen werden.



Dunstglocke als Versuchsobjekt

Meteorologisches Großexperiment untersucht den klimatischen Aspekt des Stadtlebens

Von MARTIN BOECKH
Die Klimaforschung in den Ballungszentren menschlichen Zusammenlebens ist heute aktueller denn je, da bereits im Jahre 2000 rund sechzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben wird. Als „Stadtklima“ werden dabei diejenigen atmosphärischen Bedingungen bezeichnet, die der Mensch durch seine Bautätigkeiten herstellt.

Nachtstunden speichern. Zum anderen führt die Wärme, die durch Raumheizung, Abgabe und Prozesswärme von Industrieanlagen an die Umgebungsluft einer Stadt abgegeben wird, zu einer Aufheizung der Atmosphäre. Diese Aufheizung führt zum sogenannten „Wärme-Inseleffekt“.

Grasflächen etc. entstehen Ausbreitungsgebiete, die das Klima einer Stadt charakteristisch prägen. An je zwei weiteren Punkten wurde mit Radiosonden und Fesseln eine Höhenprofile erstellt. Bis in fünf Meter Höhe wurden dabei Temperatur, Feuchte, Luftdruck, Windstärke und Richtung sehr genau bestimmt. Oberhalb einer Höhe von 500 Metern kamen zwei Flugzeuge zum Einsatz, die die Ein- und Ausströmungsverhältnisse über der Stadt in größeren Höhen registrierten.

Ein Großexperiment zu dieser Problematik hat das Institut für Meteorologie und Klimaforschung in Zusammenarbeit mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe unternommen. Dabei galt es, die Besonderheiten des Stadtklimas im Vergleich zum relativ unbesiedelten Umland festzustellen. Ferner sollte die Reichweite des städtischen Klimas in dieses Umland hinein bestimmt werden. Wichtige Aufgabenstellung aber war, so Projektleiter Prof. Franz Fiedler, die Erforschung der durch die Stadt erzeugten Turbulenzen im Strömungsfeld der Winde.

So ist besonders an Tagen, an denen ein beständiges Hochdruckgebiet für geringe Luftbewegung und intensive Einstrahlung sorgt, eine Temperaturerhöhung von über zehn Grad nichts Ungewöhnliches. Je größer eine Stadt und damit die Besiedlungsdichte, desto deutlicher sind die Temperaturabweichungen nachweisbar. Hinzu kommen noch weitere Faktoren:

Auf diese Art wurde die sogenannte „Rauhigkeit“ der Stadt bestimmt, die sich durch die Gebäudehöhe ergibt und sich, von den unteren Schichten ausgehend, auf immer höhere Schichten überträgt. Vom Boden aus wurden die Windverhältnisse zusätzlich mit den Schallimpulsen einer Sodaranlage und deren Rückstreuung aus der Atmosphäre registriert. Um die Strömungsbedingungen und damit den Weg von Luft- und natürlich auch Schmutzteilen noch genauer verfolgen zu können, wurde eine Tetroonstation installiert.

Als „Versuchsobjekt“ diente das Klima im Großraum Karlsruhe während der ersten Septemberhälfte, da zu diesem Zeitraum die größte Wahrscheinlichkeit besteht, eine sogenannte austauschbare Wetterlage zu treffen. Das bedeutet, daß die stadtklimatischen Effekte nicht durch starke Bewölkung oder starke Winde beeinträchtigt werden. Insgesamt waren 48 Mitarbeiter an der Untersuchung beteiligt, deren Gesamtkosten sich auf 1,5 Millionen Mark belaufen.

Im Stadtkern von Karlsruhe wurden unter teilweise schwierigen Bedingungen sieben Maststationen errichtet, mit deren Hilfe die Strahlungen und damit auch die Energiebilanz bis in zwölf Meter Höhe gemessen wurde. Die genaue Kenntnis der Strahlungsverhältnisse war dabei von besonderer Bedeutung für die Bestimmung der Energieumsätze innerhalb der Stadt: Durch die unterschiedlich starke Erwärmung verschiedener Flächen wie Hausdächer,

Die Quelle atmosphärischer Schadstoffe ist in erster Linie in der Industrie-Immissionen zu suchen. Diese Schadstoffe bilden besonders bei windarmen Wetterlagen über der Stadt eine Dunstglocke, die zwar die einfallende Kurzwellenstrahlung kaum behindert, aber die vom Boden kommende langwellige Wärmestrahlung gut reflektiert. Hauswände, Straßen und betonierte Freiflächen erhalten so zusätzliche Wärmeenergie.

Sodaranlagen
Sonnenschein
Schallimpulse
in die Richtung
und Geschwindigkeit
des Windes.
Derartige
Anlagen
bestehen aus
mehreren
schwenkbaren,
etwa drei Meter
hohen
Schalltrichtern,
aus denen kurze
Schallsignale
scharf gebündelt
in die
Atmosphäre
gesendet
werden. Die bis
in etwa 500
Meter Höhe
abgestrahlte
Schallenergie
wird mit
empfindlichen
Mikrofonen
registriert.

FOTO: DIE WELT

Wenn Klapperstörche auf Bestellung kommen

Ein neuer Test zur exakten Bestimmung des Eisprungs

Von VERA ZYLKA

Für viele Paare mit Kinderwunsch ist eine Schwangerschaft nicht „die normalste Sache der Welt“. Sie warten zum Teil jahrelang, ohne daß sich der erhoffte Nachwuchs einstellt. Familienplanung scheitert oft an den Zufälligkeiten der Natur.

Die bisherigen Methoden zur exakten Bestimmung des Eisprungs sind im Vergleich mit dem neuen Testverfahren überholt. Ein immuno-chemischer Nachweis von biologisch aktiven Substanzen wie Hormonen geschieht durch die Reaktion zwischen einem Antigen und einem Antikörper. Bei dem neuen Testverfahren übernimmt das LH-Hormon die Rolle des Antigens.

Während jedes Menstruationszyklus reift im Körper der Frau meistens eine Eizelle in einem der beiden Eierstöcke heran. Nachdem sie aus einem Eierstockfollikel freigesetzt wurde - dieser Zeitpunkt wird als Eisprung (Ovulation) bezeichnet - wandert die Eizelle in den Eileiter. Aufgrund ihrer nur kurzen Lebensfähigkeit muß sie innerhalb von 12 bis 24 Stunden von einem Spermium des Mannes befruchtet werden, wenn es zur Schwangerschaft kommen soll. Eine Befruchtung kann also nur dann stattfinden, wenn Eizelle und Spermium im rechten Moment zusammentreffen.

Goldpartikel verfärben Flüssigkeiten blau-rot

Diese Antikörper können mit dem im Urin vorhandenen LH-Hormon-Molekülen reagieren. Da die Reaktion aber „unsichtbar“ abläuft, hat man versucht, sie mittels einer Träger- oder Markersubstanz mit einer optischen Veränderung zu koppeln.

Ein Hormon bestimmt die Freisetzung der Eizelle

Eine entscheidende Rolle bei der Reifung der Eizelle spielt das weibliche „Luteinisierende Hormon“ (LH). Die Bildung und die Abgabe dieses Hormones, das die Freisetzung der Eizelle anregt, erfolgt in der Hirnanhangdrüse (Hypophyse). Sie kann, in engem Wechselspiel mit den Eierstöcken, das Zentralhirn, als Steuerungszentrale des weiblichen Zyklus angesehen werden.

Wird nun eine geringe Menge Urin hinzugefügt, die das LH-Hormon enthält, dann reagiert dieses mit den auf den Goldpartikeln aufgetragenen Antikörpern. Dadurch verbinden sich die einzelnen Goldteilchen zu größeren Aggregaten. Diese verlieren aber die Eigenschaft, das gelb-grüne Licht zu absorbieren, und die Testflüssigkeit wird klar.

Zur Zyklusmitte hin kommt es zu einem deutlichen Anstieg der Ausschüttung des LH-Hormons aus der Hypophyse. Das ist für die Eierstöcke ein Signal, die ausgereifte Eizelle freizusetzen. Ungefähr 12 bis 24 Stunden bevor der Eisprung eintritt, wird das nun in größeren Mengen produzierte LH-Hormon auch im Urin nachweisbar. Diese Tatsache macht sich der neue Test zu eigen. LH-Hormon-Nachweise sind seit etwa zwanzig Jahren bekannt, allerdings konnten

Mit Hilfe des neuen immuno-chemischen Tests ist es möglich, die zeitlichen Schwankungen des Menstruationszyklus zu erfassen, der im Idealfall 28 Tage lang ist. Streß, Einnahme von Medikamenten, Krankheit, plötzliche Veränderungen des Gemütszustandes und hormonale Veränderungen können den Zeitraum allerdings erheblich verlängern oder verkürzen. Das Verfahren ist allerdings nicht billig: Ein Päckchen mit sieben Teströhrchen kostet etwa 8 Mark. Die Herstellerfirma weist darauf hin, daß diese Methode nicht dazu geeignet ist, mittels einer zeitlichen Feststellung des Eisprungs eine Schwangerschaft zu verhindern.

Das aktuelle Fachbuch
Kundiger Begleiter beim Wandern

Immer mehr Menschen wollen beim Wandern in der Natur sein, was da grünt und blüht: Handliche Bestimmungsbücher sind daher gefragt. Das neue Bestimmungsbuch für Bäume vermittelt darüber hinaus interessantes Wissen über die Biologie und den Nutzen der Holzgewächse. Es beschreibt zudem das Wachstum eines Baumes, seine Anatomie und physiologischen Vorgänge in seinen Zellen. Ein eigener Abschnitt ist den Gefahren gewidmet, die den Bäumen und Waldern heute drohen.

Die „Steckbriefe“ der einzelnen Arten sind übersichtlich und „naturgemäß“ angeordnet, so daß der Leser einen Baum schnell bestimmen kann, und sind mit ausgezeichnetem Bildmaterial illustriert. In einem Anhang sind die Umrisse aller Blätter abgebildet, dies erleichtert ein schnelles Bestimmen. Schließlich folgen eine Artenliste, Literaturhinweise und ein ausführliches Register. Kü.

„Bäume im Bild“, von Wolfram Buff, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1986, 23. DM.

Wenn die Seele Trauer trägt

Obwohl weltweit etwa 200 Millionen Menschen an Depressionen leiden, stehen Betroffene, Ärzte und Psychologen ihr nach wie vor hilflos gegenüber. Prof. Daniel Widlöcher (Universität Paris) versucht ein umfassendes Bild dieser noch kaum anerkannten Krankheit zu zeichnen. Er stellt dabei die Erkenntnisse von Psychologie, Biochemie, Psychoanalyse und Medizin in einer leicht verständlichen Weise vor.

Bei der Beantwortung der Frage: Wie wird man eigentlich depressiv? versucht der Autor zwischen „normalen“ und „krankhaften“ Reaktionen der Seele (Traurigkeit/Trauer, Depressivität/Depression, reaktive/endogene Depression) zu unterscheiden. Er beschreibt die Erkenntnisse über Hirnfunktionen, die Eingriffe pharmakologischer Substanzen in die Regelkreise möglich macht. Immerhin können heute schon in 80 Prozent der Fälle die depressiven Symptome behoben werden. zyl

„Die Depression“, von Daniel Widlöcher, 320 S., Piper-Verlag, München 1986, 32 DM.

girsberger
Innovation aus Tradition.
trilax
Die neue Dimension im Büro.
Aufgebaut auf 3 Gelenken schmiegt sich Trilax jeder Bewegung körpersynchron an. Und das Trilax-System ist in jeder Position arretierbar. Ein Stuhl, heute geschaffen für die Zukunft.
Von Girsberger.
Bezugsquellen durch Girsberger Sitzmöbelfabriken
D-7833 Endingen, Tel. (07642)-7081
CH-4922 Bützberg, Tel. (063) 43 13 55

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Axel Springer (Dr. Herbert Kresp)
Chefredakteur: Peter Göttsche und Manfred Seibt
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Schen
Mitarbeiter: Hans von Loewenstern
Chefs von Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddecke, Rüdiger v. Wulfsberg, Bonn; Hans Hübner, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gerd Fackel, Detmold; Ralph Lorenz, Armin Beck (stellv.); Michael Goss (Deutschlandpolitik); Anselm: Jürgen Linsch, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowald (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Mönster, Detmold; Deutscher Bundestag: Dr. Peter Dittmer; Chefredakteur Wirtschaft: Hans-Jürgen Meißner, Detmold; Dr. Peter Dittmer; Chefredakteur Kultur: Dr. Peter Dittmer; Chefredakteur Sport: Frank Gerdemann; Aus der Welt: Robert Koch, Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 10: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 11: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 12: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 13: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 14: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 15: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 16: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 17: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 18: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 19: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 20: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 21: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 22: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 23: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 24: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 25: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 26: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 27: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 28: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 29: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 30: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 31: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 32: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 33: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 34: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 35: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 36: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 37: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 38: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 39: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 40: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 41: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 42: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 43: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 44: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 45: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 46: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 47: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 48: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 49: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 50: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 51: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 52: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 53: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 54: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 55: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 56: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 57: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 58: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 59: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 60: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 61: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 62: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 63: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 64: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 65: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 66: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 67: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 68: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 69: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 70: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 71: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 72: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 73: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 74: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 75: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 76: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 77: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 78: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 79: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 80: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 81: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 82: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 83: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 84: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 85: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 86: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 87: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 88: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 89: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 90: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 91: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 92: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 93: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 94: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 95: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 96: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 97: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 98: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 99: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 100: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 101: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 102: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 103: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 104: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 105: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 106: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 107: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 108: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 109: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 110: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 111: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 112: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 113: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 114: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 115: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 116: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 117: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 118: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 119: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 120: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 121: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 122: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 123: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 124: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 125: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 126: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 127: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 128: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 129: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 130: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 131: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 132: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 133: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 134: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 135: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 136: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 137: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 138: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 139: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 140: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 141: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 142: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 143: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 144: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 145: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 146: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 147: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 148: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 149: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 150: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 151: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 152: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 153: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 154: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 155: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 156: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 157: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 158: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 159: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 160: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 161: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 162: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 163: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 164: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 165: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 166: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 167: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 168: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 169: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 170: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 171: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 172: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 173: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 174: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 175: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 176: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 177: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 178: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 179: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 180: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 181: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 182: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 183: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 184: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 185: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 186: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 187: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 188: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 189: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 190: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 191: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 192: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 193: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 194: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 195: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 196: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 197: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 198: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 199: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 200: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 201: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 202: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 203: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 204: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 205: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 206: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 207: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 208: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 209: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 210: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 211: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 212: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 213: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 214: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 215: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 216: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 217: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 218: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 219: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 220: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 221: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 222: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 223: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 224: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 225: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 226: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 227: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 228: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 229: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 230: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 231: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 232: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 233: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 234: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 235: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 236: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 237: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 238: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 239: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 240: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 241: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 242: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 243: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 244: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 245: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 246: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 247: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 248: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 249: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 250: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 251: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 252: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 253: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 254: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 255: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 256: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 257: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 258: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 259: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 260: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 261: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 262: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 263: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 264: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 265: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 266: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 267: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 268: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 269: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 270: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 271: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 272: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 273: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 274: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 275: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 276: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 277: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 278: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 279: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 280: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 281: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 282: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 283: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 284: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 285: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 286: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 287: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 288: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 289: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 290: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 291: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 292: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 293: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 294: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 295: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 296: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 297: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 298: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 299: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 300: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 301: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 302: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 303: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 304: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 305: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 306: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 307: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 308: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 309: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 310: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 311: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 312: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 313: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 314: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 315: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 316: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 317: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 318: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 319: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 320: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 321: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 322: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 323: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 324: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 325: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 326: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 327: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 328: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 329: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 330: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 331: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 332: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 333: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 334: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 335: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 336: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 337: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 338: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 339: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 340: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 341: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 342: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 343: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 344: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 345: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 346: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 347: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 348: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 349: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 350: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 351: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 352: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 353: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 354: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 355: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 356: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 357: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 358: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 359: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 360: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 361: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 362: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 363: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 364: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 365: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 366: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 367: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 368: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 369: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 370: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 371: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 372: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 373: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 374: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 375: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 376: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 377: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 378: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 379: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 380: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 381: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 382: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 383: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 384: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 385: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 386: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 387: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 388: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 389: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 390: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 391: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 392: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 393: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 394: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 395: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 396: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 397: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 398: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 399: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 400: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 401: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 402: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 403: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 404: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 405: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 406: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 407: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 408: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 409: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 410: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 411: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 412: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 413: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 414: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 415: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 416: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 417: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 418: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 419: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 420: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 421: Dr. Rüdiger Weidmann (stellv.); Seite 422: Dr. Rüdiger

Zhores Medwedjews Gorbatschow-Biographie

Neuer Mann, altes Ziel

Ein Jahr nach seiner Wahl zur Nummer eins der Sowjetunion mußte sich Michail Gorbatschow auf dem letzten Parteitag der sowjetischen KP ein schwerwiegendes Lern-Zitat anhören: „Mit großen Worten sollte man behutsam umgehen, denn es ist kolossal schwierig, sie in große Taten umzusetzen.“ Auch wenn Jgor Ligatschow, zur Zeit der zweitmächtigste Mann im Kreml, sich mit diesem Zitat nicht direkt an Gorbatschow wandte, so war doch die Botschaft klar: Zügle dich, denn sonst werden wir dich zügeln!

Im Gegensatz zu einigen anderen Biographen des neuen Generalsekretärs der Partei sieht der in England lebende Emigrant Zhores Medwedjew, einst ein bekannter sowjetischer Wissenschaftler und Dissident, in der engen Umgebung Gorbatschows eine

litische Überlegenheit auf Spiel zu setzen. Ein interessantes Schlaglicht auf seinen Charakter wirft jedoch die Information, er habe im Frühjahr 1978, vor seinem großen Sprung aus der kaukasischen Provinz in das Moskauer Machtzentrum, das Erscheinen des völlig unbedeutenden Memoirenbüchleins von Breschnew geradezu speichelleckerisch gelobt. In der Tat eine beachtliche Flexibilität, wenn man bedenkt, mit welcher harscher Kritik Gorbatschow heute die Amtsperiode seines Vorgängers überzieht. Interessant ist auch der Hinweis auf eine wahrscheinliche Spitzeltätigkeit des Studenten Gorbatschow für das KGB (damals MWD) zu Beginn der fünfziger Jahre.

Viel Raum gibt der Autor in dem fast 400 Seiten starken und gewiß sehr informativen Buch der Aufzählung und Bewertung aller von Gorbatschow initiierten innen- oder wirtschaftspolitischen Gesetzesvorlagen, Resolutionen und Programme. Sehr ausführlich werden auch die Begleitumstände und das geschichtliche Umfeld der Karriere Gorbatschows abgehandelt, ebenso das Schicksal seiner Förderer, Weggenossen und Rivalen. Dabei kommt dem Autor zugute, daß er in seinem Bruder, dem noch in Moskau lebenden Historiker Roy Medwedjew, eine zwar vom KGB überwachte, aber gelegentlich dennoch sprudelnde Quelle für Insider-Informationen besitzt.

Das der Außenpolitik gewidmete Kapitel überschreibt Medwedjew mit „Neue Wege, alte Ziele“. Dabei weist er mit Recht darauf hin, daß Gorbatschow bislang noch kein tadelloses Wort für das sowjetische Überengagement in aller Welt gefunden hat – auch nicht in bezug auf Afghanistan. Ansonsten sind Medwedjews außenpolitische Ausführungen im wesentlichen deskriptiv. Er unterstreicht Gorbatschows Sinn für die Realitäten in Ost und West und hebt seinen vergleichsweise gut ankommenden politischen Stil hervor.

Der Kernsatz des Autors, zugleich sein Appell an Gorbatschow, steht im Vorwort: Die sowjetische Bevölkerung will Reformen statt Revolutionen, sie hofft auf eine freie und offene Gesellschaft, sie hat alle Einschränkungen und Zwangsmaßnahmen satt.

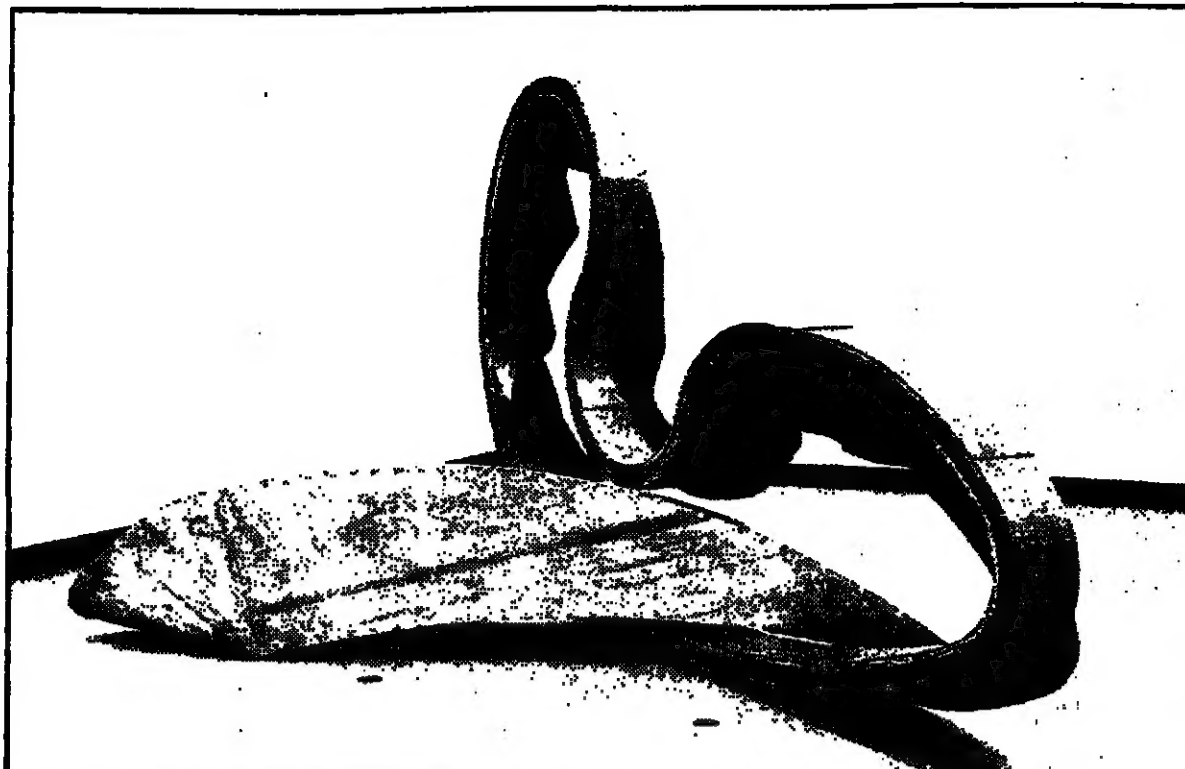
BERND NIELSEN-STOKKEBY
Zhores Medwedjew: „Der Generalsekretär Michail Gorbatschow“, Luchterhand, 380 S., 39,80 Mark.

Buch des Tages

ganze Reihe konservativer, ihn bremsender Politiker. Bislang hatten westliche SU-Experten den Widerstand gegen Gorbatschows verbal hochföhlender Reformpläne, er selbst spricht von „Perestroika“, also von einem Umbruch, vor allem in der total verkrusteten Hierarchie des mittleren und höheren Parteiapparates geortet, und weniger im omnipotenten zwölfköpfigen Politbüro.

Gorbatschow ist in den Augen Medwedjews weder ein Liberaler noch ein Revolutionär. In seinen Taten unterscheidet er sich kaum von seinen Vorgängern, eine Demokratisierung des Systems habe er nicht eingeleitet, die Sowjetbürger lebten heute nicht freier als unter Breschnew oder Andropow, Sacharow wäre immer noch verbannt und die Dissidenten würden verfolgt. Die Frage, was davon auf das Konto des Widerstandes gegen Gorbatschow geht und was ihm selbst zuzuschreiben ist, wird vom Autor nicht eindeutig beantwortet.

Offen bleibt ob Gorbatschow, wie einst der kämpferische Chruschtschow, unter Umständen bereit wäre, für seine Reformideen sein po-



Schwungvolle Gebilde aus Holz und Blech: „This, That and the Other“ von Richard Deacon, aus der Ausstellung in Amsterdams Stedelijk Museum

Momentaufnahme der Moderne: „Correspondentie Europa“ in Amsterdam

Panik mit Resten von der Litfaßsäule

Was tut sich heute unter den jungen Künstlern Europas? Mit dieser Frage im Reisegepäck durchstreift Wim Beeren mehrere Länder, um dort ganz in der Tradition des Amsterdamer Stedelijk Museums „den Kontakt mit dem Werk und der Gedankenwelt von Künstlern, die sich permanent neue Aufgaben und Probleme stellen“, zu suchen. Die Beschränkung auf zehn in den Niederlanden kaum bekannte Künstler konnte nur subjektiv ausfallen.

So zeigt die Auswahl „Correspondentie Europa“ keine allgemeinen Trends in der Kunst einzelner Länder, sondern Momentaufnahmen individueller Schaffens. Es ist eine schillernde Begegnung mit Arbeiten der jüngsten Zeit von Künstlern aus sechs Ländern. Jedem wurde ein Saal zur Gestaltung überlassen. Außer einer nicht zu übersehenden Vorliebe zur Monumentalität ist den zehn Künstlern nichts gemeinsam.

Der Akzent liegt deutlich auf der Skulptur, die auch in der Ankaufspolitik des Museums zur Zeit Priorität genießt. Der deutsche Beitrag stammt von Thomas Schütte, der in seinem Saal elf große rot-grüne Melo-

nensegmente in mehreren Gruppen arrangiert. „Melonely“ fasziniert durch den spielerischen Charakter, durch Anklänge an Minimal art und die direkte Anspielung auf die Sinne des Betrachters.

Im Gegensatz zu diesem fröhlichen Ensemble fordert „Das Zimmer“ von Jan Vercruyse, ein immenser, begehbarer Kasten, vom Betrachter viel Intuition bei der Beurteilung. Einfacher liegt es da bei Francisco Leiro, Susana Solano, Richard Deacon und Julian Opie, die jeder auf höchst eigene Weise, sich der reinen Skulptur verschrieben haben. Ein feines Gespür für das Material, Holz, spricht aus den statischen, menschlichen Figuren, die der spanische Schreiner- und Sohn Leiro zu Symbiosen von realistischen, prägnanten Personen und alten Kulturen entlehnter Inspiration vereint. Eine Antithese hierzu stellen die monumentalen, abstrakten Eisengebilde seiner Landsmännin Solano, deren exzentrische, kraftvolle Formen stets den sie umgebenden Raum herausfordern und in die Plastik mit einbeziehen, dar.

Aus Holzlaten und Blechplatten geleimte Bänder formt Richard De-

acon zu kompliziert schwingenden Gebilden. So entstehen Konturen, denen eine gewisse Musikalität inneohnt. Streng wirken dagegen die reinen Oberflächen der Wandreliefs von Julian Opie, deren vielschichtige Titel wie „Thousands of Protest, Hundreds Arrested“ oder „Postal Staff Return to Work“ das Assoziationsvermögen des Betrachters strapazieren.

Der dritte Engländer, Jeffrey Denon, läßt durch überraschende Kombinationen von Bildern im Bild das Geschehen seiner unmittelbaren Umgebung in Londoner East-End lebendig werden. Während der Franzose Jean-Charles Blais als Malgrund von Litfaßsäulen in dicken Lagen abgerissene Plakate wählt, aus denen in klaren Farben Menschen und Tiere herauszuplatzen und Panik und Angst zu suggerieren scheinen.

Nachdem auch noch die beitere „Stanza delle taze“ von Remo Salvadori durchschritten ist, ergibt sich das erfreuliche Resümee: Was hier gezeigt wird ist neu, ist Qualität. (Bis 2. November; Katalog, Niederländisch/Englisch, 32,50 hfl.)

DOROTHEE von FLEMMING

Mannheim: Der Sowjetfilm „Briefe eines Toten“

Nach dem Atomkrieg

Der Andrang war gewaltig. Für das Schlange stehende zahlende Mannheimer Publikum mußte eine Mitternachtswiederholung drangehängt werden. Doch der Beifall, den der in der „Szene“ inzwischen fast zur Legende gewordene sowjetische Atomkriegsfilm „Pisma mertwogo celoveka“ (Briefe eines Toten) als Wettbewerbsbeitrag bei der 35. Mannheimer Internationalen Filmwoche am Ende einheimste, klang seltsam zögerlich.

Das war nicht nur Ergriffenheit. Vielleicht vermissen junge deutsche Raketen- und Kernkraftgegner an diesem Streifen den direkten Schuldvorwurf (im Zweifel an die Amerikaner), vielleicht kommt ihnen der Schluß auch ein bißchen zu sentimental mit einem – freilich ganz vagen – Rest von Hoffnung daher. Man wird es nicht ergründen.

„Briefe eines Toten“ (Buch und Regie: Konstantin Lopuschanski) ist kein Propagandafilm. Er schildert die letzten (wirklich die letzten!) Tage der vom atomaren Holocaust unter die Erde verdammten Menschheitsreste. Die Szene ist irgendwo. Ein Keller unter einem Museum, eine automatische Leichenbeförderungsanlage zum Hauptbunker mit Massenpanik, Schmerzensschreien, Entsetzen und Todestauern und eine ins fast Unglaubliche gesteigerte Weltuntergangslandschaft oben an der Erdoberfläche. Kein identifizierbares Land, schon gar nicht die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion. An einigen Details (z.B. einer Funktionärschreckensfigur à la Erich von Stroheim) kann man vermuten, daß Lopuschanski – auch – an Deutschland gedacht hat.

„Briefe eines Toten“, damit sind jene Selbstgespräche gemeint, die die Hauptfigur, ein Nobelpreisträger auf einem Feld, das zwar nicht näher bezeichnet ist, aber irgendwie doch schuldhaft mit der verhängnisvollen Hybris des Menschengeschlechts verknüpft scheint, mit seinem verurteilten beim Atomschlag getöteten Sohn Erik führt. Ein eigentlich schon Toter redet mit einem bereits wirklich Toten.

Die gelegentlich melodramatische „Handlung“ scheint fast nebensächlich. Gespräche, Deutungsversuche zur tragischen, vorbestimmten oder selbstverschuldet tödlichen Geschichte des Menschen, Selbstmorde, einer hat sich zuvor selbst sein unter-

irdisches Grab geschaufelt. Der Wissenschaftler (Rolan Bykow, ein ernstes, eindrucksvolles Gesicht) opfert sich schließlich für eine vom drakonisch auftretenden staatlichen Krisenmanagement vergessene Kindersche. Er feiert mit ihnen ein schon in die Zeitlosigkeit fallendes Weihnachtsfest. Er stirbt den Strahlentod. Sie taumeln in Schutzanzügen in eine ungewisse Zukunft. Kitschige Musik. Schriftart: Ein letzter, beschwörender Friedensappell der Russell, Einstein und Joliot-Curie aus den 50er Jahren. Man kann drüber streiten. Wenigstens ist keine Love Story im Spiel.

Das künstlerische Zentrum dieses Films ist sowieso das Inferno selbst: Eine bis ins Kleinste realistisch wirkende Atomkriegshölle aus Feuer, Schlamm, Dreck, Trümmern. Alles in einem leicht ins Erdbräunliche getönten Schwarzweiß, wie man es meist zur Darstellung düsterer Vergangenheit benutzt – als solle damit unser schönes buntes Farbfilm-Heute als kurzes trügerisches Intermezzo zwischen Hiroshima und Weltuntergang enttarnt werden. Das ist im Ganzen doch eindrucksvoller als das amerikanische Gegenstück „The Day after“. Vor allem: Selbst auf seinen schrillen Höhepunkten gerät der filmische Schrecken hier nie (wie anderswo so oft) in Gefahr, über sich selbst zu stolpern und ins Groteske oder gar Komische abzustürzen.

Was freilich auffällt: Aus fachlicher Sicht wirkt vieles amateurhaft. Beispiel: Der Atomkrieg ist hier offenbar nur entstanden, weil ein Computeroperator sich an Kaffee verschuldet hat und ein entscheidender Befehl dadurch um Sekunden verzögert wurde. Der Mann habe sich erhängt, weil er genau wußte, was 14 Minuten später passieren würde.

Das ist fern jeder technischen Realität. Aber so etwas wissen Sowjetbürger eben nicht so genau. Wesentlich ist es im Grunde für die Bedeutung dieses Films auch nicht. Wesentlich ist schon, daß er – immerhin nach Tschernobyl (wo er angeblich zuvor gedreht worden ist) – zwei Wochen lang mindestens in einem Moskauer Kino gelaufen ist. Westliche Korrespondenten berichteten damals, die Zuschauer seien – ganz im Gegensatz zu sonstigen Moskauer Kinostills – regelungslos bis zum Abspann auf ihren Plätzen sitzengeblieben.

JOACHIM NEANDER

Was das ZDF „gesellschaftsfähig“ machen will

Kraft aus dem Kosmos?

Wie der heutige Abend in der Eilenriede-Halle in Hannover abläuft, dazu hält sich Fredy Wallmann bedeckt. Nur so viel möchte er vorab verraten: Zu Beginn der Live-Übertragung versucht Silvia, die Frau des 40jährigen Schweizer Geistheilers, durch Entspannungsübungen „das Energiefeld zu beruhigen, ein bemerkliches Kraftfeld aufzubauen“.

Dann tritt der Geistheiliger in Aktion. Ziel ist die Heilung durch eigene Gedankenenergie. Als Publikum – 4000 zahlende Gäste im Saal und die

Gesund durch Gedankenenergie – ZDF, 21 Uhr

Fernsehzuschauer – wünscht Wallmann sich deshalb kränke Menschen. Den Antrieb für seine Fähigkeiten glaubt Wallmann „aus dem Kosmos“ zu bekommen. Er versteht sich als „Vermittler wirklicher Kraft“, er versucht in Menschen „das Seelische zu harmonisieren“, wie er der Presse sagte.

Der „Antrieb des Menschen liegt in der Psyche“, lautet der Grundsatz Wallmanns. Grundlegend Neues sagt er damit nicht. Kritik an Geistheilern wie Wallmann übt die Medizin hauptsächlich aus zwei Gründen: Einmal seien Heilungsaussichten, die Geistheilern versprochen, allumfas-

send und kaum differenziert. Es könnten falsche Hoffnungen geweckt werden. Zum anderen faßten Männer wie Wallmann ihre Heilmethoden allzu „technisch“ auf.

Karl Schnelting vom ZDF steht zu dem von ihm initiierten Experiment. Außer Gesundheitsministerin Süssmuth (sie sagte ab) hat er mehrere Ärzte nach Hannover eingeladen, die heute mögliche spontane Veränderungen im Befinden der Patienten feststellen sollen.

Was aber, wenn es mit der Macht des Bewusstseins über den Körper nicht klappert? Fredy Wallmann: „Wer es nicht aus dem Inneren heraus will, für den hat es keinen Wert.“ Und Schnelting: „Wir können in der Eilenriede-Halle keine wissenschaftliche Versuchsanordnung zusammenstellen. Es geht vor allem darum, etwas auszuprobieren, ein Thema auch in unserem Land gesellschaftsfähig zu machen.“

Beide christlichen Kirchen warnen davor, daß „mit der Genesungshoffnung kranker Menschen ein öffentliches Spektakel aufgeführt“ werde. Das Bistum Hildesheim warnte vor Teilnahme. Der Geschäftsführer der Ärzte-Organisation Hartmannbund, Nöldner, meinte gestern im Radio: „Schlarlatane – durch nichts zu rechtfertigen.“ **SABINE KOBES**

KRITIK

Product placement für den Frieden?

Wenn im Fernsehen das Wort Frieden Konjunktur hat, steht meist eine Großdemonstration bevor, zu der mehr oder weniger offen gebeten wird. Die Reportage Wenn die Raketen kommen entfachte diese Konjunktur inflationistisch: Friedensgruppen wehren sich gegen ein Verbrechen, das vorbereitet wird; jeden Sonntag gibt's ein Friedensgebet; die Aktiven der Friedensbewegung leisten Widerstand; die Friedensgruppen stellen Mahn-Kreuze auf – so beweihräucherte das ZDF den Umkreis der Demonstration im Hunsrück am Samstag. Sollte damit in den Hintergrund gedrängt werden, daß die Demonstranten schlicht andere Vorstellungen zur Friedenssicherung haben als die Mehrheit des Bundesstaates und der Bevölkerung, oder handelt es sich um einen krassen Fall von „product placement“ (Schleichwerbung), dem sich das ZDF ja neuerdings ungeniert öffnet?

Die Reporterin wollte laut Untertitel darüber berichten, wie die Bevölkerung im Hunsrück auf die Statio-

nierung der Cruise Missiles (das sind übrigens keine Raketen, die da kommen) reagiert, doch wenn einer nicht so antwortete, wie es wohl erwünscht war – nämlich „betroffen“ –, wurde er vorgeführt: Einen Heizungsmonteur, der im Raketen-Stützpunkt arbeitet („eine ganz normale Arbeit“), fuhr sie an: „Machen Sie sich denn über Massenvernichtungswaffen keine Gedanken?“ Als Interviewpartner lieber war natürlich der Sprecher der örtlichen Anti-NATO-Bewegung, der über die Hunsrückhöhenstraße, an der die Depots liegen, sagte: „Die hat Hitler schon für den Krieg gebaut; ein naheloser Übergang also.“

Am Schluß kam dann die Katze aus dem Sack: Das Bewußtsein (im Sinne der Bewegung) müsse in der Mehrheit der Bevölkerung hergestellt werden, hieß es. Und die Hoffnung wurde akzentuiert, daß „die Bürger zur Einsicht kommen“. Eine Minderheit ist also schon im Besitz „der“ Einsicht, der Mehrheit kann nur noch das ZDF und die Demo am Samstag auf die Sprünge helfen. da



Das Team des Dr. Beilowski (Klaus Schwarzkopf) mit der Zeitmachine: Nicolas Lansky, Siegfried Wischniewski und Frank Hoffmann. FOTO: RÖHMERT

Günter Kunerts Fernsehspiel mit paradoxer Moral

Die arme Seele als Held

Günter Kunert, seit Herbst 1979 in der Nähe von Itzehoe beheimatet, war nie das, was man einen Optimisten zu nennen pflegt, den ja, um einen Witz zu kolportieren, Mangel an Information auszeichnet. Was Wunder, fiel er doch zunächst unter die nationalsozialistischen Rassengesetze und wurde dann, nach idealischem Anfang, ein stetig mehr sich wehrendes Opfer der dogmatischen Kunst- und Wahrheitsfeindlichkeit der „DDR“-Ideologen à la Hager.

Kunert, Petitionär gegen die Biermann-Ausbürgerung, galt und gilt in der „DDR“ und im Westen nicht nur als ein in allen literarischen Genres erprobter Homme de lettre. Seine Leser sehen in ihm vor allem einen moralisch integren Menschen, der beispielsweise, was durchaus Seitenhieb besitzt, unter seine vormalige „DDR“-Sozialismus-Hoffnungen einen endgültigen Strich gezogen hat. Nicht ohne Trauer, die er wohl auch in seinem im kommenden Frühjahr im Hanser-Verlag erscheinenden neuen Gedichtband redlich abarbeitet, ob ihn nun der in die „DDR“ zurückgekehrte jenseitige Prosaiker Rolf Schneider erneut einen „Benegaten“ schimpft oder nicht.

Kunert kann jedoch auch auf eine stattliche Anzahl von Film- und Fernsehzeilen verweisen. Es sei nur an seinen erfolgreichen, 1976 in der „DDR“ entstandenen Spielfilm „Beethoven – Tage aus einem Leben“ erinnert. Zu später Stunde kann man nun „Die Rückkehr der Zeitmachine“ erwarten. Kunerts Vorlage war ursprünglich ein Theaterstück mit dem Titel „Futurotauten“, das 1982 in Hannover wegen des allzu massiven philosophischen Schlagabtauschs der Figuren relativ unbeach-

tet blieb. Nun aber, von Jürgen Klawff für den Saarländischen Rundfunk filmisch und insbesondere tricktechnisch aufbereitet, liegt der Akzent mehr auf dem Spielerischen im Sinne des Vorführers von bereits vertanen Zukunftsmöglichkeiten.

In einer Kleinstadt des Jahres 1925 findet der Internist Dr. Beilowski in einer Antiquitätenhandlung eine merkwürdige Apparatur. Er identifiziert das Monstrum als die von (dem 1946 verstorbenen) H.G. Wells beschriebene „Zeitmachine“. Dr. Beilowski gründet mit seinen obskuren Freunden ein Forschungsteam: eine

Die Rückkehr der Zeitmachine – ARD, 23 Uhr

Reise in die genau 100 Jahre entfernte Zukunft soll unternommen werden.

Doch keiner der potentiellen Zeitreisenden will, da sich jeder aus Egoismus unersetzlich glaubt, die Apparatur besteigen. Da hat Ingenieur Pfeil (Frank Hoffmann) die Idee, einen seiner Arbeiter fürs Projekt zu gewinnen. Die „arme Seele“ namens Morges (Norbert Lanzki) wird von Risolani (Peter Pasetti) und Danzke (Siegfried Wischniewski) lustern gemacht, endlich seinem trivialen Leben einen Sinn zu geben und als Held in die Geschichte einzugehen. Morges läßt sich überreden, doch das Experiment bringt eine schaurige Erkenntnis, die sich nur als Paradoxon fassen läßt: Was wir vor uns haben, haben wir bereits hinter uns, obwohl beziehungsweise wenn wir weiterhin mit ungebrochener Fortschrittsgläubigkeit das Ende dieses noch immer schönen Planeten im Auge haben. **PETER J. HOLZ**

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Arbeit und Beruf Sozialamt als Vermittlungshelfer. Probleme zwischen Arbeits- und Sozialamt. Kunststoff-Formgeber Moderation: Hans-Ulrich Sprey	10.05 Hauptstadt Hauptstadt? 10.25 Eine Frau für den Marshall 12.00 Umschau 2.10 Kanakalachen D 12.55 Presseschau 13.00 heute
15.50 Tagesschau 16.00 Café in Takt-Extrakt Höhepunkte aus der Sendereihe Mit Peter Horton	16.00 heute 16.05 Silberrücken 2. Naturerelemente auf der Bühne Bericht von Günther Schneider-Siemssen
16.45 Die Kläder vom Mühlental Ein Haus wie der Sommer Der Zauberring	16.35 Knecht Rupprecht am Schottentisch Ingo, der Rächer Regie: Susanne Zanke
17.10 Kein Tag wie jeder andere Ein Zirkus voller Abenteuer (5)	17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-Hunter 17.45 Der rote Koffer Anschl.: heute-Schlagzeilen
17.45 Tagesschau 17.55 Regionalprogramme 20.00 Tagesschau 20.15 Schlag auf Schlag Mit Günter Schröder, dem Vorsitzenden der Polzei-Gewerkschaft Moderation: C. H. Casdorff	17.30 S. V. Arche Noah Wiedersehen in Amsterdam Regie: Marco Serafini
21.00 Der 7. Sinn 21.05 Musik war meine erste Liebe Show mit Udo Jürgens und René Kollo	18.00 heute 18.05 Die Rückkehr der Zeitmachine 1985 tötete der in Deutschland lebende Türke Yakupoglu seine 24jährige Tochter. Heute fragt er sich, wie es dazu kam.
22.30 Tagesschau 23.00 Die Rückkehr der Zeitmachine Von Günter Kunert Mit Klaus Schwarzkopf, Peter Pasetti, Siegfried Wischniewski Regie: Jürgen Klaus	21.00 Probe aufs Exempel Gesamt durch Gedankenenergie Selbstheilung im gemeinsamen Kraftfeld. Mit I. Hermann, H. Valentin, K. Schneeling
0.05 Tagesschau 1.00 Nachschon	21.45 heute-Journal 22.05 Leberwurst Dokumentarfilm von H.-D. Grabe 1985 tötete der in Deutschland lebende Türke Yakupoglu seine 24jährige Tochter. Heute fragt er sich, wie es dazu kam.

III.

WEST 18.00 Telekolleg II 18.30 Die Sendung mit der Maus 19.00 Aktuelle Stunde Süddeutsches: 0221/23 64 33 20.00 Tagesschau 20.15 Der zerbrochene Mann Französischer Spielfilm (1981) Mit Françoise Lebrun, R. Berry Buch, Regie: Claire Clouzot	21.45 Kulturkalender 22.15 Anaphabetismus 22.30 Projekt Atlantis 23.15 1941: K. F. Schinkel stirbt
SÜDWEST 18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Schwarzes Theater 18.53 Mad Movies 19.00 Abendshow/Blick ins Land 19.30 Sendungsmaschine 20.15 Hat jemand meine Braut gesehen? Amerikanischer Spielfilm (1952) Mit Rock Hudson, Charles Coburn Regie: Douglas Sirk	21.00 Aktuell/News 21.15 Politik/Ausgabe/Treffpunkt 21.35 Sport unter der Lupe 22.30 El Tango Milva und Astor Piazzolla
NORD 18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Journal: Kirche 19.15 Zwischen Kanada und Karibik Der Rotzschwarzdussard 19.45 Natur am Nordsee 20.00 Tagesschau 20.15 Goldgräber-Motly Amerikanischer Spielfilm (1963) 22.20 Böckerjournal Hightlight: „Eis's Lebenslust“ Dirks: „Die liebe Angst“. Piwitt: „Der Gramtopfel“	22.30 Schach-WM '86 22.50 Nachrichten
HESSEN 18.00 Die Sendung mit der Maus 18.30 Hobbythek 19.20 Hasseschen 19.55 Drei aktuell 20.00 Der Meisterbauer Italienischer Spielfilm (1959) 21.30 Drei aktuell	21.45 Schloß Linderhof 22.35 Sportstummisch 22.50 Die Verlobten Ital. Spielfilm (1963)

SAT 1

15.00 Drei Mädchen und drei Jungen Wir passen schon auf Anschl.: Umka, der kleine Bär	18.00 heute 18.05 Silberrücken 2. Naturerelemente auf der Bühne Bericht von Günther Schneider-Siemssen
15.30 Lasse 16.00 Musikbox 17.00 Los Granat Feueralarm Anschl.: Rund um die Welt 18.00 Jenseitiges Selbstheilung im gemeinsamen Kraftfeld. Mit I. Hermann, H. Valentin, K. Schneeling	18.00 heute 18.05 Silberrücken 2. Naturerelemente auf der Bühne Bericht von Günther Schneider-Siemssen
18.30 Min. of the World Mit Gita George, Rudolf Platte Regie: Wolfgang Staudte	19.45 heute 19.50 heute 20.00 heute 20.15 heute 20.30 heute 20.45 heute 20.55 heute 21.00 heute 21.15 heute 21.30 heute 21.45 heute 21.55 heute 22.00 heute 22.15 heute 22.30 heute 22.45 heute 22.55 heute 23.00 heute

3sat

18.00 Mini-ZIB 18.10 Sport-Zeit Hockey-WM 19.00 heute 19.05 SAT-Studio 19.30 Derrick Ein Fall für Harry 20.30 heute 21.15 Zeit im Bild 2 21.35 Kulturjournal 21.45 Futurotauten – Land übermorgen Amerikanischer Spielfilm (1976) Mit Peter Fonda, Yui Brynner Regie: Richard T. Heffron	22.50 Nachrichten
18.15 Sturm/Regenbogen 7 18.35 Komm doch mal in die Küche 19.22 Komisch 19.30 Bessene 20.15 RTL-Spiel 20.30 Der Fährmann und der Wegweiser Deutscher Spielfilm (1949) Mit D. Schöberl, Hardy Krüger Regie: Albert Benitz	21.55 RTL-Spiel 22.00 Poppye 22.25 Neu im Kino 22.35 Wetter/Horoskop/Bethphori 23.30 Weltweit/Final

